

**Hände weg von der DKP!**

Die Kommunistische Partei wehrt sich gegen den Versuch, sie mundtot zu machen. Dabei ist sie nicht allein. Auch in der vergangenen Woche erreichten sie zahlreiche Solidaritäts-erklärungen und Spenden für den Bundestagswahlkampf. Die SDAJ organisierte eine Protestkundgebung vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. An diesem Wochenende sind alle Mitglieder und Freunde der DKP aufgerufen, auf die Straße zu gehen und gegen das „kalte Verbot“ der DKP zu protestieren.

Seiten 2, 4, 5, 9

# unsere zeit

23. Juli 2021 · Nr. 29 · 53. Jahrgang

PVSt K 4956 D · Entgelt bezahlt · 2,80 €

## Welle der Solidarität

**DKP wehrt sich gegen „kaltes Verbot“ und zieht in den Wahlkampf – so oder so**

Der reaktionäre Staatsumbau ist in vollem Gange. Dafür stehen Verschärfungen von Polizei- und Versammlungsgesetzen, ausufernde digitale Überwachung der Bürgerinnen und Bürger und Versuche, demokratische Organisationen zu zerschlagen. Nach Angriffen unter anderem auf die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA), attac, die „Rote Hilfe“ und die sozialistische Tageszeitung „junge Welt“ geht es gegen die Kommunistische Partei. Der DKP soll die Kandidatur zur Bundestagswahl verwehrt und der Parteistatus entzogen werden.

Die Entscheidung des Bundeswahlausschusses vom 8. Juli – mit Zustimmung der Vertreterin der Partei „Die Linke“, gegen die Stimme des Vertreters von Bündnis 90/Die Grünen – ist aus Sicht der DKP nicht haltbar. Der Ausschuss folgte der Ansicht des Bundeswahlleiters Georg Thiel, die DKP habe auf Grund von verspätet abgegebenen Rechenschaftsberichten ihren Parteistatus verloren und könne deshalb nicht zur Bundestagswahl zugelassen werden. Das Parteiengesetz – entsprechend verschärft im Jahr 2015 – formuliert hingegen, dass nicht eine verspätete Abgabe, sondern die Nichtabgabe der Berichte ein Grund zum Entzug des Parteistatus sei. Die DKP hat ihre Rechenschaftsberichte abgegeben und gegen die Entscheidung des Bundeswahlausschusses Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Dieses muss bis zum 29. Juli über die Beschwerde entscheiden.

In den vergangenen Tagen erreichte die DKP eine Welle der Solidarität aus dem In- und Ausland. Kommunistische Parteien und Jugendorganisationen aus mehr als 50 Ländern, Kultur- und Medienschaaffende und Bündnispartner protestieren gegen den Angriff auf die Partei. Am Montag erklärte



Foto: UZ-Archiv  
Deutsche Staatsräson: Konsument für den Frieden, wird konsequent angegriffen.

Hans Modrow, Vorsitzender des Ältestenrates der Partei „Die Linke“: „Es ist nicht die Furcht der herrschenden Kreise vor einer Partei, die bei Bundestagswahlen kaum ein Prozent der Wähler für sich mobilisiert. Es ist der Geist der Rebellion, der theoretisch fundierten Systemkritik, den sie fürchten.“ Die Angst vor dem Verlust der Macht durch eigenes Versagen veranlasse die Herrschenden, die politischen Dauerschrauben anzuziehen. Wer offen ausspreche, dass dies Klassenkampf sei, solle zum Schweigen gebracht werden. „Das Vorgehen gegen diese politischen Institutionen dürfen wir nicht stumm hinnehmen“, so Modrow.

Die DKP hat ihr Mitglieder, Bündnispartner und Freunde aufgerufen, an diesem Wochenende auf die Straße zu gehen, um gegen das „kalte Ver-

bot“ zu protestieren. Sie ist im Wahlkampf. Egal, wie die Entscheidung des Verfassungsgerichts ausfällt, sie wird in den Bundestagswahlkampf eingreifen. Nicht aus Prinzip, sondern weil ihre Stimme, weil der Protest auf der Straße heute notwendiger denn je ist. Sozialabbau und das Abwälzen der Krisenlasten auf die Bevölkerung, jetzt schon massiv betrieben, werden nach der Bundestagswahl ein bisher in Deutschland ungewohntes Ausmaß annehmen. Das Kriegsgeschrei gegen Russland und China nimmt zu. Deutsche Soldaten stehen im Rahmen von NATO-Manövern an der Grenze Russlands. Sollte aus diesem neuen Kalten Krieg gegen Russland ein neuer heißer Krieg werden, würde Europa zum Schlachtfeld. Die atomare Bedrohung ist immens.

„Dass in dieser angespannten internationalen Lage die DKP die Losung ‚Frieden mit Russland und China‘ auf ihre Fahnen und Plakate schreibt, wird die Hauptursache der aktuellen Repression sein“, erklärte der Deutsche Freidenker-Verband. Die Herrschenden verlangten, die Kriegsmobilisierung gegen Russland und gegen China zu unterstützen oder zumindest nicht zu behindern und NATO und EU mit allen Mitteln zu verteidigen. „Sie wollen Friedhofsrufe an der Heimatfront. Wer das nicht akzeptiert, muss ab jetzt mit Repressionen rechnen“, so die Freidenker. Deshalb seien alle, die dieses Signal verstehen und ablehnen, aufgerufen, jenseits parteipolitischer Erwägungen Solidarität mit der DKP zu üben.

Wera Richter

## Schlecht geschützt, viel versprochen

**Hochwasserschutz versagt – Hilfe nur im Wahlkampf**

Möglicherweise wären weniger Menschen im Hochwasser gestorben, wenn die Behörden die Bevölkerung besser geschützt hätten. Nach Regelungen von 2019 sollen nur die Hochwasserschäden von der Regierung ersetzt werden, gegen die die Geschädigten sich nicht privat versichern konnten. Die Kommunistischen Parteien aus Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden fordern von den Regierungen, die Schäden der Hochwasseropfer vollständig zu ersetzen und die Vorsorge gegen künftige Fluten zu verbessern.

Ein „monumentales Systemversagen“ – so schätzt Hannah Cloke, Hydrologin an der englischen Universität Reading, die Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung in den Hochwassergebieten ein. Cloke war am Aufbau des „Europäischen Hochwasserwarnsystems“ EFAS beteiligt. Es habe ausreichend genaue Warnungen gegeben, wo mit gefährlichem Hochwasser zu rechnen ist. Sie hätte erwartet, dass die Menschen in Sicherheit gebracht

werden, sagte sie der Wochenzeitung „Politico“. In der belgischen Stadt Liège (Lüttich) hatten die Behörden Evakuierungen angeordnet.

Anscheinend wären weniger Menschen durch das Hochwasser gestorben, wenn die zuständigen Behörden den Katastrophenschutz besser vorbereitet hätten. Allerdings seien die Einsatzkräfte für den Katastrophenschutz unterfinanziert, schätzte Michael Holstein, Bürgermeister der Gemeinde Trier-Land ein, die stark vom Hochwasser betroffen war. So seien Einsatzkräfte nur mit Hilfe der Bundeswehr an ihre Einsatzorte gekommen, notwendiges technisches Gerät habe erst in die Region gebracht werden müssen, sagte Holstein dem „SWR“:

„Voraus denken – elementar versichern“: Eine Website des Bayerischen Wirtschaftsministeriums liest sich wie Werbung für Versicherungen gegen „Elementarschäden“, die auch Hochwasserschäden abdecken. 2019 haben die Regierungen Bayerns und Nordrhein-Westfalens beschlos-

sen, dass Hochwasseropfer nur dann Soforthilfen erhalten sollen, wenn sie keine Möglichkeit hatten, sich zu versichern – nur in einzelnen Härtefällen sollte trotz fehlender Versicherung staatliche Hilfe gezahlt werden. Weniger als die Hälfte der Hauseigentümer sind gegen Elementarschäden versichert.

Allerdings haben Politiker der Bundes- und der betroffenen Landesregierungen unbürokratische Hilfe für die Opfer des Hochwassers versprochen. Sie wissen, dass es die Bundestagswahl beeinflusst, wie sie sich zu den Hochwasseropfern verhalten – die Medien erinnerten daran, wie Bundeskanzler Gerhard Schröder sich beim Elbehochwasser 2002 in Gummistiefeln filmen ließ, den bisher größten Einsatz von Soldaten im Inland anordnete und anschließend die Bundestagswahl gewann. Am Mittwoch wollte die Bundesregierung erste Zahlungen beschließen.

„Beim Katastrophenschutz sind wir genauso schlecht vorbereitet wie

beim Pandemie-Schutz“, ließ sich der SPD-Politiker Karl Lauterbach Anfang der Woche zitieren. Lauterbach hatte daran mitgearbeitet, das Gesundheitswesen mit dem Fallpauschalen-System am Markt auszurichten – er ist also mitverantwortlich für die Probleme im Kampf gegen die Pandemie. Auch bei dem Schutz vor Hochwasser zeigt sich, was es bedeutet, wenn die Regierung an der Infrastruktur spart und stattdessen auf die Leistungen von Versicherungskonzernen setzt.

In einer gemeinsamen Erklärung zeigten die DKP, die Kommunistische Partei Luxemburgs und die Neue Kommunistische Partei der Niederlande ihre Solidarität mit den Hochwasseropfern. Sie forderten, die Hochwasserprävention zu stärken und „alle Möglichkeiten der modernen Wissenschaft, der Hochwasserschutzmethoden und der Raumplanung zum Schutz des Lebens der Menschen“ einzusetzen.

Olaf Matthes

## Wer zieht RWE zur Rechenschaft?

„Es ist eine Katastrophe, die sich in NRW, Rheinland-Pfalz und anderen Bundesländern durch Starkregen und Hochwasser ereignet hat. Aber diese Katastrophe hat Ursachen“, erklärte Peter Lommes, Vorsitzender der DKP Rheinland Westfalen, am vergangenen Wochenende. Teile der Katastrophe hätten sich in unmittelbarer Nähe zum Rheinischen Braunkohlerevier abgespielt. Dort, wo aus riesigen Erdlöchern die Braunkohle aus der Erde geholt und dann unmittelbar daneben in riesigen Kraftwerken verstromt werde. „Die Kraftwerke gehören RWE und sind die größten Dreckschleudern, die man sich vorstellen kann. Sie sind mit dafür verantwortlich, dass sich solche Wetterphänomene wie in der vergangenen Woche häufen“, so Lommes.

Weiter heißt es in der Erklärung: „Und nun sei die Frage erlaubt: Von wem werden die Schäden bezahlt? Die Antwort wird sein: Wir alle zahlen. Die Berichterstattung ist genauso angelegt: ‚Wir‘ müssen jetzt zusammen stehen und den unmittelbar Betroffenen helfen. Natürlich müssen wir das. Unsere Solidarität gehört den Betroffenen. Aber warum ist es eigentlich nicht logisch, dass RWE, also der Profiteur, zur Behebung des Schadens herangezogen wird?“ Aus dieser Katastrophe gebe es nur eine Schlussfolgerung: Sofortiger Ausstieg aus der Braunkohle und sofortige Schaffung von qualifizierten Ersatzarbeitsplätzen für die betroffenen Kolleginnen und Kollegen. „Da diese Forderungen nicht freiwillig umgesetzt werden, gilt die Kardinalforderung: Energiekonzerne gehören in die öffentliche Hand.“

WR

Die Erklärung im Wortlaut auf [blog.unsere-zeit.de](http://blog.unsere-zeit.de)

## Mindestlohnbetrug

Bundesweit sind im vergangenen Jahr 4.220 Ermittlungsverfahren wegen Mindestlohnverstößen eingeleitet worden. Darauf weist die Industriegewerkschaft Bauen-Aggar-Umwelt (IG BAU) hin. Die meisten Verstöße habe es dabei auf Baustellen gegeben. Der IG-BAU-Vorsitzende Robert Feiger sagte, dass „deutlich mehr als 1.000 Fälle und damit rund jedes vierte Ermittlungsverfahren“ gegen Baufirmen eingeleitet worden seien, 715 entfielen auf die Gastronomie und Hotellerie und 272 auf die Gebäudereinigung. Bei diesem Lohnbetrug geht es darum, dass entweder unter dem gesetzlichen Mindestlohn oder dem bestehenden Branchenmindestlohn gezahlt wurde.

Mit 981 gab es die meisten Fälle in Nordrhein-Westfalen. Dies seien nur die Fälle, die bei Kontrollen festgestellt worden seien, so Feiger. Den Beschäftigten sogar den vorgeschriebenen Mindestlohn vorzuenthalten, sei kriminell.

Um den Mindestlohnbetrug wirksam einzudämmen, fordert Feiger eine Ausweitung der Kontrollen, eine deutliche Erhöhung der Bußgelder und eine gesetzliche Regelung, die Firmen automatisch verpflichtet, Arbeitslohn nachzuzahlen.

## Sorgloser Umgang mit Daten

Wer Sozialleistungen beantragt, muss sensible persönliche Daten preisgeben. Wie sorglos Behörden damit umgehen, zeigt die Antwort des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Katja Kipping (Partei „Die Linke“). Demnach meldete die Bundesagentur für Arbeit im ersten Halbjahr dieses Jahres 4.948 Datenschutzverstöße an den Bundesbeauftragten für Datenschutz. Das sind rund 57 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die hohe Zahl der Meldungen sei unter anderem dem erhöhten Postaufkommen durch die Coronapandemie geschuldet, so das Ministerium. Rund 85 Prozent der Fälle im letzten Jahr gingen auf den Versand persönlicher Dokumente an falsche Empfänger zurück. Sie können so Einsicht in hochsensible Daten anderer Sozialleistungsempfänger bekommen. Zudem können den eigentlichen Adressaten massive Probleme durch unwissentliche Fristverletzungen entstehen.

## Nicht nach Tarif

45,7 Millionen Euro „verdient“ Niklas Östberg, Chef von „Delivery Hero“, im Jahr. Unternehmen wie „Delivery Hero“ machen Milliardenumsätze, während die Fahrerinnen und Fahrer oft nicht mal nach Tarif bezahlt würden, so der DGB. Der Gewerkschaftsbund hat errechnet, dass sie 2.290 Jahre in die Pedale treten müssten, um auf das Gehalt eines Niklas Östberg zu kommen – wenn der Mindestlohn (aktuell: 9,60 Euro) gezahlt und eine 40-Stunden-Woche zugrundegelegt wird.

„Wie lange muss ich arbeiten, um das Jahresgehalt eines Top-Managers oder einer Top-Managerin zu erreichen?“ Wer es selbst ausprobieren will, kann auf der Website des DGB sein Gehalt im „Managerrechner“ eingeben und sich errechnen lassen, wie lange es dauern würde.

## Autovision zahlt „Corona-Beihilfe“

Autovision zahlt ihren Beschäftigten eine „Corona-Beihilfe“ von 1.000 Euro. Darauf einigte sich die VW-eigene Zeitarbeitsfirma mit der IG Metall. Teilzeitbeschäftigte erhielten eine anteilige Zahlung, so Thilo Reusch, Verhandlungsführer der IG Metall. Zudem wurde eine tabellenwirksame Lohnerhöhung von 2,3 Prozent zum 1. Januar 2022 vereinbart. Reusch sprach von einem „vernünftigen Kompromiss“.

Autovision „verleiht“ Arbeiterinnen und Arbeiter an VW, aber auch an andere Unternehmen.



Foto: Die Linke NRW

Vom Pfandsammeln wird man nicht reich, aber ein ganz klein bisschen weniger arm.

# Armutszugnis

Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes: 2,8 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut

**K**inder sind unsere Zukunft“ ist keine beliebte Floskel bei Sonntags- und Wahlkampfreden und wird sicher im Vorfeld der Bundestagswahl wieder häufiger aus berufenen Munde zu hören sein. Wie es um die soziale Situation vieler Kinder und Jugendlicher in Deutschland gegenwärtig bestellt ist, wurde in einer aktuellen Studie der Forschungsstelle des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes über einen Zeitraum von zehn Jahren untersucht. Die Studie mit dem Titel „Kein Kind zurücklassen. Warum es wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut braucht“ kommt zu dem Ergebnis, dass Kinderarmut überdurchschnittlich angewachsen ist. Rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche leben inzwischen in Deutschland in Armut. Dies entspricht 20,5 Prozent der Angehörigen dieser Alterskohorten. Besonders hart und häufig sind hier kinderreiche Familien sowie Alleinerziehende und deren Kinder betroffen.

Die Ergebnisse der Studie verdeutlichen eindrucksvoll, dass die bestehenden sozialen Sicherungssysteme bei weitem nicht ausreichen, um Familien und Kinder effektiv vor Armut zu schützen. So sind die Leistungen der Grundsicherung deutlich zu niedrig bemessen. Auch die jüngeren ergänzenden familienpolitischen Maßnahmen – zum Beispiel die Reformen bei Leistungen wie Kinderzuschlag und Unterhaltsvorschuss – reichen bei weitem nicht aus. „Diese holen zwar verstärkt Familien mit Kindern aus dem SGB-II-Bezug, sind aber mitnichten armutsfest“, kritisieren die Autoren der Studie.

Die Forschungsstelle des DPWV hat darüber hinaus auch die unterschiedlichen Entwicklungen von Kinderarmut in den einzelnen Bundesländern und zwischen Ost- und Westdeutschland untersucht. Trotz starker regionaler Differenzierung ist ein deutlicher Trend erkennbar: Während sich die Lage der Kinder und Ju-

gendlichen im Osten ausgehend von einem sehr niedrigen Niveau zumindest in den „Boom-Zentren“ Leipzig, Dresden oder Jena leicht verbessert, wachsen die Probleme in einigen westdeutschen Ländern. Insbesondere in Bremen, Hessen, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen ist die Situation inzwischen teilweise dramatisch.

Da die Folgen der Corona-Pandemie insbesondere einkommensarme Familien zusätzlich belasten und in den Ergebnissen der Studie aufgrund des Untersuchungszeitraums noch nicht berücksichtigt worden sind, wird sich die Lage sicher weiter verschärfen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, fordert der Paritätische Wohlfahrtsverband wirksame Maßnahmen, darunter die Einführung einer bedarfsgerechten, einkommensabhängigen Kindergrundsicherung und einen Rechtsanspruch auf Angebote der Jugendarbeit. Um Armut von Kindern und ihren Eltern wirksam zu beseitigen, muss darüber hinaus sowohl am

Arbeitsmarkt als auch bei der Grundversicherung angesetzt werden, fordert der Sozialverband. Darüber hinaus müssten auch Verteilungsfragen neu diskutiert werden: „Alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Kluft zwischen Arm und Reich zu schließen, kommen auch Familien und damit Kindern zugute“, heißt es in der Studie. Bei solchen Aussagen und Forderungen stellt sich aufgrund der jüngsten politischen Entwicklungen angesichts von Krise und Sozialabbau die Frage, wann der Paritätische Wohlfahrtsverband vom Inlandsgeheimdienst als „verfassungsfeindliche Organisation“ eingestuft und von „Ministerial-Bürokraten“ politisch und ökonomisch bekämpft wird. Mit der Tageszeitung „junge Welt“, der Roten Hilfe, der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, der DKP und anderen Organisationen, die für eine solidarische Gesellschaft und gerechtere Welt kämpfen, befände er sich dann in bester Gesellschaft.

Ulf Immelt

## „Ein Angriff auf uns alle!“

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter solidarisieren sich mit der DKP

In der letzten Ausgabe der UZ ist auf den Seiten 2 und 3 der Printausgabe eine Auswahl der zahlreichen Solidaritätserklärungen und Stellungnahmen erschienen, die die Entscheidung des Bundeswahlausschusses kritisieren, der DKP ihren Status als Partei abzuerkennen und sie nicht zur Bundestagswahl zuzulassen. Inzwischen haben wir weitere Zuschriften erhalten, von denen wir hier eine Auswahl veröffentlichen möchten. Wir können nicht alle Zuschriften abdrucken, möchten uns aber ganz ausdrücklich dafür bedanken und darauf verweisen, dass wir online weitere Stellungnahmen und Soli-Erklärungen dokumentiert haben unter: [unsere-zeit.de/kaltes-parteeverbot/](https://unsere-zeit.de/kaltes-parteeverbot/)

„Ich erlebe die Parteimitglieder der DKP bei unserer Initiative ‚KrankenhausEntscheid Essen‘, wie sie sich mit unermüdlichem Engagement für die sozialen Interessen der Bürgerinnen einsetzen. 2018 haben wir elf Wochen für mehr Personal in unserem Krankenhaus gestreikt, auch da haben sie unterstützend an der Seite der Arbeitnehmerinnen gestanden. Bescheiden, im positiven Sinne zurückhaltend und fokussiert auf tatkräftige Hilfe und Einsatz für die Belange der Bürger\*innen und Arbeitnehmerschaft. Hiermit möchte ich meine Solidarität mit der DKP zum Ausdruck bringen.“

Petra Bäumler-Schlackmann, Initiative „KrankenhausEntscheid Essen“

„Der Versuch, die DKP auf formalem Weg aus dem Weg zu räumen, ist ein Anschlag auf die Demokratie und Meinungsfreiheit in Deutschland. Er steht in der unseligen Tradition des ungezügten Antikommunismus in unserem

Land, der sich in seinen verschiedenen Erscheinungsformen, von der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht über die Verharmlosung faschistischer Gefahren vor und nach 1933 bis zum KPD-Verbot und den Berufsverboten für Kommunisten in den 70er und 80er Jahren, in die heutige Zeit zieht.

Statt die Gefahren durch Neonazis und Rechtsextremisten zu bekämpfen, ist der Staat auf dem rechten Auge blind und bekämpft stattdessen linke politische Kräfte und Kommunisten.

Dieser Angriff darf nicht erfolgreich sein und erfordert eine solidarische Antwort aller demokratischen Kräfte in unserem Land.“

Karl Reif, Mitglied der Partei „Die Linke“ und der IG Metall

„Unter fadenscheinigen Vorwänden wird der DKP die Zulassung zur Bundestagswahl verwehrt – und damit ihre Existenz als politische Partei gefährdet. (...) Damit sich das unsägliche KPD-

Verbot von 1956 nicht in anderer Form wiederholt, benötigt es ein geschlossenes Handeln der Arbeiterinnenbewegung in der BRD. Die Mitglieder der DKP, die in großer Mehrheit auch engagierte Gewerkschaftskollegen sind, brauchen jetzt unsere Unterstützung. (...) Trotz teils verschiedener Ansichten gilt es, sich in dieser Sache bedingungslos mit der DKP zu solidarisieren! (...)“

Repression hat viele Gesichter und fängt nicht erst damit an, das die Bullen einem die Tür eintreten. Auch dieses Manöver des bürgerlichen Staates ist Ausdruck von Klassenjustiz und muss genau wie die Repression auf anderen Ebenen entschlossen, solidarisch und vor allem gemeinsam beantwortet werden. Der Angriff auf die DKP ist ein Angriff auf uns alle! (...)“

Solidarität mit der DKP und allen anderen, die von Repression betroffen sind!“

Arbeitsgemeinschaft für gewerkschaftliche Fragen (Agf) Marburg

„Da bleibt einem doch die Spucke weg. Die Verfolgung von Kommunisten hat in Deutschland eine lange Tradition. (...) Jetzt wird wieder der ‚Knüppel aus dem Sack‘ geholt und drauf- und dreingeschlagen. Die Begründung zur Nichtzulassung der DKP zu den Bundestagswahlen und als Partei ist aberwitzig. Fristen zur Einreichung von Rechenschaftsberichten verstrichen –

jeder kennt es, hier und da wird eine Nachfrist gesetzt. (...)“

Aber darum geht es nicht. Dies sind fadenscheinige Begründungen. Es wird mal wieder gegen Kommunisten ‚getreten‘ oder diese werden an den Pranger gestellt. Diese Auseinandersetzung reiht sich aus meiner Sicht nahtlos ein. Aberkennung der Gemeinnützigkeit bei der VVN-BdA, bei Campact, bei Attac usw. bis hin zu der Feststellung, die Zeitung ‚jW‘ wird vom Verfassungsschutz beobachtet. Dabei sollen fortschrittliche Organisationen politisch kaltgestellt werden.

Interessant, es richtet sich immer gegen linke Kräfte. Gegen die NPD konnten der Staat und der Verfassungsschutz bei dem Verbotsantrag nichts unternehmen. Verwundert doch keinen politisch Denkenden, wenn ein abgesägter ehemaliger Verfassungsschutzpräsident unverhohlen rechte Parolen verbreiten kann. Auch kann er, juristisch natürlich nicht verfolgt, einen rechtsextremen Tweet nach dem anderen absetzen. (...)“

Wir sollten jetzt gemeinsam alles daran setzen, dass die Kandidatinnen und Kandidaten der DKP zur Bundestagswahl antreten dürfen und dass die DKP als politische Partei weiter existieren kann.

Ich solidarisiere mich mit der DKP. Kampf dem DKP-Verbot!“

Ortwin Bickhove-Swidorski, Mitglied in der VVN-BdA und bei ver.di

# Die „Powerpointschubser“ organisieren sich

VW will seine IT-Sparte ausbauen – ohne die 35-Stunden-Woche

Der VW-Konzern hat die Entwicklungsabteilungen seiner Autofirmen zusammengelegt und daraus Cariad SE gegründet. Mit der IG Metall hat das neue Unternehmen einen Haustarifvertrag ausgehandelt, bei dem die 35-Stunden-Woche praktisch Geschichte sein soll. Neun IG-Metaller stellen den neuen Betriebsrat im Südosten Deutschlands und wollen sich das nicht gefallen lassen. Sie organisieren eine Belegschaft, die bisher keinen Sinn in Gewerkschaften sah. UZ sprach mit dem Cariad-Betriebsrat Stefan Mitschke, der in Bayern für die DKP zum Bundestag kandidiert.



Bei der VW-Tochter Cariad SE wird unter anderem an einer einheitlichen Software-Plattform für alle Pkw-Marken des Volkswagen-Konzerns gearbeitet.

**UZ:** Die VW-Managerin Nari Kahle sagte, der Haustarifvertrag von Cariad sei etwas Besonderes. Inwiefern ist er etwas Besonderes?

**Stefan Mitschke:** Der Cariad-Haustarifvertrag ist etwas Besonderes, denn in der Software-Branche sind Tarifverträge in Deutschland noch relativ unüblich. So gesehen ist ein Tarifvertrag der IG Metall im IT-Software-Development-Bereich was Neues. Aber zum Beispiel bei Audi, wo ich herkomme, gilt der Flächentarif Bayern. Die Kernmarke Volkswagen jedoch hat immer schon einen Haustarifvertrag. Die Frage ist, ob ein Haustarifvertrag Vorteile für die Belegschaft hat. Das haben wir im Rahmen der Tarifkommission, in der ich Mitglied war, intensiv diskutiert.

**UZ:** Was kam bei euren Diskussionen heraus?

**Stefan:** Der Haustarifvertrag von Cariad hat Stärken und Schwächen. Die größte Schwäche betrifft das Thema 35-Stunden-Woche. Aus meiner Sicht wurde sie effektiv aufgelöst. Wir haben eine Arbeitszeit zwischen 28 und 40 Stunden, die der Arbeitnehmer individuell wählen kann. Für den gesamten Betrieb gilt eine durchschnittliche Arbeitszeit von 37,5 Stunden. Was letztlich heißt, wir haben eine 40-Stunden-Vertragsquote von mindestens 50 Prozent. Effektiv heißt das aus meiner Sicht, wir haben keine 35-Stunden-Woche mehr, sondern eine 37,5-Stunden-Woche. Das ist ein herber Verlust für die IG Metall und auch für die Belegschaft. Ich finde eine solche flexible Teilzeitregel gut, aber das wäre bei 35 oder 20 Stunden möglich. Ziel muss es sein, dass die Kollegen nicht mehr schufteten, um ihr Entgelt zu erhöhen, sondern sich gemeinsam für bessere Löhne einsetzen.

Der hohe Organisationsgrad bei Audi-Ingolstadt zum Beispiel war in allererster Linie der Produktion zu verdanken. Deswegen haben wir diskutiert, ob ein solcher Haustarifvertrag nicht den Vorteil hat, dass die Belegschaft leichter versteht, dass dieser Tarifvertrag in ihren Händen liegt. Nach sechs Monaten Tarifvertrag kann ich sagen, dass diese Überlegungen funktionieren. Über den Tarifvertrag kommen wir vom Betriebsrat mit den Kollegen ins Gespräch und zu sagen: Hier, das ist dein Tarifvertrag. Wir können den verbessern. Wir können den ausbauen. Dafür musst du aber aktiv werden, am besten in der Gewerkschaft.

**UZ:** Einige Entwickler kommen nicht von den großen Autobauern, sondern von Zulieferern, und haben bisher 40 Stunden und mehr für einen Nicht-Tariflohn gearbeitet. Wie wirkt sich das aus?

**Stefan Mitschke:** Das sind zum Beispiel in Südost rund 500 Kollegen der TKI, die von Cariad komplett geschluckt wurden. Die hatten vorher 40 Stunden, keinen Tarifvertrag und auch keinen Betriebsrat. Natürlich sind das jetzt die, die real eine Arbeitszeitverkürzung und eine Lohnerhöhung gekriegt haben. Uns hat das Unternehmen aber unfreiwillig eine Brücke gebaut. Die Unternehmensleitung hat sich hingestellt und gesagt, dass die Kollegen von TKI nicht ab dem ersten Tag nach Tarif bezahlt werden. Sondern das könne einige Jahre dauern. Das hat in der Belegschaft berechtigt zu Unzufriedenheit geführt. Dazu muss man aber auch sagen, dass wir als Gewerkschaft es aktuell nicht durchsetzen konnten. Aber dieses Unbehagen kann man als Betriebsrat und als Gewerkschaft nutzen und sagen, Kollegen, da ist mehr drin. Ich hatte erst heute ein Gespräch mit einem Kollegen, wo ich gesagt habe, wenn wir das ändern wollen, dann können wir das nächste Jahr in der Tarifrunde versuchen. Und bei der Vorbereitung auf die nächsten Tarifverhandlungen kannst du dich einbringen und einsetzen, dass die Arbeitsbedingungen besser werden.

**UZ:** Wie wird innerhalb der Belegschaft das Abrücken von der 35-Stunden-Woche aufgenommen?

**Stefan Mitschke:** In der Belegschaft wird das eher unkritisch gesehen, sondern als Lohnerhöhung und individuelle Arbeitszeitgestaltung verstanden. Wir wissen auch noch nicht, wo sich das einpendeln wird. Wird die Marke von 37,5 Stunden bestehen bleiben, weil genauso viele in Teilzeit gehen wie die, die 40 Stunden arbeiten wollen, oder halt nicht? Dass es eigentlich keine Lohnerhöhung ist, sondern einfach nur mehr arbeiten, sehen viele noch nicht. Gleichzeitig versucht das Unternehmen, Kollegen immer mehr Arbeitspakete zu geben, damit die Kollegen „freiwillig“ 40 Stunden arbeiten, um die Anforderungen überhaupt zu schaffen.

**UZ:** VW steckt sehr viel Geld in die neue Firma und lässt sich das praktische Auflösen der 35-Stunden-Woche derzeit noch sehr viel kosten. Was glaubst du, wie lange wird das so weitergehen?

**Stefan Mitschke:** Die Frage wird sich nächstes Jahr in den Tarifverhandlungen stellen. Das Unternehmen wird alles als Flexibilisierung zu Gunsten der Belegschaft verkaufen. Das Unternehmen wird kein Problem damit haben, dass der Sockel die 35-Stunden-Woche

ist. Das ist denen egal. Sondern es geht darum, dass flächendeckend 40 Stunden gearbeitet wird. Cariad hat viel Geld gekostet. Aber verschenkt wird nichts.

**UZ:** Im Blick auf die Tarifrunde: Wie macht ihr euren Kolleginnen und Kollegen die eigene Kampfkraft bewusst?

**Stefan Mitschke:** Die Herausforderung ist, dass wir ein Klientel vor uns haben, das über Jahre entweder gar keine gewerkschaftliche Organisation kannte oder immer gesagt hat, die aus der Produktion werden das schon schaukeln. Der erste Schritt ist, überhaupt erst mal ein Bewusstsein zu schaffen, dass sie über ihre Arbeitsbedingungen mitbestimmen können. Der zweite Schritt ist, den Kollegen klar zu machen, dass sie sich nicht nur einbringen können, sondern auch Forderungen stellen und eventuell auch durchsetzen können. Wir sind da ganz am Anfang und bauen gerade einen Vertrauenskörper im Südosten auf. Der Nordwesten, also Wolfsburg, hat schon Vertrauensleute. Ich glaube, das ist ein ganz wichtiger Schritt, gewerkschaftliche Strukturen aufzubauen und Bewusstsein zu schaffen, dass auch ein Softwareentwickler die Tastatur fallen lassen kann.

**UZ:** Viele sagen aber, was bringt es, in der IT zu streiken? Ihr seid ja nicht die Produktion.

**Stefan Mitschke:** Wir „Programmierer“, wir Entwickler, wir „Powerpointschubser“ können auch richtig streiken. Davon bin ich überzeugt. Da wird es aber nicht reichen, nur einen Tag Warnstreik zu machen, sondern einfach mal drei Wochen nicht zur Arbeit zu gehen. Das heißt, drei Wochen lang Software-Releases zu ignorieren und die Deadlines zu reißen. Wenn Software-Releases nicht eingehalten werden, kann das Testing nicht starten, das Bug-Fixing kann nicht starten, die Software wird nicht rechtzeitig geliefert werden. Wenn die Cariad als Softwarelieferant Backends nicht mehr pflegt, keinen Support mehr leistet, sich die Softwarelieferung verzögert, und das für mehrere Tage oder mehrere Wochen, dann stehen irgendwann die Produktionsstandorte von Audi, Volkswagen, Seat, MAN und wie sie alle heißen still, weil sie von der Software abhängig sind.

Das Gespräch führte Christoph Hentschel

## Was macht ein Entwickler?

Wenn der Code eines Computerprogrammes geschrieben ist, fängt die Arbeit eigentlich erst an. Das Programm muss auf Herz und Nieren getestet werden (**Testing**) – funktioniert alles, wie es soll, oder fehlen Funktionen, die man noch nacharbeiten muss? Fehler, sogenannte „bugs“, müssen repariert oder ersetzt (Neudeutsch: **gefixt**) werden. Stimmt alles, dann kann die Software (heute meist über das Internet) an die Kunden geliefert werden, sprich: es gibt ein **Software-Release**. Ist die Software beim Kunden, ist die Arbeit noch nicht beendet. Kunden, die mit dem Programm nicht zu recht kommen, brauchen Hilfe oder vom Kunden verursachte Fehler müssen behoben werden. Ohne **Support** ist das beste Programm nutzlos. Dazu gehört auch, dass die Schaltoberfläche, mit der der Kunde dem Programm sagen kann, was es tun soll – das sogenannte „**Backend**“ – immer auf den neuesten Stand gebracht wird und für die Bedürfnisse des Kunden optimiert wird.

Lars Thiede zur Tarifrunde TV-L 2021

# „Arbeitgeber“ für bessere Bezahlung?

Im Oktober und November diesen Jahres stehen die nächsten Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Bundesländer an. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, ver.di, GEW, GdP und IG BAU, verhandeln mit der TdL, der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Es geht also primär um die Gehaltssteigerung für die Beschäftigten von 15 Bundesländern (15, nicht 16, da Hessen vor Jahren aus der TdL ausgestiegen ist und nun „sein eigenes Süppchen kocht“).

Aktuell laufen in den Gewerkschaften die Meinungsbildungsprozesse, mit welchen Forderungen man in die Tarifverhandlungen gehen wird, Ende August werden die Gewerkschaften ihre Tarifforderungen dann bekanntgeben. Aber auch ohne die Gabe der Vorhersehung, größere Mengen Kaffeesatz oder eine handelsübliche Glaskugel kann beziehungsweise muss man vermuten, dass ein Konfliktfeld bereits feststeht, da die Arbeitgeberseite es relativ sicher aufs Tapet bringen wird: Der so genannte „Arbeitsvorgang“.

Der Arbeitsvorgang versteckt sich in § 12 des Tarifvertrags für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L) und ist baugleich auch in den Tarifwerken für die Beschäftigten der Kommunen und des Bundes enthalten. In diesem eher unscheinbaren und zugegebenermaßen schwer zu lesenden Paragraphen ist ein Grundsatz des Eingruppierungsrechts im öffentlichen Dienst festgelegt: Das „Atomisierungsverbot“. Dies hat nichts mit Antimilitarismus zu tun, sondern regelt, dass die Tätigkeit eines Beschäftigten im Hinblick auf seine Eingruppierung als Ganzes zu bewerten ist und nicht in mehrere kleine und kleinste Arbeitsschritte unterteilt, also atomisiert werden darf.

Spannend ist die Begründung der „Arbeitgeber“, mit der schon in den beiden vergangenen Tarifrunden im öffentlichen Dienst die Notwendigkeit einer Reform des Arbeitsvorgangs eingefordert wurde. Sie behaupten tatsächlich, es gehe ihnen hierbei um Gerechtigkeit – und die Chance auf eine bessere Bezahlung durch eine höhere Eingruppierung. Klar, das leuchtet ein, schließlich fordern „Arbeitgeber“ ständig eine bessere Bezahlung ihrer Beschäftigten.

Die Gewerkschaften haben aber natürlich begriffen, dass diese Argumentationslinie nur vorgeschoben ist. Sie haben sich vehement und erfolgreich gegen alle „Reform“-bestrebungen in dieser Richtung zur Wehr gesetzt. Denn klar ist, dass bei einer Betrachtung von einzelnen Arbeitsschritten durch die „Arbeitgeber“ am Ende vor allem einfache und daher niedriger eingruppierte Tätigkeiten entdeckt werden würden – das heißt, dass hierin für wenige eine Chance besteht und für viele eine große Gefahr liegt. Denn auch an Arbeitsplätzen, für die eine hohe Qualifikation und Fachkenntnis erforderlich ist, gibt es einige Aspekte der Tätigkeit, die einfacher sind und somit niedriger bewertet sein könnten, wenn man diese Option tarifrechtlich erst einmal geöffnet hat.

Neben einem guten Gehaltsplus wird der Schutz des Arbeitsvorgangs daher eine zentrale Aufgabe der anstehenden Tarifrunde sein.

**Tipp:** In kurzen Erklärfilmen hat ver.di Informationen und Praxisbeispiele zur Auseinandersetzung um den Arbeitsvorgang erstellt, die online abrufbar sind unter: [kurzelinks.de/83vl](https://kurzelinks.de/83vl)



Die Streiks im Handel gehen weiter. Damit reagierten die Beschäftigten auf „inakzeptable“ oder „gar nicht erst vorhandene“ Angebote der Kapitaleseite, wie es von ver.di hieß.

Am vergangenen Samstag versammelten sich Beschäftigten und Unterstützerinnen und Unterstützer zu einer Kundgebung in Stuttgart (siehe Foto). Zuvor waren in Baden-Württemberg am 10. und 12. Juli im Einzel- und Versandhandel die Beschäftigten von 60 Betrieben, darunter Kaufland, H&M, Zara und Esprit sowie Obi, zu einem eintägigen Warnstreik aufgerufen. Aber nicht nur in Baden-Württemberg waren die Beschäftigten im Einzel- und Großhandel aktiv: So wurde unter anderem der Versand-, Buch- und Einzelhandel in Hamburg bestreikt, in Chemnitz traf es die „Edeka Foodservice“. „Einige Arbeitgeber versuchen mit allen möglichen Mitteln die Beschäftigten vom Streik abzuhalten, aber der Mut unserer Kolleginnen und Kollegen ist schon außergewöhnlich“, so Jaana Hampel, ver.di-Streikleiterin in Mittelfranken.

## Michael Gerber verlässt Rat

Nach 26 Jahren Ratstätigkeit hat Michael Gerber, Ratsherr der DKP in der Stadt Bottrop, aus gesundheitlichen Gründen sein Mandat an den DKP-Kreisvorsitzenden Jörg Wingold weitergegeben. Als Stellvertreter der Kreisvorsitzender der DKP in Bottrop bleibt er politisch aktiv und bringt seine Erfahrungen weiterhin ein, stellte er im Gespräch mit UZ klar. Ein Interview mit ihm erscheint in der kommenden Ausgabe.

## Umsturzversuch

Nach der geplatzten Landtagswahl in Thüringen hat Björn Höcke im Namen der AfD-Fraktion ein Misstrauensvotum gegen Bodo Ramelow (Partei „Die Linke“) und dessen rot-rot-grüne Minderheitsregierung eingereicht. Höcke hofft, damit Ramelow zu stürzen und selber thüringischer Ministerpräsident zu werden. „Wir werden uns auf die durchschaubaren Spiele der AfD nicht einlassen“, teilte die CDU-Fraktion mit. Die AfD ist nach der Partei „Die Linke“ die zweitstärkste Fraktion im Landtag.

## Reißt es ab!

Die Initiative „Coalition of Cultural Workers Against the Humboldt Forum“ (CCWAH, deutsch: Koalition der Kulturschaffenden gegen das Humboldt-Forum) fordert den Abriss des kürzlich eröffneten Preußischen Stadtschlosses namens „Humboldt-Forum“ (siehe UZ vom 9. Juli). „Wir müssen uns heute fragen, warum wir uns für das wiedervereinigte Deutschland ein Schloss errichtet haben – ein Symbol der preußischen Versklavungs- und europäischen Imperialgeschichte“, sagt die Stadtforscherin Noa Ha. „Ich finde es unerträglich, dass Millionen ausgegeben werden, um im Schloss der deutschen Kolonialherrscher die uns gestohlenen Kulturschätze zu präsentieren“, ergänzt Mnyaka Sururu Mboro, ein tansanischer Aktivist.

## Selbstlob stinkt

CDU-Kanzlerkandidat und NRW-Ministerpräsident Armin Laschet rühmte sich während einer Pressekonzferenz: „Wir haben in Nordrhein-Westfalen bereits 45 Prozent erreicht. Kein anderes deutsches Bundesland hat so viel CO<sub>2</sub> eingespart.“ Recherchen der „tageszeitung“ widerlegen Laschets Aussage. Laut einer „Umweltökonomischen Gesamtrechnung“ der Landesstatistikämter sanken die CO<sub>2</sub>-Emissionen in NRW zwischen 1990 und 2018 um 27 Prozent geringer als der bundesweite Durchschnitt. Laschet bezieht sich bei seiner Aussage allein auf vorläufige Zahlen seines Landes für 2020. Tatsächlich verzeichnete NRW in den letzten zwei Jahren einen starken Rückgang bei den Emissionen, weil die Kohlekraftwerke weniger Strom produziert haben als zuvor. Das hatte jedoch nichts mit der Politik Laschets zu tun, sondern lag am gestiegenen CO<sub>2</sub>-Preis im Emissionshandel und weil während der Corona-Pandemie deutlich weniger Strom verbraucht wurde.

## Kritik an Polizei

Am 9. Oktober 2019 versuchte der Rechtsterrorist Stephan B. die Synagoge in Halle zu stürmen und erschoss dabei eine Passantin. Jetzt erheben Besucher der Synagoge Vorwürfe gegen die Polizei. „Zu diesem Zeitpunkt lag gerade der schlimmste Tag meines Lebens hinter mir. Ich hatte nicht das Gefühl, dass das gesehen wurde“, erklärte einer der Gläubigen im Magdeburger Untersuchungsausschuss. Es habe der Polizei an Empathie gefehlt. Sie scheine auch gar keine Ahnung gehabt zu haben, wer Juden sind und was sie an diesem Tag in der Synagoge gemacht hätten, kritisierte der Zeuge laut Vernehmungprotokoll.

# Die Ausbeutung bewältigen

## Warum es helfen kann, Kommunist zu sein – ein DKP-Kandidat erzählt

„Kommunist zu sein ist eine mentale Stütze“, sagt Calvin Kraus. „Wenn du herumkommandierst wirst, wenn der Chef dich anschaut, wenn du merkst, dass du ausgebeutet wirst – dann fällt es dir schwerer, damit klarzukommen, wenn du nicht weißt, warum das so ist.“ Im Marxismus sieht er die Grundlage und das Werkzeug, um zu verstehen, was die Gesellschaft prägt. „Wenn du dieses Wissen nicht hast, dann kommst du damit auch psychisch weniger gut klar.“ Kraus, 26 Jahre alt, Gießereimechaniker, kandidiert bei der Bundestagswahl für die DKP.

### Rauer Ton

Er muss damit klarkommen, dass einzelne ältere Kollegen in seiner Abteilung 1.000 Euro mehr verdienen als er. Wie viel er verdient, hängt damit zusammen, wie sich der Weltmarkt für Autos und Autoteile entwickelt, welche Technik für Heizungen benutzt wird und wie Konzernvorstände beschließen, daraus ihren Vorteil zu ziehen.

Die Gießerei in einer mittelhessischen Kleinstadt, in der Kraus arbeitet, gehörte früher dem Konzern Buderus, der in den 50er Jahren von dem Kriegsverbrecher Friedrich Flick gekauft wurde, dessen Konzern sie wieder verkaufte. Das Unternehmen, dem sie heute gehört, konnte weniger Heizkessel verkaufen, ist aber einer der größten Zulieferer der Autoindustrie weltweit. Es beschloss also, dass Kraus' Kollegen künftig auch Bremsscheiben für Autos gießen sollen. Den jetzigen Standort gliederte das Unternehmen auf. Weil es sich dafür lobte, die Gießerei nicht zu schließen, forderte es von den Beschäftigten, zu verzichten. Kraus, der 2017 seine Ausbildung begann, gehört zu den Jungen – er wird nach den neuen Tabellen schlechter bezahlt als die Älteren, deren alte Verträge weiter gelten. „Früher hat man gesagt: Auf der Hütte ist die Arbeit dreckig, aber man verdient richtig Geld. Die Arbeitsbedingungen sind heute nicht viel anders, die Löhne sind schlechter“, erzählt Kraus. In der Gießerei hat der heutige Ei-



Foto: DKP Lennestadt-Lüdenscheid  
Die DKP beim Warnstreik vor dem ThyssenKrupp-Werk in Fintrop im März dieses Jahres

gentümer Akkordzulagen gestrichen, das Betriebsklima blieb das alte: „Es herrscht ein rauer Ton.“

### Gefährlich statt langweilig

Kraus fährt mit einem Stapler das flüssige Eisen zu den Vergießböfen, wo die Kollegen es in die Formen gießen – drei Tonnen mit einer Fahrt. „Man sagt: Du musst Respekt vor dem Flüssigeisen haben, aber keine Angst“ – diese Gefahr gehört zu dem, womit Kraus klarkommen muss. „Erst gestern hat ein Kollege sich den Arm verbrannt, so dass man die Haut abziehen konnte. Arbeitsunfälle sind normal“, sagt er. Kraus ist in der Werksfeuerwehr – „Irgendwas passiert immer.“ Das heißt aber auch: „Der Job ist aufregend, das ist anders als in höher automatisierten Betrieben. Am Band zu stehen ist monoton und langweilig.“

Beschäftigte in der Klassengesellschaft müssen damit klarkommen, dass neue Technik ihre Arbeit nicht leichter und weniger unangenehm macht, sondern einseitiger und unsicherer,

weil es die Unternehmensleitung ist, die entscheidet, wie diese Technik benutzt wird. Kraus muss die Qualität des Eisens messen, das er fährt, muss die Schlacke abfließen lassen, die Öfen instandhalten. Vor ein paar Jahren schaffte das Unternehmen eine Vorrichtung an, die automatisch die Luftlöcher in die Gießformen sticht – den Kollegen also einen Arbeitsschritt abnimmt. Die Arbeit ging dadurch schneller, die schweren Kerne mussten immer noch von Hand in den Abgießkasten gelegt werden – über zwanzig Kilo, bis zu acht Kerne pro Kasten, vorher in 26 Sekunden, nun in 18, „ein richtiger Drecksjob“, die neue Technik brachte die Kollegen an physische Grenzen. Nur: Sowohl der Geschäftsführer als auch die Beschäftigten wussten, dass die Arbeiter ersetzbar sind, und die Autokonzerne fordern billige Teile.

### Sich entwickeln

Beim Lohn benachteiligt, bei der Arbeit kommandiert, mit besserer Technik unter Druck gesetzt – es gibt vieles,

womit Arbeiter im Kapitalismus klarkommen müssen. Sie arbeiten – was sie arbeiten entscheiden andere. Für Kraus ist es eine Stütze, zu begreifen, dass die Probleme am Arbeitsplatz ein Ausdruck davon sind, dass riesige Unternehmen ihre Gewinne erhöhen müssen, um ihre Wettbewerber zu verdrängen. „Es ist auch eine Stütze, weil du dich persönlich entwickeln kannst“, zum Beispiel in der Bildungsarbeit der Partei, beim solidarischen Lernen mit Genossinnen und Genossen, bei dem es nicht darum geht, bei einer Prüfung die richtige Antwort zu geben, sondern sich gemeinsam etwas zu erarbeiten.

### Schwach, aber da

In seiner Abteilung wissen die Kollegen, dass er Kommunist ist, er diskutiert über Politik, selbst mit denen, die der Meinung sind, zu Führers Geburtstag könne man einen ausgeben. Manchmal hält er sich zurück: „Ich bin erst ein Jahr in dieser Abteilung, da kannst du den anderen nicht groß was erzählen.“ Während seiner Ausbildung war er in der JAV, inzwischen gehört er zur Vertrauenskörper-Leitung der IG Metall. Im nächsten Jahr will er für den Betriebsrat kandidieren. Er glaubt, dass er mit seinen Kollegen viel erreichen kann – dass die Gesetze zum Arbeitsschutz konsequent angewandt werden. Dass die Kollegen ihre Rechte kennen und nicht alles schlucken müssen, was der Chef ihnen sagt. Dass in den Tarifrunden die Kollegen mehr einbezogen werden. „Ich wünsche mir, ein angesehener Kollege zu sein“, sagt Kraus. Einer, von dem man weiß, dass er sich für die gemeinsamen Interessen einsetzt, der technisch kompetent ist, der ein Ansprechpartner bei Problemen am Arbeitsplatz ist. „In der DKP zu sein ist oft frustrierend, wir sind nun mal sehr schwach. Aber unterm Strich lohnt es sich.“ Denn wenn Kraus sich dort, wo er arbeitet, für Veränderungen einsetzt, weiß er: Was er tut, tun seine Genossinnen und Genossen in anderen Betrieben und Orten auch.

Olaf Matthes

## Dokumentiert

# Nicht stumm hinnehmen

## Hans Modrow über Zäsuren vor der Bundestagswahl

Die Wahl des 20. Deutschen Bundestages wird eine Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Es endet nicht nur die Ära Merkel, sondern es wird darüber entschieden, ob die Bundesrepublik Deutschland ihren aggressiven innenpolitischen und außenpolitischen Kurs forciert – oder bei entsprechenden Wahlergebnissen sich zu korrigieren als fähig erweist. (...)

Die zwei gegenläufigen Tendenzen werden schon jetzt erkennbar.

Zum 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion, des Beginns des grausamsten Eroberungs- und Vernichtungskrieges in der Menschheitsgeschichte, verweigerte die Führung des deutschen Parlaments demonstrativ eine dem Anlass angemessene Würdigung. Diese war von der Partei „Die Linke“ gefordert worden. (...)

Innenpolitisch sind ebenfalls deutliche Zeichen des Demokratie-Abbaus zu erkennen, und auch sie signalisieren einen Kurswechsel, eine Härte Gangart gegenüber der linken Opposition. Die Deutsche Kommunistische Partei soll mit juristischen Tricks mundtot gemacht werden. (...)

Es ist nicht die Furcht der herrschenden Kreise vor einer Partei, die bei Bundestagswahlen kaum ein Prozent der Wähler für sich mobilisiert. Es ist der Geist der Rebellion, der theoretisch fundierten Systemkritik, den sie fürchten. Die Angst vor dem Verlust der Macht durch eigenes Ver-

sagen veranlasst sie, die politischen Daumenschrauben mit Hilfe des von ihnen beherrschten Staats anzuziehen. Wer offen ausspricht, dass dies Klassenkampf ist, soll mit den Instrumenten des Klassenstaates zum Schweigen gebracht werden: die DKP ebenso wie die Tageszeitung „junge Welt“, einst Organ der FDJ, oder die Organisation der Antifaschisten VVN-BdA, der die Gemeinnützigkeit entzogen werden sollte. Demokratische Institutionen von Minderheiten, die der schweigenden Mehrheit Stimme geben, sollen offenkundig ausgeschaltet werden.

Das Vorgehen gegen diese politischen Institutionen dürfen wir nicht stumm hinnehmen!

Als Vorsitzender des Ältestenrates der Partei „Die Linke“ weiß ich mich eins mit vielen Mitgliedern sowie Wählerinnen und Wählern unserer Partei, die das Vorgehen gegen die DKP ablehnen und verurteilen. Es geht bei dieser Auseinandersetzung, die eine politische und keineswegs eine formaltechnische ist, um mehr als lediglich um die Zulassung der DKP zur Bundestagswahl. Doch zunächst geht es um diese. Und darum braucht die DKP jetzt unsere Solidarität und unsere Unterstützung bei ihrer Klage vom Bundesverfassungsgericht, um die Entscheidung des Bundeswahlausschusses zu revidieren. (...)

Der gesamte Text unter [kurzelinks.de/modrow](https://kurzelinks.de/modrow)

## Dokumentiert

# Keine Justizposse

## Berufsverbot-Betroffene protestieren

Der Sprecher des „Bundesarbeitsausschuss der Initiativen gegen Berufsverbote und für die Verteidigung der demokratischen Grundrechte“, Klaus Lipp, erklärt:

Zahlreiche berufliche und auch persönliche Existenzen zerbrachen in den 1970er und 1980er Jahren über der scheinbar „juristischen“ Frage, ob die „Verfassungsfeindlichkeit“ der DKP gegenüber ihren Mitgliedern geltend gemacht werden könne, bevor das Bundesverfassungsgericht die „Verfassungswidrigkeit“ dieser Partei festgestellt hat. (...)

Wer für die DKP zum Gemeinderat, Landtag, Bundestag kandidierte und im „Öffentlichen Dienst“ arbeitete – einschließlich Schule, Hochschule, Post, Bundesbahn, Krankenhäuser usw. – hatte ein Berufsverbot oder zumindest eine „Anhörung“ zu erwarten. So sahen „freie Wahlen“ in der alten Bundesrepublik aus. Wegen systematischer Verstöße gegen das Diskriminierungsverbot wurde die Bundesrepublik Deutschland 1987 von der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) abgemahnt und 1995 in einem Einzelfall wegen Verstoßes gegen die Europäische Menschenrechtskonvention vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt.

Nun hat der amtierende Bundeswahlleiter Georg Thiel einen neuen Ansatz gefunden: Man verbietet der DKP komplett das Kandidieren! Und spricht ihr nebenbei auch noch den Status ei-

ner politischen Partei ab, was sie (a) finanziell ruinieren könnte und (b) vom Innenminister verbotlich macht. Und wie? Man schaut einfach mal, wann sie ihre Rechenschaftsberichte an den Bundestag abgeliefert hat. Die hat sie bisher zwar immer abgeliefert (muss sie auch, obwohl sie keinen Cent vom Staat erhält) – aber als kleine Partei mit dezentraler Kassenführung und wenig Personal nicht immer rechtzeitig. (Was bisher immer toleriert wurde und ohne jede Sanktionsandrohung blieb). (...)

Der Bundeswahlausschuss hat diese Karikatur von rechtsstaatlichem Denken und Vorgehen leider – bis auf ein waches Mitglied der Grünen – kommentarlos durchwinken können.

Obwohl diese Rechtsbeugung vom Bundesverfassungsgericht eigentlich rasch annulliert werden müsste, ist das leider keine Justizposse. (...) Hier wird handfest in das politische Klima dieses Landes eingegriffen. Zu viele Betroffene der Berufsverbotspolitik haben am eigenen Leib erlebt, was Angriffe auf die Verfassungsmäßigkeit und auf die ungehinderte, diskriminierungsfreie Kandidatur der Kommunistischen Partei praktisch bedeuten.

Darum protestieren wir nachdrücklich gegen diese Willkürentscheidung des Bundeswahlleiters und fordern die uneingeschränkte Zulassung der Kandidatur der DKP.

Der ganze Text unter [kurzelinks.de/lipps](https://kurzelinks.de/lipps)

# Widersinnig und unverhältnismäßig

## Über die Rechtmäßigkeit der Entscheidung des Bundeswahlausschusses

Das vom Bundeswahlausschuss verfügte kalte Parteiverbot der DKP hat alle Chancen, zum Paradethema für die juristischen Examina im Bereich „Verfassungsrecht“ zu werden. Die rigide Regelung des Paragraphen 2 Absatz 2 Satz 2 Parteiengesetz (PartG) – eine Partei verliert ihre Rechtsstellung, „wenn (sie) sechs Jahre lang entgegen der Pflicht zur öffentlichen Rechenschaftslegung gemäß Paragraph 23 keinen Rechenschaftsbericht eingereicht hat“ – bringt dazu alle nötigen Voraussetzungen mit: Im Jahr 2016 neu eingeführt, 2021 erstmals auf die DKP-Wahlbewerbung angewandt, einschlägige Gerichtsentscheidungen liegen nicht vor, der Gesetzestext ist unklar (steht die „Nichtabgabe“ tatsächlich einer verspäteten Abgabe gleich?), zudem berührt die Entscheidung des Wahlausschusses unmittelbar Verfassungsrecht (Artikel 21 Grundgesetz) und damit den Kern des besonderen Schutzes der Parteieigenschaft.

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) wird dieser Tage im Rahmen der Entscheidung über die Beschwerde der Partei das tun, was auch angehende Juristen in den ersten Semestern lernen: Es wird auf die „Causa DKP“ das gängige juristische Raster für unklare Normen anlegen und mit den vier Klassikern der Interpretation, nämlich grammatischer, historischer, systematischer und teleologischer (Sinn und Zweck) Auslegung, versuchen, dem Problem beizukommen.

Die Vertreter der Bundesregierung wie auch Wahlleiter Georg Thiel hatten in der Ausschusssitzung vom 8. Juli angeführt, die DKP habe den Rechenschaftsbericht für 2017 wie auch die Berichte für die fünf Vorjahre immer nach dem Fristende eingereicht. Die zum 1. Januar 2016 eingeführte „stramme Regelung“ führe daher automatisch („Fristen sind Fristen“, so Thiel) zur Aberkennung des Parteistatus. Abgesehen davon, dass eine verspätete Abgabe per se keine „Nichtabgabe“ ist, ergibt sich auch aus dem Willen des Gesetzgebers – historisch betrachtet – kein Argument mehr für die Bestandskraft des Regelungsinhalts: In der Bundestagsdrucksache 19305 vom 9. Juni dieses Jahres, die eine Bilanz der gesetzlichen Neuregelung zieht, richtet die Kommission unter Vorsitz des Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble, den eindeutigen Appell an den Gesetzgeber, „die Neuregelung wieder zu streichen“.

Die hierzu angeführte „Unschärfe und Widersprüchlichkeit“ der Norm ergibt sich im Sinne einer systematischen Betrachtung zwanglos daraus, dass in Paragraph 38 PartG für die Nichteinreichung von Rechenschaftsberichten ein Zwangsgeld in Höhe von 500 bis 10.000 Euro angedroht wird. Wenn der Gesetzgeber bereits eine Sanktion für die Nichtabgabe der Berichte verhängt, wozu braucht es dann noch die Aberkennung der Parteieigenschaft? In auffälliger Weise umgeht die Neuregelung ferner den Grundsatz, dass ein neues

Gesetz nicht für zurückliegende Sachverhalte gelten darf: Obwohl die Neufassung erst zum 1. Januar 2016 in Kraft getreten ist, zieht der Wahlausschuss gleichwohl verspätet abgegebene Rechenschaftsberichte der Vorjahre heran. Systematisch ist Paragraph 2 Absatz 2 Satz 2 PartG daher ein Fremdkörper im Normgefüge des Parteienrechts.

Der Sinn und Zweck eines Rechenschaftsberichts bestimmt sich nach ständiger Rechtsprechung des BVerfG danach, Transparenz über Groß- und Konzernspenden zu erzielen. Damit ablesbar wird, wer auf die Programmatik der Parteien Einfluss nimmt. Auch das trifft auf die Finanzierung der DKP nicht zu, zumal ein verspäteter Rechenschaftsbericht dem Transparenzerfordernis letztlich Genüge tut. Es geht bei der Rechenschaftspflicht einzig um das Verhältnis von „Macht und Geld“, wie aus den Gesetzeskommentaren unmissverständlich hervorgeht. Faktisch verletzt die von der DKP angefochtene Regelung den Kernbereich der grundgesetzlich primär geschützten Parteifreiheit. Erkennbar deshalb, weil die Entscheidung des Wahlausschusses die Mitwirkung der Partei an den Bundestagswahlen vereiteln würde. Es wäre völlig widersinnig und unverhältnismäßig, der DKP die vom Grundgesetz geforderte konstitutive Mitwirkung an der politischen Willensbildung zu nehmen, indem man sie wegen eines bloßen Formalverstößes auf einen politischen Verein herabstuft.

Ralf Hohmann



Foto: ©Bundeswehr/Christian Timmig

Kramp-Karrenbauer inspiziert die neue Kampfstation.

## Militär im Orbit

### Weltraumkommando der Bundeswehr erhält neues Zentrum

Seit 2009 verfügte die Bundeswehr über ein Weltraumlagezentrum in Uedem, das gemeinsam mit dem zivilen „Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt“ (DLR) betrieben wurde. Vorige Woche stellte Ministerin Anegret Kramp-Karrenbauer (CDU) in Uedem nun das „Luft- und Weltraum-Operationszentrum“ (Air and Space Operations Centers, ASOC) in Dienst. Bis 2022 soll es fertiggestellt werden. Die Zusammenarbeit mit der DLR wird bleiben. „Die Dimension Weltraum“ müsse in Zukunft mehr mitgedacht werden, hatte Kramp-Karrenbauer bei der Eröffnung erklärt. Für Deutschland seien „Weltraumoperationen immer Defensivoperationen“.

Wer's glaubt. Denn auf der Internetseite der Bundeswehr wird behauptet: „Die Bedrohungslage im Weltraum steigt. Als Reaktion darauf wurde am 13. Juli 2021 das Weltraumkommando der Bundeswehr in Dienst gestellt. Es dient zur Bündelung der Kapazitäten und Fähigkeiten der Luftwaffe und dem Cyber- und Informationsraum. Ebenso erhält es weitere Fähigkeiten, welche die Bundeswehr zukunftsfähiger machen.“

Das Weltraumkommando sei zentrale Ansprechstelle für multinationale Partner und ver helfe zur besseren Kommunikation aller Akteure, erklärt die Bundeswehr. Ziel sei es, die kritische Weltrauminfrastruktur zu schützen, von der Deutschland mit seiner hochgradig vernetzten Wirtschaft und Infrastruktur „tiefreichend abhängig“ sei. Man will auch zivile Satelliten mittels Kollisions- und Annäherungswarnungen „schützen“. Doch das Weltraumkommando erhält auch die Aufgabe, „die Weltraumsysteme der Bundeswehr zu schützen und, wenn notwendig, zu verteidigen. Ebenso werden nationale und internationale Part-

ner auf Anfrage unterstützt.“ Man verfolge aber keine Pläne im Hinblick auf die „Beschaffung von Bewaffnung zur Satellitenbekämpfung“. Eine weitere Aufgabe des Operationszentrums soll darin bestehen, vor in die Atmosphäre eintretenden Objekten – zum Beispiel Raumschrott – rechtzeitig zu warnen. Man wolle in der Lage sein, Infrastruktur schnell aus dem Gefahrenbereich zu schaffen oder elektromagnetisch zu schützen.

Max Mutschler vom „Bonn International Center for Conversion“ (BICC) sagte im Interview mit der „Deutschen Welle“, die moderne Kriegsführung sei abhängig von Satelliten und daraus folge eine gewisse Verletzbarkeit. Aber was, wenn man daraus folgere, man müsse sich im Weltraum verteidigen? Tobias Pflüger (MdB, „Die Linke“) – seine Partei lehnt die Militarisierung des Weltraums und die Beteiligung der Bundeswehr an einem neuen „Krieg der Sterne“ ab – erklärte: „Die offizielle Begründung für das Weltraumkommando ist, dass auf mögliche Auseinandersetzungen oder Angriffe reagiert werden soll. Real ist das der Startschuss für eine Beteiligung der Bundeswehr an der militärischen Nutzung des Weltraums. Die Bundeswehr will hier in der neuen militärischen Dimension von Konflikten mitspielen.“

Dafür spricht, dass sich Deutschland nicht erst jetzt darum sorgt, die eigenen und NATO-Interessen auch im Weltraum „zu sichern“. Die Bundeswehr hatte – schon bevor die NATO 2019 den Weltraum offiziell zum Operationsgebiet erklärte – beispielsweise in ihrer „Strategischen Leitlinie Weltraum“ von 2017 den erdnahen Weltraum als „militärischen Operationsraum“ bezeichnet, der für die „moderne Kriegsführung“ unerlässlich sei.

Nina Hager



Foto: Gemeinfrei

Die Waage der Justitia, der verkörperten Gerechtigkeit, hängt in Deutschland schief.

Dokumentiert

## Auslegung falsch

### Juristenvereinigung kritisiert Entscheidung des Bundeswahlleiters

Die Nichtzulassung der DKP zur Bundestagswahl wird offiziell als bloß formeller juristischer Akt dargestellt. Das hat Bundeswahlleiter Dr. Georg Thiel in der Sitzung des Bundeswahlausschusses am 9. Juli 2021 deutlich gemacht. Dass die Vertreter:innen von politischen Parteien im Bundeswahlausschuss über die Konkurrenz entscheiden, lässt diese Darstellung bereits zweifelhaft erscheinen. Die Nichtzulassung der DKP ist darüber hinaus weder parteirechtlich noch verfassungsrechtlich rechtmäßig, sondern ein neuer Tiefpunkt für die politische und demokratische Kultur in der Bundesrepublik. (...)

Diese Auslegung ist falsch und interessengeleitet. Der klare Wortlaut von § 2 Abs. 2 Satz 2 PartG spricht davon, dass die Stellung als Partei verliert, wer „sechs Jahre lang keinen Rechenschaftsbericht gemäß 23 PartG abgegeben“ hat. Die DKP hat für vier der benannten

Jahre einen Rechenschaftsbericht abgegeben. Anders als es Bundeswahlleiter und Bundestagsverwaltung darstellen, besteht ein bedeutender Auslegungsspielraum hinsichtlich der Frage, ob der Verweis auf § 23 PartG zusätzlich als Verweis auf die Fristregelung des § 19a PartG zu interpretieren ist und ob ein verfristeter Bericht „kein“ Bericht ist. § 19a Abs. 3 PartG benennt die Rechtsfolgen für einen Fristverstoß nämlich sehr klar: Es entfällt der Anspruch auf staatliche Mittel für das Berichtsjahr. Von Folgen für die Stellung als Partei ist nicht die Rede. (...)

Dass hier scheinbar formaljuristische Gründe vorgeschoben werden, ergibt sich für uns auch aus weiteren Tatsachen. So hat die DKP nach Angaben des Bundeswahlleiters selbst bei ihm nachgefragt, ob die Rechenschaftsberichte anerkannt werden. Der Bundeswahlleiter hat diese Anfrage, ohne sie zu beantworten, an die Bun-

destagsverwaltung weitergeleitet und beide Stellen haben sie nicht konkret, sondern nur durch Hinweis auf die gesetzliche Regelung ohne Beifügung der eigenen Rechtsauffassung beantwortet. Die Frage, ob die Rechenschaftsberichte anerkannt werden, ließ sich daraus gerade nicht erkennen. Das legt die Vermutung nahe, dass der Bundeswahlleiter seine Absicht der Aberkennung des Parteistatus bis zum Stichtag geheim halten wollte. Ein starkes Indiz, dass politische und jedenfalls keine zwingenden juristischen Gründe den Ausschluss der DKP von der Bundestagswahl motivierten. Eines demokratischen Rechtsstaats, wie er die Bundesrepublik sein will, ist das nicht würdig. Die VDJ verurteilt dieses Vorgehen und fordert den Bundeswahlleiter zur Revision seiner Entscheidung auf.

Der gesamte Text unter [kurzelinks.de/vdj](https://kurzelinks.de/vdj)



Foto: SDAJ Karlsruhe

Die Solidarität mit der DKP ist groß. Die SDAJ Karlsruhe beispielsweise veranstaltete am Mittwoch letzter Woche vor dem Bundesverfassungsgericht eine Protestaktion gegen das kalte Verbot der DKP. Im Aufruf heißt es dazu „Die bürgerlichen Parteien leisten sich regelmäßig Verfehlungen, zu nennen wären Maskenskandal, Spendenaffären, zu spät gemeldete Einkünfte. Das Mandat hat deshalb noch niemand verloren und keine dieser Parteien bangt um Wahlzulassung. Im Gegensatz zu diesen Parteien, die etliche Euros an Spenden aus der Wirtschaft erhalten und deren Vertreter nur allzu oft ‚Beratertätigkeiten‘ für Unternehmen ausüben, sieht sich die DKP als Partei all derer, die ihren Lebensunterhalt nicht durch den Besitz eines Großunternehmens finanzieren.“

**EU schützt Gasfelder**

Am 12. Juli beschlossen die Außenminister der EU-Länder einen militärischen „Ausbildungseinsatz“ in Mosambik. Unter portugiesischem Kommando sollen 200 bis 300 überwiegend französische und italienische Soldaten angeblich den Truppen Mosambiks, Ruandas und der „South African Development Community“ (SADC) dabei helfen, die Zivilbevölkerung der nordöstlichen Provinz Cabo Delgado vor Islamisten zu schützen und dort wieder „Sicherheit“ herzustellen. Die Islamisten von „Ansar al-Sunna“ wüten dort seit 2017. 2.500 Menschen sind gestorben, 700.000 Menschen geflüchtet, schätzt die UNO.

Tatsächlich geht es um die Absicherung des Erdgas-Geschäfts der französischen „Total“ und der italienischen „Eni“. Vor der Küste Cabo Delgados liegen riesige Erdgasfelder. „Total“-Chef Patrick Pouyanné hatte schon im Oktober 2020 auf militärisches „Eingreifen“ der EU gedrängt. Ende April dieses Jahres musste „Total“ nach dem Vorrücken der Islamisten Arbeiten an einem Gasfeld einstellen, ein Projekt mit einem Volumen von 17 Milliarden Euro ist in Gefahr.

Die Bundesregierung entscheidet keine Soldaten für das Afrika-Geschäft französischer und italienischer Konzerne.

**Hungerstreik in Belgien**

470 Menschen ohne Papiere sind seit dem 23. Mai in Brüssel im Hungerstreik. Sie fordern eine Aufenthaltsgenehmigung aus humanitären Gründen, „Regulierung“ genannt, sowie das Recht, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen. Alle Hungerstreikenden leben seit vielen Jahren in Belgien. Seit Freitag nehmen einige der Streikenden auch kein Wasser mehr zu sich. Der Hungerstreik entzweit die Regierungskoalition. Premierminister Alexander De Croo („Open Vlaamse Liberalen en Democraten“) lehnt eine kollektive Lösung für die Streikenden ab. Er plädiert für eine Einzelfallprüfung. Die liberalen und konservativen Parteien der Koalition wollen einen Präzedenzfall verhindern. Die mitregierenden Parteien „Ecolo“, „Groen“ und „Parti Socialiste“ sowie die oppositionelle Partei der Arbeit Belgiens (PTB/PVDA) hingegen forderten am Wochenende von De Croo, einzugreifen, bevor Opfer zu beklagen seien.

**Erdogan für Teilung Zyperns**

Der türkische Präsident Erdogan hat sich zum wiederholten Mal für eine „Zwei-Staaten-Lösung“ in Zypern ausgesprochen. „Wenn es künftig einen neuen Verhandlungsprozess geben soll, kann das nur zwischen zwei gleichberechtigten, souveränen Staaten stattfinden“, sagte Erdogan, der zum Jahrestag der türkischen Militärintervention in den Nordteil der Insel reiste.

Zypern ist seit einem griechischen Putsch und einer türkischen Militärintervention 1974 in einen griechisch-zyprischen Teil im Süden, die Republik Zypern, und einen türkisch-zyprischen Teil im Norden geteilt. Nordzypern wird als Staat nur von der Türkei anerkannt.

**Interims-Regierungschef zurückgetreten**

Haitis Übergangs-Premierminister Claude Joseph ist zurückgetreten. Er hatte nach der Ernennung des Staatspräsidenten Jovenel Moïse das Amt inne. Nun gab er nach und übergab am Dienstag das Amt an den Ex-Innenminister Ariel Henry. Moïse hatte Henry kurz vor seinem Tod zum Premierminister ernannt.

Am 26. September sind Präsidenten- und Parlamentswahlen in dem Karibikstaat geplant.

# Niederlage für antikubanische Bots

## Medienkampagne zur Destabilisierung des sozialistischen Landes aufgedeckt

Eineinhalb Wochen nach den Straßenprotesten in Kuba gegen die schlechte Versorgungslage und Einschränkungen aufgrund der Covid-19-Pandemie liegen zahlreiche Beweise für eine gezielte Eskalation mit Unterstützung der USA vor. „Es ist ein Skript, das im Vorfeld gut vorbereitet und in die Tat umgesetzt wurde“, beurteilte der französisch-spanische Professor und Journalist Ignacio Ramonet die Vorgänge am vergangenen Freitag gegenüber der kubanischen Nachrichtenagentur „Prensa Latina“. Gestützt auf die Auswertung zahlreicher Quellen versicherte er, dass „es keinen Zweifel gibt, dass die Unruhen vorsätzlich geschürt worden waren und die ganze Artillerie der sogenannten sozialen Netzwerke in Bewegung gesetzt wurde, um, basierend auf einer kleinen Dosis Realität, ein absolut apokalyptisches Szenario zu lancieren, das nichts mit der Wahrheit zu tun hat“.

Das russische Nachrichtenportal „Sputnik“ hatte bereits am Tag zuvor berichtet, eine Analyse von Meldungen der vorangegangenen Tage habe ergeben, dass die versuchte Ausweitung der Proteste in Kuba „Teil einer verdeckten Operation zur Destabilisierung des Landes“ ist. Obwohl viele der Demonstranten, die an den Protesten teilnahmen, zunächst legitime Forderungen vertraten, habe die Manipulation dieser Aktionen durch externe Akteure dazu geführt, sie zu disqualifizieren und offene Gewalt zu erzeugen.

Dazu habe entscheidend die Verbreitung von Falschmeldungen in Medien und Internet-Netzwerken beigetragen. Behauptet werde etwa, dass Ex-Präsident Raúl Castro nach Venezuela geflohen sei. Überdies gebe es Berichte über „Rücktritte“ von Generälen, die „Übernahme“ von Städten, die „Entführung“ kommunistischer Politiker, „willkürliche Massenverhaftungen“, das angebliche „Verschwinden von Oppositionellen“ und den „Tod unzähliger

Menschen“. So würden Netzwerke und vorgeblich seriöse Medien Fake News weitverbreiten, ohne deren Quellen oder Wahrheitsgehalt überprüft zu haben.

Einen von zahlreichen Belegen dafür dokumentierte das kubanische Fernsehen am Beispiel der in den USA lebenden Exilkubanerin Yudmila Barroso Almanza, die in einer Facebook-Mitteilung einer Nutzerin in ihrer ursprünglichen Heimatstadt Las Tunas anbot, deren Mobiltelefon gratis aufzuladen. Auf Nachfrage, was als Gegenleistung dafür erwartet werde, forderte Yudmila Barroso, die Kubanerin solle sich selbst Verletzungen zufügen, ein Video davon veröffentlichen und die Polizei als Täter beschuldigen. Der im Netz verbreitete Angriff auf einen Polizisten werde mit 100 US-Dollar honoriert. Den doppelten Betrag sollte es dafür geben, ein Kind zu verletzen, davon ein Video zu verbreiten und ebenfalls Polizisten als Täter zu beschuldigen. Derartige Fake-Videos kursierten

massenhaft in den Netzwerken. Von der US-Regierung finanzierte Contra-Medien setzten dazu Bots ein, also Computerprogramme, die in kurzer Zeit Millionen von Nachrichten verschickten. Dies hatte Kubas Außenminister Bruno Rodríguez bereits Anfang der Woche kritisiert. Beispielsweise habe ein einziger neu erstellter Account aus Spanien mehr als 1.000 Tweets verschickt, fünf pro Sekunde. Antikommunistische „Influencer“ hätten zudem den Hashtag „SOSCuba“ kreiert und künstlich zu einem globalen Trend gemacht, indem sie Twitter-Nutzer aufforderten, ihren Standort zu verschleiern, um vorzutäuschen, dass sie in Kuba wären. Anschließend wurde behauptet, dass 60 Prozent der Nachrichten von der Insel stammten.

Da vor allem kubanische Medien eine wichtige Rolle dabei spielten, gefälschte Fotos, Videos und Meldungen als solche zu enttarnen, legten rechte Hacker am Wochenende vom Territorium der USA und von anderen Ländern aus die Webseiten mehrerer kubanischer Zeitungen, Nachrichtenportale, Ministerien und Wirtschaftsakteure lahm. „Kuba steht unter dem unablässigen Feuer von Angriffen, die Cyberterrorismus und Medienterrorismus in seiner aggressivsten Form beinhalten“, klagte der Vorsitzende des Zentralkomitees der KP Kubas, Präsident Miguel Díaz-Canel, die selbsternannten westlichen Verteidiger von Meinungs- und Pressefreiheit an.

Am Samstag ging dann landesweit die revolutionäre Bevölkerung Kubas auf die Straßen. Allein in Havanna beteiligten sich mehr als 100.000 Menschen an einer Kundgebung nahe der US-Botschaft an der Uferstraße Malecón. Große Kundgebungen fanden auch in Bayamo, Cárdenas, Holguín, Sancti Spiritus, Santiago de Cuba und anderen Städten statt. Die Demonstranten forderten das Ende der seit 60 Jahren gegen die Insel verhängten US-Blockade und beteuerten, die Unabhängigkeit ihres Landes und die Errungenschaften der Revolution gegen alle Einmischungs- und Umsturzversuche der USA jederzeit und mit allen Mitteln zu verteidigen. Kuba sei so etwas wie der „Ground Zero“ für kriminelle Regime-Change-Operationen der USA, kommentierte der russische Think-Tank „Strategic Culture Foundation“ in einem Leitartikel auf seiner Homepage das erneut zum Scheitern verurteilte Vorgehen der USA und ihrer Verbündeten.

Volker Hermsdorf



Demonstration für das sozialistische Kuba am 17. Juli in Havanna.

# Frieden für Afghanistan?

## US-/NATO-Truppenabzug – Überlegungen zur strategischen Wende am Hindukusch

Die machtpolitische Landkarte im Mittleren Osten ändert sich rapide. Die Planungszirkel des US-Imperiums haben eine strategische Wende eingeleitet, die ihnen eine größere Machtentfaltung und engere Fokussierung auf den erklärten Gegner, die VR China, ermöglichen soll. Im Zentrum dieser Wende steht der US-/NATO-Rückzug aus Afghanistan. Wie genau dieser Rückzug aussieht und was er für die Positionierungen des Westens in der Region bedeutet, wird noch zu erörtern sein. Ebenso noch weitgehend offen ist die Zukunft der Region unter der Perspektive der von der VR China und Russland vorangetriebenen Eurasischen Kooperation und der infrastrukturellen Großprojekte der „Belt and Road“-Initiative, auch „Neue Seidenstraße“ genannt. Die russische und chinesische Diplomatie versuchte in den letzten Wochen intensiv, eine weitere Destabilisierung der Lage, insbesondere in den afghanischen Grenzregionen, zu verhindern.

Am 29. Februar 2020, noch unter Präsident Donald Trump, unterzeich-

neten die US-Regierung und die Taliban ein Abkommen, das einen Abzug der US-Truppen, seinerzeit 13.000 Soldaten, innerhalb von 14 Monaten vorsah. Trump war damit unter heftige Kritik auch seitens seines Nachfolgers geraten. Joseph Biden, von dem Barack Obamas Verteidigungsminister Robert Gates sagte, er habe „in den letzten vier Jahrzehnten nahezu in jeder Angelegenheit von Belang daneben gelegen“, hatte sich im Wahlkampf für die Truppen am Hindukusch starkgemacht. Die US-Kartellmedien hatten im Juli 2020 mit einer unbelegten Story vom russischen Kopfgeld auf getötete US-Soldaten die Kriegsstimmung kräftig angeheizt. Trumps Abzugsplan war auch bei der afghanischen „Regierung“, die bei den Verhandlungen außen vor gelassen wurde, nicht gerade auf Begeisterung gestoßen. Ashraf Ghani, mit der düsteren Perspektive konfrontiert, allein im Kampf mit erfolgreichen Taliban vor einer nicht lösbarer Aufgabe zu stehen, tat jedenfalls alles, um den Deal platzen zu lassen. Und wie üblich trommelte auch NATO-General-

sekretär Jens Stoltenberg für die Weiterführung des Krieges.

Bei Amtsantritt der Biden-Regierung standen nach US-Angaben noch etwa 2.500 US-Soldaten und etwa 18.000 Söldner („Contractors“) im Land. Am 1. April 2021 bestätigte Biden dann unter dem Eindruck der realen Machtoptionen den Abzug zum 11. September 2021. Am 2. Juli räumten die US-Truppen ihren riesigen Luftwaffenstützpunkt Bagram, auf dem schon George W. Bush und Barack Obama ihre „Siege“ gefeiert hatten. Gleichzeitig verließen die deutschen und italienischen Truppen Afghanistan. Das britische Kontingent wollte mit seinen US-„Partnern“ abrücken. Nur Recep Tayyip Erdogan will bleiben und gewissermaßen die westliche Führung von Washington übernehmen. Derzeit ist von einer Sicherung des Kabuler Flughafens die Rede. Für die Taliban ist Erdogans Großmachtfantasie eine Verletzung des Abkommens mit den USA und ein Kriegsgrund.

Der Rückzug der NATO-Truppen hat zu intensiven Bemühungen der russischen, iranischen und chinesischen

Diplomatie geführt. Die Außenminister Russlands, Kasachstans, Kirgistans, Tadschikistans, Turkmenistans und Usbekistans erörterten am 16. Juli in Taschkent die Lage. Zuvor hatte Sergej Lawrow mit Ashraf Ghani beraten. Die Probleme müssten in einem Dialog gelöst werden, an dem alle politischen und ethnischen Gruppen beteiligt sein sollten, einschließlich der Taliban, so Lawrow. Zuvor hatte sich schon der chinesische Außenminister Wang Yi im Rahmen des 4. Trilateralen Dialogs mit den Außenministern Afghanistans und Pakistans für eine energische Beschleunigung des Friedensprozesses und eine Stabilisierung der Situation in Afghanistan ausgesprochen. Die Taliban wurden auch hier als politische Kraft anerkannt; die VR China und Pakistan haben sich verpflichtet, beim Wiederaufbau des Landes mitzuhelfen.

Die Biden-Regierung hat die Niederlage des US-Imperiums in Afghanistan offenkundig gemacht. Verloren war dieser Krieg, die Neuaufgabe des „Great Game“ um Zentralasien, schon längst.

Klaus Wagener

# Wirbelsturm der Gewalt

Vordergründig geht es um Zuma. Die Gewalt in Südafrika hat aber wirtschaftliche Ursachen

Es ist jetzt klar: Die Ereignisse der letzten Woche waren nichts anderes als ein bewusster, gut geplanter und koordinierter Angriff auf unsere Demokratie.“ So charakterisierte Südafrikas Staatspräsident Ramaphosa in einer von den Medien übertragenen Ansprache am vergangenen Freitag die Welle der Gewalt und der Plünderungen, die über das Land hereingebrochen war, nachdem sich Jacob Zuma der Justiz gestellt hatte.

Ramaphosa zog eine bittere Bilanz: Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Aufruhr mindestens 212 Menschen das Leben gekostet. Die Zerstörungen und die Diebstähle hätten Schäden in Höhe von „Milliarden und Abermilliarden Rand“ verursacht, sagte der Präsident. Über 118 Fälle von Brandstiftung, Plünderungen seien registriert worden, die Infrastruktur habe schwere Schäden erlitten – auch Munitionsdepots seien geplündert worden. Die Anstifter der Unruhen, so Ramaphosa, hätten beabsichtigt, „die Wirtschaft zu schwächen, den demokratischen Staat zu schwächen oder sogar zu beseitigen“ und „einen Volksaufstand zu provozieren“.

Die Lage in den meisten Teilen der Provinzen KwaZulu-Natal und Gauteng, den Zentren der Unruhen, hatte sich am Freitag bereits durch den Einsatz von Sicherheitskräften und sogar des Militärs stabilisiert. Gefahr bestehe aber weiter, „solange die Verantwortlichen nicht gefasst und ihre Netzwerke zerschlagen“ worden seien. Selbstkritisch fügte Ramaphosa hinzu: „Wir müssen zugeben, dass wir schlecht auf eine gesteuerte Kampagne der öffentlichen Gewalt vorbereitet waren.“ Es habe keine Pläne gegeben, um schnell

und entschlossen zu reagieren. Doch obwohl bisher nur ein mutmaßlicher Anstifter verhaftet wurde, sagte Ramaphosa, dass die Identität der anderen bekannt sei. Namen wurden aber nicht genannt, auch nicht der des bereits Festgenommenen.

Der Wirbelsturm der Gewalt hatte bereits am 30. Juni, einen Tag, nachdem der ehemalige Präsident Jacob Zuma wegen Missachtung der Justiz zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt worden war, begonnen. Doch dies war nur ein Zündfunke. Die Wirtschaft liegt aufgrund der räuberischen Zuma-Herrschaft am Boden, das Land wird von einer Rekordarbeitslosigkeit von offiziell 32,6 Prozent und der dritten Welle der Pandemie gequält. Die Plünderungen schienen führerlos, spontane Ausbrüche zu sein, doch der Verdacht erhärtet sich, dass lokale Politiker sie angeheizt haben könnten. Auf Social-Media-Plattformen, per WhatsApp und Telegram wurden hetzerische Nachrichten verbreitet und zur Gewalt aufgerufen.

Die Schwäche des Staates, die sich in diesen Tagen gezeigt hat, spiegelt die Schwäche der Regierungspartei, des ANC. Eine weitgehend passive Mitgliedschaft ermöglichte korrupten Karrieristen den Aufstieg. Personenkult griff um sich. Nicht nur auf nationaler Ebene: Auch in einigen Provinzen organisierten starke Persönlichkeiten ihre Fraktionen. Dem starken Mann an der Spitze, Zuma, kam das entgegen, er verbündete sich mit ihnen und führte sie an die Futtertröge der Macht. Auf diese Weise konnte er den ANC im Griff behalten, während er, die Gupta-Familie und andere Clans den Staat ausplünderten. Seit 2008 hatten ANC-Veteranen schon versucht,



Es gab eine Zeit, in der Ramaphosa und sein Vorgänger Zuma noch gemeinsam lachen konnten. Das ist lange her.

die Führung zu einem Programm zur Säuberung und Erneuerung der Organisation zu bewegen. Sie stießen auf Widerstand und Ausreden. Unter Zuma hatten vor allem die Gupta-Brüder wirtschaftlichen und politischen Einfluss gewonnen und enge Verbindungen zum Präsidenten, seinem Sohn und politischen Verbündeten wie Ace Magashule, dem seit Mai suspendierten Generalsekretär des ANC, geknüpft. Nelson Mandelas Partei ist gesplitteter denn je.

Zuma, dessen zweiter Vorname Gedleyihlekisa auf Zulu „Lacht, während er seine Feinde zermalmt“ bedeutet, hatte sich 40 Minuten vor Ablauf der ihm von der Justiz gesetzten Frist der Festnahme gestellt. Für viele ein Augenblick, der die Herrschaft des Rechts symbolisiert. Für viele ist es aber auch erschütternd, einen An-

ti-Apartheid-Kämpfer und einstigen Geheimdienstchef des bewaffneten Arms des ANC im Gefängnis zu sehen, den das Apartheid-Regime zehn Jahre lang auf Robben Island eingekerkert hatte. Auch wenn der charismatische und rhetorisch geschickte Zuma ganz offensichtlich den Verführungen der Macht erlegen und moralisch verschlissen ist, hat er immer noch eine große Anhängerschaft, vor allem in seiner Heimatprovinz KwaZulu-Natal.

Der Aufruhr hat noch einmal in Erinnerung gerufen, was in der europäischen Medien-Berichterstattung über die feindliche Übernahme des Staates Südafrika gern unter den Teppich gekehrt wird. Üblicherweise wird da nur an den Pranger gestellt, wer nimmt. Wer gibt und seinen Vorteil daraus zieht, das bleibt im Dunkeln. Aus Deutschland ist da vor allem der

Software-Riese SAP SE zu nennen, aus der Schweiz der ABB-Konzern, auch der global tätige Wirtschaftsprüferkonzern KPMG ist involviert. Diese Namen stehen für viele weitere. Um welche Summen es geht, wird daran deutlich, dass das weltweit führende US-Beratungsunternehmen McKinsey angekündigt hat, „freiwillig“ Honore in Höhe von 870 Millionen Rand (aktuell 50,8 Millionen Euro) an das staatliche südafrikanische Logistikunternehmen Transnet SOC Ltd. Zurückzahlen, um sich auf diese Weise reinzuwaschen.

Es sind diese und andere transnationale Konzerne, die für den Wurmfrß in den staatlichen Institutionen Südafrikas, die Krise der Wirtschaft und damit letztlich auch für die derzeitigen blutigen Unruhen verantwortlich sind. Manfred Idler

## Imperiale Kriegshelden

Zur Kriegsdrohung des japanischen Vizepremiers Taro Aso gegen China

Taro Aso möchte zusammen mit den USA in den Krieg ziehen. Der Kriegsgrund soll sein: die militärische Rückeroberung Taiwans durch die chinesische Volksbefreiungsarmee (VBA). Japan ist Teil der sogenannten „QUAD-Staaten“ (USA, Japan, Indien, Australien), welche die Eindämmung der VR China zu ihrem Programm erhoben haben. Die Biden-Regierung treibt die US-Antichinapolitik deutlich voran. Die US Air Force ist im Kriegsfall gegen die Volksrepublik auf Luftwaffenstützpunkte in Japan angewiesen. Offenbar sieht Aso hier die Chance, als Kettenhund zu punkten. Asos Kriegsbegeisterung wird höchstens noch von der australischen Morrison-Regierung übertroffen. Der notorisch antichinesische Scott Morrison hat die Volksrepublik als finsternen, zu bekämpfenden Feind ausgemacht. Auch wenn die australische Wirtschaft, deren bester Kunde die Chinesen sind, dabei in die Knie geht.

Die VR China hat die Separatisten auf Taiwan seit 70 Jahren nicht militärisch angegriffen – selbst nicht in der Zeit, als nach Nixons und Kissingers Deal mit Mao die Einstaatenpolitik Pekings von Washington klar akzeptiert wurde. Das Szenario, das Aso hier unterstellt, um mit dem Säbel rasseln zu können, ist in Wirklichkeit nicht vorhanden. Aber das hat die imperialen Kriegstreiber und ihre Vasallen ja noch nie gestört. Bekanntlich ist der Einsatz des japanischen Militärs verfassungsrechtlich auf Landesverteidigung begrenzt. Aber wie in der Logik der Interventionisten üblich, sollte Deutschland am Hindukusch und Japan nun auf Taiwan verteidigt werden. Schon Wilhelm Zwo wurde mitten im Frieden vom Feind überfallen – in Wahrheit marschierten deutsche Truppen in Belgien ein. Hitler schoss um 5.45 Uhr endlich zurück und die USA werden eigentlich ständig von militärisch völlig unterlegenen Diktatoren

überfallen. Wer mit einem provozierend großen Flottenaufgebot vor der chinesischen Haustür kreuzen will, braucht Gründe.

Das Ganze hat allerdings auch eine historische Dimension. China, auch das kaiserliche China, hat Japan nie überfallen. Japan China aber sehr wohl – und zwar mit äußerster Brutalität und brachialer Zerstörungskraft. Millionen Chinesen fielen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts der enthemmten japanischen Soldateska zum Opfer. Diese Vorkommnisse sind nur zu gut in Erinnerung der chinesischen Menschen abgespeichert. Wenn nun ausgerechnet ein japanischer Spitzenpolitiker wieder in den Krieg gegen die Volksrepublik ziehen will, so löst das eine Menge Emotionen aus. Und wenn dann noch als Kriegsgrund der chinesische Wunsch nach Rückkehr Taiwans, nach Wiederherstellung der territorialen Integrität genannt wird, so macht es das nicht besser. Was soll sich ein chinesischer Bürger denken, wenn das Land, das so viel Leid und Zerstörung über China gebracht hat, nun wiederum mit Krieg und Vernichtung droht? Das ist so ähnlich, als würde Frau Kramp-Karrenbauer den Bündnisfall ausrufen, wenn Russland die Sezession der Krim akzeptiert. Nun ja, viel hat auch dazu nicht gefehlt. Die Reaktionen der chinesischen Regierung fielen jedenfalls nicht eben zurückhaltend aus.

Die japanische Kriegsdrohung hat ein weiteres Problem ins Bewusstsein gehoben: die Hoheitsrechte über die Senkaku-Inseln, von der VR China als Diaoyu-Inseln bezeichnet. Die kleinen Diaoyu-Inseln liegen 170 Kilometer nordwestlich von Taiwan im Ostchinesischen Meer. Hier gibt es reiche Fischgründe und es werden Vorkommen fossiler Energie vermutet. Die Inseln gerieten zu Beginn der japanischen Expansion, Ende des 19. Jahrhunderts, unter Kontrolle Japans. Nach dem Zweiten Weltkrieg dehnte dann

die Siegermacht USA ihr Besatzungsgebiet auch auf die Inseln aus. 1972 zog sich die USA von den Ryukyu-Inseln insgesamt zurück. Die Diaoyu-Inseln sind Teil der Ryukyu-Inselkette. Allerdings übergab die Nixon/Kissinger-Regierung die Inseln, mit der üblichen imperialen Hinterhältigkeit, trotz des Deals mit Mao wieder an Japan. Taro Aso hat auch diese Seite des chinesischen Bemühens um Wiederherstellung der territorialen Integrität neu aktiviert.

Militärisch betrachtet, fragt man sich, ob Aso & Co. noch alle Tassen im Schrank haben. Leider kann man es kaum anders formulieren. Das Gleiche gilt auch für die NATO-Kriegsspiele im Schwarzen Meer und im Baltikum. Die provokativen Militäraufmärsche vor den Haustüren der Volksrepublik und der Russischen Föderation, in unmittelbarer Reichweite der jeweiligen hochpotenten Antischiffs- und Luftabwehrraketen, hätten schon skurrile Züge, wären sie nicht so gefährlich. Den QUAD- und NATO-Kriegshelden scheint entgangen zu sein, dass sich die Welt seit dem Zweiten Weltkrieg weitergedreht hat. Und dass sie es mit zumindest gleichwertigen Gegnern zu tun haben – atomar bewaffneten Gegnern. Alle bislang bekanntgewordenen Kriegsszenarien zeigen, dass die QUAD-Kräfte auch konventionell verlieren werden. Und zwar dramatisch und in kürzester Zeit. Dennoch haben die geheimen Generalstabsplanungen für diesen Krieg im Süd- und Ostchinesischen Meer laut Medienberichten längst begonnen.

Im Zweiten Weltkrieg konnte die kaiserliche japanische Armee das darniederliegende China nach Belieben misshandeln – und tat das auch. Diese Zeiten sind vorbei. Das hat offenbar Taro Aso nicht verstanden – ebenso wenig wie Joseph Biden, Boris Johnson oder Annegret Kramp-Karrenbauer. Klaus Wagener

## Von Frankreichs Gnaden?

Regierungsbildung im Libanon – Hariri gibt auf

„Möge Gott dieses Land retten“, sagte Saad Hariri, als er mitten in der tiefsten Krise seinen Auftrag zur Regierungsbildung an den Präsidenten des Libanon zurückgab. Vordergründig eine verständliche Hoffnung, unterliegt doch das Land dem Proporz religiöser Gruppen. Aber angesichts des Einflusses von Oligarchen wie Hariri selbst und der Interessen von Frankreich, USA und Saudi-Arabien mit seinen besonders intensiven wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Hariri wäre wohl selbst Gott ohnmächtig.

Von 2016 bis 2019 war Hariri bereits Ministerpräsident des Libanon gewesen. Vorübergehend zwang ihn die saudische Regierung – er wurde in einer bizarren Aktion in Riad festgehalten – zum Rücktritt. Doch erst der Protestbewegung gegen Misswirtschaft und Korruption gelang es, ihn Ende Oktober 2019 aus dem Amt zu jagen.

Als jedoch eine riesige Explosion im Hafen von Beirut das Land erschütterte und die damalige Regierung zum Rücktritt zwang, wurden die Karten neu gemischt. Die Protestbewegung forderte einen Neuanfang – eine Regierung aus Fachleuten, jenseits der Netzwerke der Eliten und Oligarchen. Aber sie erreichte nicht mehr die nötige Stärke. So konnte der französische Präsident Emmanuel Macron erneut den Oligarchen Hariri als Reformen und angehenden Ministerpräsidenten aus dem Hut zaubern.

Soweit die französische Regierung mit ihren Initiativen, Zeitplänen und Vorschlägen die Hisbollah isolieren und ihren Einfluss mindern wollte, sah sie sich enttäuscht. Ihr Generalsekretär Nasrallah begrüßte die Initiative gar, um Chaos und Staatszerfall zu vermeiden.

Parlamentssprecher Nabih Berri, dessen Partei Amal mit der Hisbollah und anderen Parteien das „Bündnis 8. März“ bildet, verhandelte mit Vertretern Frankreichs über eine mögliche Lösung und entwickelte einen Vorschlag, wie eine Regierung aus Fachleuten gebildet werden könnte. Manfred Ziegler

Anfang Juni schlug Berri eine Regierung aus 24 Fachleuten vor. Gespräche zwischen dem libanesischen Präsidenten Michel Aoun und dem designierten Ministerpräsidenten Hariri schienen positiv zu verlaufen.

Dreh- und Angelpunkt war die Zusammensetzung der 24 Fachleute, die zwar parteilos wären – aber eben doch Parteien verpflichtet. Bevor Hariri den libanesischen Präsidenten traf, um seine Kabinettsliste vorzulegen, sprach er mit dem Sondergesandten des französischen Präsidenten für Angelegenheiten Nordafrikas und des Nahen Ostens, Patrick Durel. Der Entschluss, den Auftrag zur Regierungsbildung zurückzugeben, stand da wohl bereits fest.

Über die darauffolgenden Diskussionen zwischen Aoun und Hariri gibt es widersprüchliche Darstellungen. Der Präsident erklärte, Hariris Liste habe nicht der Initiative von Berri und Frankreich entsprochen. Hariri dagegen behauptet, Aoun habe die Regierungsbildung blockiert und substanzielle Änderungen verlangt. Und er bezeichnet Aoun und seine Unterstützung durch die Hisbollah als das Hauptproblem. Seine internationalen Unterstützer werden es gerne hören.

Für Frankreich und die USA eröffnen sich mit der aktuellen Blockade neue Möglichkeiten. Wieder werden die EU und die USA Sanktionen verhängen – angesichts des Zustands des Landes eine Katastrophe. Aber eine Katastrophe, die ihnen – unter geheucheltem Mitgefühl für das Schicksal der Menschen im Libanon – mit neuen Hilfeversprechungen weitere Einflussmöglichkeiten im Land bietet.

Macron lässt für den Jahrestag der Explosion im Hafen von Beirut eine Libanon-Konferenz vorbereiten. Und das französische Außenministerium orientiert bereits auf „unparteiische und transparente“ Wahlen im kommenden Frühjahr.

Manfred Ziegler



Foto: Gemeinfrei

An der „Arbeiterolympiade“ 1931, die vom 19. bis 26. Juli in Wien stattfand, nahmen 25.000 Sportlerinnen und Sportler teil, die in 117 Disziplinen antraten. Diese wurden im neu gebauten Praterstadion und im Stadionbad ausgetragen. Das Foto zeigt den Umzug zur Eröffnung der Spiele 1931 in Wien auf der Ringstraße vor dem Parlament.

## Die Rote Sportinternationale

### Spartakiade und Bruch in der Arbeitersportbewegung

Die große Zeit des Arbeitersports nach dem Ersten Weltkrieg war von einem Ringen von sozialistischen und kommunistischen Ideen um die Frage geprägt, wie dieser zu organisieren sei – auch auf internationaler Ebene. Auf der einen Seite stand die sogenannte „Luzerner Sportinternationale“ (LSI) – später „Sozialistische Arbeitersport-Internationale“ (SASI) –, ihr gegenüber die „Rote Sportinternationale“ (RSI), die durch die Sowjetunion gefördert wurde. Nirgendwo wurde dieses Ringen so deutlich ausgetragen wie in der – mit Ausnahme Sowjetrusslands – größten Arbeitersportnation der Welt: dem Deutschland der Weimarer Republik. Die Verläufe der Abgrenzungen und Kooperationen waren dabei wesentlich vom Verhältnis von SPD und KPD bestimmt.

Wenngleich von wechselnd intensiven Spannungen geprägt, betrieben beide Arbeiterparteien im ATSB (Arbeiter Turn- und Sportbund) gemeinsame Wettbewerbe. Auf der Fußballerbene waren insbesondere Berlin und die Märkische Spielvereinigung die Hochburgen der kommunistischen Fußballklubs.

Mit der ersten – und letztlich einzigen – internationalen „Spartakiade“ 1928 in Moskau kam es zum Bruch: Die angestauten Auffassungsunterschiede über den Charakter des Arbeitersports ließen die leidlich zusammengehaltene Allianz in zwei Teile zerbrechen. Unter dem Begriff „Spartakiade“ fanden in der Zwischenkriegszeit eine Reihe unterschiedlicher Veranstaltungen mit je eigener Tragweite statt. Es gab regionale, nationale oder eben internationale kommunistische Sportfeste.

Mit pathetischen Gesängen erfolgte auf dem Bundestag des ATSB nach lyrischer Eröffnung der Ausschluss der kommunistischen Funktionäre und der Abbruch der Beziehungen zur KPD – die Teilnahme an der Moskauer Spartakiade wurde verboten. Im Vorfeld dieser radikalen Maßnahmen wurde als Begründung von Seiten der sozialistischen Funktionäre und vor allem von Seiten der „Luzerner Sportinternationale“, die dem Bundestag des ATSB in dieser Frage die Entscheidung vorgegeben hatte, immer wieder ins Feld geführt, dass die RSI den Sport „für politische Agitation“ missbrauche. Dieser „Vorwurf“ wurde in exakt diesem Wortlaut von bürgerlichen Sportverbänden gegen die Arbeitersportbewegung als solcher erhoben. Die kommunistischen Hochburgen Berlin und Brandenburg wurden radikal „gesäubert“:

Das hatte zur Folge, dass sich einerseits kaum sozialistische Funktionäre fanden, um die ausgeschlossenen Kommunisten in

der Verbandsarbeit zu ersetzen, andererseits verblieben nach der Verbandsspaltung kaum Vereine im nun rein sozialistischen ATSB. Die Vorgänge werden in der hervorragenden Arbeit von Christian Wolter geschildert, die unter dem Titel „Arbeiterfußball in Berlin und Brandenburg 191–1933“ im Arête Verlag erschienen ist.

Auch in Österreich, wo die Kommunistische Partei weder die personelle Stärke noch die politische Relevanz der KPD besaß, erschütterte die Entscheidung der LSI den Arbeitersport. Die Österreicher waren es, die den Antrag gestellt hatten, die Sportbeziehungen zur Sowjetunion abzubrechen. Der ASKÖ (Arbeiterbund für Sport und Körperkultur, vergleichbar dem ATSB) zog dennoch als Ausrede für den Abbruch der Sportbeziehungen die Entscheidung der LSI heran, die der ASKÖ- und LSI-Vorsitzende Julius Deutsch maßgeblich mit herbeigeführt hatte. Vor allem aus Wien und Niederösterreich hatten sich jedoch Teilnehmer an der Moskauer Spartakiade angekündigt. Diesen wurde mit Ausschluss aus dem Arbeitersportverband gedroht, was über 60 von ihnen nicht abzuschrecken vermochte.

Für den untersagten Sportverkehr mit der Sowjetunion wurden pragmatische Lösungen gefunden und sowohl Vereine als auch Landesverbände bestritten unter großer Zuschaueranteilmehrung internationale Begegnungen – so fanden im Herbst 1928 sowohl ein „Länderspiel“ Österreichs gegen die/eine sowjetische Auswahl statt, als auch Spiele der Landesauswahlen von Steiermark und Niederösterreich gegen diese. Unmittelbar vor der Spartakiade hatte die Niederösterreichische Arbeiterauswahl noch eine Sowjet-Tournee unternommen. 1929 wurden auch diese Beziehungen untersagt.

Auf Verbandsebene kam es – in Ermangelung rein kommunistischer Vereine – in Österreich zu keiner Änderung, in Deutschland hingegen wurden fortan eigene Meisterschaften ausgetragen. Der Dresdener SV von 1910 kann sich somit sowohl Meister des ATSB (1924, 1925, 1926, 1927) als auch der Kampfgemeinschaft für Rote Sporteinheit (1931) nennen. Als der Faschismus den Arbeitersport in den vormaligen Hochburgen ausgelöscht hatte, wurde im Rahmen der Volksfrontpolitik (7. KI im August 1935) die Sowjetunion auch Teilnehmer an der letzten Arbeiterolympiade der LSI/SASI in Antwerpen 1937. Aus Italien, Spanien, Österreich und Deutschland konnten daran nur mehr „Exilantenteams“ teilnehmen.

Michael Rath



Die Rote Sportinternationale (RSI) gab ab September 1923 die Zeitschrift „Proletarier Sport – Organ für proletarisch-physische Kultur“ heraus. Darin wurde ausführlich über den Konflikt zwischen Luzerner Sportinternationale und der RSI berichtet sowie über die Arbeitersport-Bewegung in verschiedenen Ländern und wissenschaftliche Erkenntnisse über Sport und Gesundheit in der Sowjetunion.



1928 veranstaltete die Rote Sportinternationale (RSI) in Moskau eine internationale Spartakiade. Insgesamt nahmen etwa 4.000 Athleten teil. Im selben Jahr veranstaltete die RSI eine Winter-Spartakiade in Oslo. Auf der Eröffnungsfeier sangen 30.000 Menschen auf dem Roten Platz gemeinsam die „Internationale“, dirigiert vom 80-jährigen Franzosen Pierre Degeyter, der die Melodie der Arbeiterhymne 40 Jahre zuvor komponiert hatte.

Die zweite internationale Spartakiade sollte 1931 unmittelbar vor der Wiener Arbeiterolympiade in Berlin stattfinden, wurde aber verboten und konnte als „Internationales Sommerfest des Arbeitersport-Kulturkartells“ nur teilweise und mit wenig Öffentlichkeit ausgetragen werden. Im Anschluss daran reiste eine internationale Delegation von „Rotsportlern“ nach Moskau und wohnte dort mehreren Sportveranstaltungen bei.



Diese Karikatur aus der ersten Ausgabe der RSI-Zeitschrift „Proletarier Sport“ zeigt den Streit zwischen RSI und LSI, den beiden internationalen Organisationen der Arbeitersportbewegung. Die „Luzerner Sport-Internationale“ (LSI), im September 1920 gegründet, residierte – wie der Name besagt – in Luzern. Die „Rote Sportinternationale“ wurde im Juli 1921 in Moskau gegründet.

Georg Thiel will es wissen. Seine Unterebenen – ob beim Technischen Hilfswerk, im Bundesamt für Flüchtlinge und Migration oder im Statistischen Bundesamt – sollen unter einem „Klima der Angst“ gelitten haben. So übereinstimmend, dass die Personalie Thiel im Juni sogar im Bundestag beraten werden musste. Beim Verfassungsschutz scheiterte der Mann laut Wikipedia. Nun will er sich mit einer Nacht-und-Nebel-Aktion als amtierender Bundeswahlleiter antikommunistische Meriten erwerben. Mit Hilfe einer im Bundestag beschlossenen Verschärfung des Parteiengesetzes von 2015 geht er gegen die DKP vor, will ihr die Teilnahme an der Bundestagswahl verweigern und den Parteistatus aberkennen.

In dem Gesetz heißt es seit seiner Änderung, dass einer Partei der Parteistatus aberkannt werden kann, wenn sie „sechs Jahre lang (...) keinen Rechenschaftsbericht eingereicht hat“. Unschön,

Patrik Köbele zum Versuch, die Kommunistische Partei mundtot zu machen

## Es geht um Inhalte

dass die DKP dies immer gemacht hat, für einen gelehrten Meister der Bürokratie aber kein Problem: Thiel macht aus „zu spät abgegeben“ kurzerhand „nicht abgeben“.

Eile war angesagt. Nicht nur Thiels Führungsstil, sondern auch die Gesetzesverschärfung von 2015 war bereits Thema im Bundestag. Der Verantwortliche für die Rechenschaftsberichte, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Änderung zu „Unschärfen und Widersprüchlichkeit der tatsächlichen und rechtlichen Situation führt“. Schäuble äußerte in der „Bundestagsdrucksache 19/30520“ vom

9. Juni: „Es wird angeregt, die Neuregelung wieder zu streichen.“

Der Angriff auf die DKP ist aber sicher keine Angelegenheit eines durchgeknallten Bürokraten. Thiel ist Werkzeug und will es sicher auch sein. Der Angriff auf unsere Partei ist mehr. Er ist Teil dessen, was wir „reaktionären Staatsumbau“ nennen. Er ist Teil der wachsenden Aggressivität des deutschen Imperialismus nach innen und außen, Teil der Strategie des ruhigen Hinterlands.

Nein, wahlpolitisch fürchten uns die Herrschenden nicht. Aber sie fürchten ein lautes „Raus aus der NATO – für Frieden mit Russland und China“.

Die Europäische Kommission hat nach Redaktionsschluss dieser UZ ihren zweiten EU-weiten Bericht über die Situation der Rechtsstaatlichkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten veröffentlicht. Im Vorfeld wurde verlautbart, es gäbe in einigen Ländern Defizite hinsichtlich demokratischer Prinzipien, ebenfalls habe man ernsthafte Bedenken hinsichtlich einer politischen Einflussnahme auf die Medien. Solchen Ländern wolle man finanzielle Hilfen aus der EU verwehren. Wichtig dabei sei, dass diese Maßnahmen in erster Linie die Regierungen treffen und nicht die Bevölkerung, sagte die Vizepräsidentin des EU-Parlaments Katarina Barley (SPD). Zur Beruhigung für die Bundesbürger: Es geht dabei nicht um sie. Die EU wird nicht die Bundesregierung kritisieren, die die Beobachtung der „jungen Welt“ durch den Inlandsgeheimdienst unter anderem mit der Stellungnahme unterstützt: „Die marxistische Ausrichtung der jW wird zusätzlich dadurch belegt, dass die Zeitung sich mit Ideologien von Klassikern des Marxismus-Leninismus als Grundlage für ihre eigenen Bestrebungen befasst. Oftmals wird positiv Bezug genommen auf die kommunistischen Vordenker (vor allem Wladimir I. Lenin, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Karl Marx und Friedrich Engels).“ Die EU-Kommission sieht in den meisten Mitgliedstaaten „ein förderliches und unterstützendes Umfeld für die Zivilgesellschaft“. Über den Umgang mit attac und der VVN-BdA in der BRD wird die Kommission keine Zeilen verschwenden, ebenfalls nicht über das drohende kalte Verbot der DKP. Wie gesagt, wir brauchen uns keine Sorgen zu machen: Es geht schließlich um Ungarn und Polen. WSK



Foto: Olaf Kosinsky / kosinsky.eu

Volker Hermsdorf zu Angriffen auf Linke

## Nicht nur Kuba

Die gewalttätigen Ausschreitungen in Kuba erinnern entfernt an Szenen der Guarimbas in Venezuela, der Maidan-Unruhen in der Ukraine oder der Proteste vor dem Putsch in Bolivien. Sie erfolgen nahezu zeitgleich mit verschärften Angriffen auf Linke auch in Deutschland. Zufall?

Dahinter steckt weder ein geheimer Plan noch eine globale Verschwörung. Der zeitliche Zusammenhang erklärt sich aus der Furcht der Herrschenden in den kapitalistischen Ländern vor den sich rasant zuspitzenden gesellschaftlichen Widersprüchen infolge der Pandemie. Es ist eine Überlebensfrage der an Akzeptanz verlierenden kapitalistischen Ordnung, sich der Kräfte entledigen zu wollen, die für eine tatsächliche gesellschaftspolitische Alternative eintreten. Oder anders: Sowohl der Angriff auf Linke in der BRD als auch der Versuch, Kuba zu destabilisieren und zu dämonisieren erfolgen zeitgleich und jetzt, weil sich die globalen Klassenkämpfe verschärfen.

Während US-Präsident George W. Bush 2002 noch allgemein die „Achse des Bösen“ zum Gegner erklärt hatte, bezeichnete Donald Trumps Nationaler Sicherheitsberater John Bolton 2018 Kuba, Venezuela und Nicaragua

Diese strategische Weitsicht des Kapitals in Verbindung mit Gehorsam der Bürokratie führt zu dem Angriff auf die Gemeinnützigkeit unter anderem der VVN-BdA und der „Roten Hilfe“, führt zum Angriff auf die sozialistische Tageszeitung „junge Welt“ und die Kommunistische Partei. Es ist ein Angriff auf unsere demokratischen Rechte.

Die DKP hat das Bundesverfassungsgericht angerufen und Beschwerde gegen die Nichtzulassung zur Wahl und die Aberkennung ihres Parteistatus eingeleitet. Obwohl das Gericht noch nicht gesprochen hat, wird Gliederungen der DKP vorauseilend verboten, Plakate aufzuhängen oder Infostände durchzuführen. Auch das belegt: Hier geht es nicht um Buchhaltung, es geht um Politik, um Inhalte. Das ist auch das Entscheidende für die Gegenwehr. Wir müssen jetzt verstärkt mit unseren Inhalten und Forderungen auf die Straße und zu den Menschen. Die Herrschenden fürchten sie – und zwar zu Recht.

als „Troika der Tyrannei“ – und damit als konkrete Ziele imperialistischer Aggression. Der von blauäugigen Träumern als kleineres Übel herbeigesehnte neue Machthaber im Weißen Haus, Joseph Biden, setzt die verschärften Angriffe seines Vorgängers gegen das sozialistische Kuba seit Anfang des Jahres unverändert fort. Die drei von Washington ins Visier genommenen Länder sind trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme Verbündete im antiimperialistischen Lager und verlässliche Partner für Washingtons globale Hauptgegner China, und Russland. Bisher haben die USA sich an allen drei Zielobjekten die Zähne ausgebissen. Nach gescheiterten Putschversuchen in Venezuela und Nicaragua rückt Kuba, das seit Jahrzehnten im Zentrum der imperialen Begierden Washingtons steht, wieder verstärkt ins Fadenkreuz.

Das, was dort in diesen Tagen vor sich geht, betrifft aber nicht nur die Menschen in Kuba. Es geht längst nicht mehr um – verständliche – Proteste gegen Versorgungsmängel. Die von außen gesteuerten Gewaltakte sind Teil des Versuchs, linke und progressive Kräfte, die für ein alternatives, nichtkapitalistisches Gesellschaftssystem und eine multipolare globale Ordnung eintreten, weltweit mundtot zu machen.

## Von Bitcoins, Waffen und SUVs

Die EU fördert munter Klimaschädliches • Kolumne von Lucas Zeise

Den „Presseclub“, eine Diskussionsendung, die im ARD-Fernsehen schon seit Jahrzehnten am Sonntagmittag läuft, schaue ich gelegentlich immer noch. Am vergangenen Sonntag geschah das Wunder: Einer der anwesenden Journalisten sagte etwas Kluges. Es war Sven Plöger, der im selben Kanal das Wetter präsentiert. Er werde jene Partei wählen, die verspricht, die „Bitcoins“ zu verbieten, sagte er. Sein Argument war, dass zur Herstellung einer Einheit dieser „Kryptowährung“, ja sogar nur zur Überweisung eines Betrages in diesem Pseudogeld eine so ungeheuer große Rechnerleistung nötig ist, dass der Stromverbrauch dafür erheblich wird.

Die Diskussion in der Sendung drehte sich um die Klimakrise aus Anlass der katastrophalen Sturzregen in Deutschland und der Vorlage eines Klimaprogramms der EU-Kommission am Mittwoch zuvor. Plöger hatte keine Zeit mehr, um seine Forderung nach Beendigung des Bitcoin-Wahns zu begründen. Die Begründung ist in diesem Fall aber denkbar einfach: Wenn etwas ganz nutzlos oder sogar schädlich ist, zugleich aber mit hohen Emissionen des klimagefährdenden CO<sub>2</sub> verbunden ist, sollte es dringend abgeschafft werden.

Es fallen einem sofort eine Reihe von Aktivitäten und Branchen ein, die

auch in diese Kategorie fallen. In erster Linie und ganz offensichtlich ist es die Rüstungs- und Waffenindustrie, die aus vielen Gründen, aber eben auch aus Gründen des Klimaschutzes dringend zu verbieten ist. Ein solches Verbot, ja selbst eine gemächliche Schrumpfung dieses Gewerbes auf Null binnen, sagen wir mal, zehn Jahren würde Deutschland dem Ziel der „Klimaneutralität“ schneller und nachhaltiger näher bringen als die bereits beschlossene Beendigung des Braunkohleabbaus samt der Verstromung dieses Rohstoffs.

In der vor neun Tagen vorgelegten EU-Planung kommen weder die albernsten Bitcoins und die ungeheure Produktion von anderem Datenmüll noch die Rüstung als abwicklungsfähige Branche vor. Dort geht es in erster Linie um die Ausweitung des Handels mit Verschmutzungsrechten. Es wird so getan, als würde ein solcher von staatlichen Institutionen künstlich geschaffener Markt, der es den Konzernen überlässt, ob sie lieber weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen wollen oder Strafgebühren dafür zahlen, die CO<sub>2</sub>-Reduktion insgesamt effizienter oder gar schneller ablaufen lassen. Da die Behörden darüber entscheiden, wie viel dieser Nutzungsrechte den Konzernen zugeteilt werden, bleibt die Frage, welche Firma wie stark von den Kli-

maplanungen betroffen wird, ohnehin politisch. Das intensive Lobbying der Unternehmen und Branchen in Brüssel und Berlin bleibt für sie geschäftsnotwendig.

Dass auch der Flugverkehr dem CO<sub>2</sub>-Emissionshandel unterworfen werden soll, ist keine Überraschung. Aber er bedeutet, dass der Treibstoff für Verkehrsflugzeuge teurer wird (nicht aber für die dringend notwendigen Privatjets). Der Skandal, dass das dreckigste Transportmittel weniger für seinen Brennstoff zahlen muss als Landfahrzeuge, soll auch nach den neuesten EU-Plänen weiter bestehen bleiben.

Das Auto spielt beim Klimaprogramm der EU eine entscheidende Rolle. Der Individualverkehr soll nicht reduziert und stattdessen der öffentliche Verkehr gefördert werden. Stattdessen setzt die EU, ganz wie die Autoindustrie, aufs Elektroauto. Ab 2035 sollen keine „Verbrenner“ mehr verkauft werden. Das wird den Benzinverbrauch senken, den Stromverbrauch aber massiv erhöhen. Die steuerliche Förderung des Absatzes CO<sub>2</sub>-intensiver, teurer Luxusautos und SUVs in der Bundesrepublik durch das sogenannte „Dienstwagenprivileg“ kommt in der geplanten Richtlinie der EU nicht vor. Dieses „Privileg“ abzuschaffen hieße ja, den Individualverkehr am oberen Ende einzuschränken – dort, wo viel Sprit nutzlos verbraucht wird und bei Daimler, VW und BMW demzufolge der saftigste Gewinn abfällt.



Björn Blach zum Umgang mit dem Coronavirus

## Pandemie-Poker

Welchen Marsch der Musikverein „Hoffnung Hünsborn 147“ den „Impfwilligen“ geblasen hat, ging nicht durch die Medien. Wohl aber, dass sich das Impfbüro im sauerländischen Olpe überlegt hatte, Blasmusik, Brezeln und Bier (alkoholfrei) anzubieten, um die Impfbereitschaft zu erhöhen.

Fast die Hälfte der Menschen in diesem Land ist inzwischen geimpft, trotz etlicher Pannen im Frühjahr. Es gibt nur Lockdown und Impfen – andere Ideen, gegen das Virus vorzugehen, gibt es in den Herrschaftsetagen in diesem Land nicht. Und so wird der Druck auf die Menschen erhöht, damit die Wirtschaftskrise durch einen befürchteten kommenden Lockdown nicht weiter vertieft wird.

Die Rollen sind dabei gut verteilt. Noch-Kanzlerin Merkel lässt verlauten: „Es wird keine Impfpflicht geben.“ Gesundheitsministerdarsteller Jens Spahn meint, wer sich nicht impfen lasse, müsse sich nicht wundern, wenn er nicht mehr auf Partys dürfe. Gleichzeitig kündigt er Überlegungen an, Corona-Tests kostenpflichtig zu machen. Aus dem Ethikrat der Bundesregierung werden Stimmen laut, die eine Impfpflicht für Erzieherinnen und Lehrkräfte fordern.

Derweil hüpfert der Inzidenzwert seit ein paar Tagen wieder nach oben. Mit

ihm wurde auf fragwürdiger Basis ein Automatismus erheblicher Grundrechtseinschränkungen verbunden, jetzt wird nach neuen Werten gesucht. Da taucht dann der R-Wert aus dem letzten Sommer wieder auf und neue schöne Worte wie „Hospitalisierung“ werden einem breiten Publikum präsentiert.

Nochmal zum Herrn Spahn, dessen Horizont an der Gartenmauer seiner Villa endet: „Impfstoff, um jeden zu impfen, ist nun da.“ Die meisten Länder der Welt haben noch Mangel oder können sich schlicht die Vakzine nicht leisten. So kann das Virus dort immer wieder mutieren, gerade weil Deutschland sich weigert, den Patentschutz der Impfstoffe aufzuheben.

Nach wie vor lässt sich die Mehrheit der Bevölkerung einreden, dass dieses Schauspiel Demokratie wäre und dessen Skandalisierung in den Medien etwas mit Pressefreiheit zu tun hätte. Diese Blendgranaten dienen der Ablenkung. Eine demokratische Regierung würde im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung handeln und diese im Kampf gegen das Virus mobilisieren. Ihr wäre das Leben der Menschheit wichtiger als die Profite einer absoluten Minderheit. Sie würde friedlich mit allen Ländern zusammenarbeiten. Sie würde in der Krise vertrauen gewinnen.

# Neoliberales Endspiel

Anmerkungen zur Struktur der gegenwärtigen Krise • Von Klaus Wagener



Der neoliberale Traum, dass immer mehr Geld den Kapitalismus retten könnte, ist aus.

Die Standarderzählung zur gegenwärtigen Krise lautet in etwa: Eine schreckliche Pandemie ist über uns gekommen. Wir müssen alle zusammenstehen – natürlich mit Abstand. Wenn alle geimpft sind, wird alles wieder gut. Das trifft, wie fast alle Narrative der Medien, den Sachverhalt nicht wirklich. Natürlich hat der Virusausbruch – genauer gesagt: haben die politischen Maßnahmen in der Folge des Virusausbruchs – gravierende Konsequenzen für die Menschen, vor allem in den kapitalistischen Hauptstaaten. Covid-19 hat die ganze Unfähigkeit neoliberal zugerichteter Gesellschaften offenbart, mit der derzeitigen Krise fertig zu werden. Die Ursache dieser Krise ist nicht das Virus. Der Virusausbruch ist dagegen die ideale Nebelwand, welche die katastrophalen realökonomischen Kriseneffekte – die Millionen von Arbeitslosen, die in Armut Gestürzten, die Hungernden und Pleitegegangenen – aus dem Bewusstsein verdrängt.

## Wie die Krise begann

Die ökonomische Krise begann vor Corona, im Spätsommer 2019. Die kapitalistischen Hauptstaaten gerieten in die Rezession. Die US-Zentralbank (Fed) musste den Markt für kurzfristige Bankkredite (Repo) mit Hunderten Milliarden US-Dollar stützen. Die Rettungsprogramme der Krise 2007 und Folgejahre hatten die ökonomischen Ungleichgewichte eher verstärkt als abgebaut. Ein neuer akuter Krisenausbruch kündigte sich an.

Die Strukturkrise des „westlichen“ Kapitalismus – genauer: der neoliberal zugerichteten kapitalistischen Verwertungsform – hat vor Jahrzehnten begonnen. Auch die 2019 ihren Anfang nehmende Doppelkrise lässt sich nur durch die Untersuchung ihrer strukturellen Besonderheiten und der Akkumulation der aus ihr erwachsenen Ungleichgewichte wirklich verstehen.

1980 schrieben die US-Strategen Colin S. Gray und Keith Payne in der Zeitschrift „Foreign Affairs“ den Artikel „Victory is Possible“: Gemeint war der Atomkrieg gegen die Sowjetunion. Das US-Establishment fühlte sich stark genug, die Restriktionen des New Deal und der Bretton-Woods-Kooperation über Bord zu werfen. Die neokonservative Gegenreformation erhob den Maximalprofit (Shareholder-Value) zum Maß aller Dinge. Ab jetzt sollte wieder Geld „verdient“ werden.

Das neoliberale Konzept aus Deregulierung, Privatisierung, Steuerenkung, Unterfinanzierung der Gesundheits- und Sozialsysteme und Entmachtung der Arbeiterbewegung wurde sukzessive, mit unterschiedlicher Radikalität, in allen kapitalistischen Hauptstaaten durchgesetzt – mit gravierenden Langzeitkonsequenzen. Die Kanonisierung des Shareholder-Value sorgte für eine höchst ungleiche Verteilung des gesellschaftlich erarbeiteten Reichtums. Dies hatte zur Folge, dass die Ressourcen selbst bei Dingen fehlten, die für eine funktionierende Gesellschaft unabdingbar sind. Die Gesundheitssysteme der neoliberalen Vorzeigestaaten USA, Brasilien, Indien und Großbritannien versagten unter Pandemiebedingungen – Millionen vermeidbarer Todesfälle waren die Folge.

## Profit, Profit, Profit

Die Profitfixierung führte zu einer Globalisierung genannten Verlagerung der materiellen Produktion in die Hotspots der globalen Billigproduzenten. In den imperialistischen Staaten verschärfte die strukturelle Verarmung der Bevölkerungsmehrheit, die gigantische Umverteilung von unten nach oben, die systembedingte Überproduktion und Überakkumulation. Einerseits haben die „Oberen 0,01 Prozent“ gigantische Reichtümer angehäuft, andererseits fehlt immer mehr Menschen die Kaufkraft, selbst die nötigsten Dinge zu beschaffen. Gleiches gilt für die Staatsapparate und Sozialsysteme und in der Folge selbst für viele Unternehmen. Die fehlende gesellschaftliche Kaufkraft musste immer mehr durch Kredite ersetzt werden. Diese Kredite akkumulieren sich zu riesigen Schuldenbergen. Im Falle der USA liegt die strukturelle staatliche Nettoneuverschuldung bei rund einer Billion US-Dollar pro Jahr – außerhalb der akuten Krisenphase. Die billionenschweren Kosten der gegenwärtigen Doppelkrise kommen on top.

Der „Global Wealth Report“ der Credit Suisse weist für das Jahr 2020 – inmitten der Krise – einen Anstieg des „weltweiten Gesamtvermögens“ um 74 Prozent auf 418,3 Billionen US-Dollar aus. Davon entfielen drei Viertel auf Nordamerika und Europa. Laut Federal Reserve liegt die gesamtgesellschaftliche Verschuldung (Staat, Unternehmen, Privatleute) der USA im ersten Quartal 2021 bei 84,5 Billionen US-Dollar – das entspricht in etwa dem Vierfachen des US-Bruttoinlandsprodukts (BIP). Wobei angemerkt werden muss, dass der BIP-Indikator insbesondere hinsichtlich der USA einen unzuverlässigen Maßstab für die realwirtschaftliche Leistungsfähigkeit darstellt, weil er ein hohes Maß an fiktiven und parasitären Werten enthält. Die unaufhaltsam steigende US-Verschuldung ist nicht das Ergebnis der politischen Entscheidungen einzelner Präsidenten, sondern sie wurde seit Beginn der neoliberalen Offensive in der Reagan-Ära progressiv steigend aufgebaut und hat längst eine Dimension erreicht, bei der die Zahlungsfähigkeit infrage steht. De facto ist das US-Imperium seit Beginn des Jahrhunderts pleite.

## Das Bretton-Woods-System

Die USA hatten allerdings 1944 bei der Konferenz von Bretton Woods den US-Dollar als Reservewährung für das von ihnen beanspruchte Einflussgebiet (44 Staaten) durchsetzen können. Diese Position des US-Dollar konnte in den folgenden sechs Jahrzehnten immer weiter zu einem globalen Herrschaftsinstrument ausgebaut werden. Die Fed kann beliebige Dollar-Mengen erzeugen – „drucken“ – und der „Rest der Welt“ muss dafür hart erarbeitete Pro-

dukte hergeben. Der US-Dollar und die US-kontrollierte SWIFT (Organisation zur Abwicklung der internationalen Bankgeschäfte) erlauben den USA die Kontrolle der globalen Zahlungsströme. Jeder, der bei seinen Transaktionen US-Dollar benutzt, muss sich der Washingtoner Jurisprudenz unterwerfen. Mit diesen Herrschaftsinstrumenten gelingt es dem US-Imperialismus Profite aus anderen Ländern in die USA umzuleiten und teilweise zu nutzen, um die Widersprüche der amerikanischen Gesellschaft zu kaschieren. Die inneren Widersprüche des monopolkapitalistischen Systems der USA werden quasi ins Ausland „exportiert“.

Ein weiteres Mittel des Widerspruchsexports ist die „regelbasierte Weltordnung“, repräsentiert durch IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation. Sie garantieren, dass die imperialistischen Staaten den Waren- und Kapitalexpert sowie den Import der Profite und Ressourcen zu ihren „Regeln“ durchführen können. Die Absicherung dieser Vorherrschaft ist allerdings ohne überlegene Interventionstruppen nicht möglich. Allein die Gesamtkosten der US-Kriegsmaschine belaufen sich auf rund eine Billion US-Dollar im Jahr – nominal fast ebenso viel wie die Militärausgaben aller übrigen Staaten zusammen. Die gewaltigen Kosten der imperialistischen Machtapparate belasten die ohnehin defizitären Staatsbudgets. Dazu kommen die Kosten der außermilitärischen Machtprojektion, der Sanktionspolitik und des Wirtschafts- und Technologiekrieges. Alle diese strukturellen Defizite akkumulieren sich im Laufe der Jahre zu den oben beschriebenen Schuldenbergen. Das US-Imperium und die mit ihm liierten Staaten haben ihre Ressourcen seit langem weit überdehnt.

## Neoliberaler Krisenzyklus

Diese hier nur grob umrissene sozialökonomische Grundstruktur hat das neoliberale Verwertungsmodell in eine tiefe Krise gestürzt, welche die unterschiedlich neoliberal zugerichteten Staaten in unterschiedlicher Weise trifft. Mit dem Platzen der Dotcom-Blase hatte diese Krise – aus der Peripherie (Asien, Lateinamerika) kommend – die kapitalistischen Hauptstaaten im Jahr 2000 erreicht. Nach der Krise 2007 und Folgejahre ist die 2019 einsetzende Krise der dritte große Ausbruch des neoliberalen Krisenzyklus. Die Notenpresse sollte die Probleme lösen. Die Defizite und Schulden hatten derartige Höhen erreicht, dass die Funktionsfähigkeit des Systems nur durch die Emission immer gewaltigerer Mengen „frisch gedruckten“ Geldes und die Absenkung der Zinsen auf oder unter null aufrechterhalten werden konnte. Die großen „westlichen“ Zentralbanken drückten seither zweistellige Billionensummen in die Finanz-„Märkte“. Genauer gesagt: Sie organisierten ein

Börsen-Casino, in dem jeder, der über genügend Geld verfügt, nur gewinnen kann. Aus den Superreichen wurden Ultrareiche. Die Kurse der spekulativen Werte, einschließlich der Immobilien, schossen durch die Decke. Nur realwirtschaftlich bewegte und bewegt sich nichts. Aus dem ehemaligen Mittelstand wurde die neue Armut – und die alte Armut wurde zum abgehängten und drangsalierten „Prekariat“.

Die strukturelle Währungs-inflation bleibt naturgemäß nicht ohne Folgen. Natürlich funktioniert es zunächst einmal prächtig, allen Geld in die Tasche zu stecken – den ohnehin Reichen sehr viel, den Arbeitslosen oder Pleitegegangenen ein bisschen. Nur ist damit realwirtschaftlich nicht viel erreicht. Es gibt keinen „Trickle-Down-Effekt“, wonach auch die Armen etwas abbekommen, wenn man den Reichen nur genug zusteckt. An dieses neoliberale Märchen mochte vielleicht Ronald Reagan glauben. De facto sind die Wachstumsraten trotz der exzessiven Reichenmast immer mehr zurückgegangen. Wie sich in den letzten 20 Jahren der großen Krise des Neoliberalismus gezeigt hat, ist die Währungs-inflation nicht die Lösung des Problems, sondern Teil des allgemeinen Verfalls des „westlichen“ Kapitalismus. Es gibt kein gesellschaftlich relevantes Problem – egal, ob Infrastruktur, Klimawandel, sozialökonomischer Fortschritt, Agro-Industrie/Ernährung, Alters- und Sozialsysteme –, für das diese Gesellschaften eine progressive Lösung anzubieten hätten.

## Zweifel am US-Dollar

Die Währungs- und Sanktionsinflation untergräbt allerdings auch eines der wesentlichsten Machtmittel des US-/EU-Herrschaftssystems: die globale Herrschaft des US-Dollar. Es gibt zunehmende Zweifel an seiner Werthaltigkeit und eine akute Notwendigkeit, sich der mit ihm verbundenen globalen Projektion der US-Jurisprudenz zu entziehen. Das historische „Vorbild“ ist das Britische Pfund (GBP), das bis zum Zweiten Weltkrieg einen ähnlichen Monopolstatus hatte wie heute der US-Dollar. Das Pfund verlor nach 1945 innerhalb von wenigen Jahrzehnten gegenüber dem US-Dollar rund 75 Prozent seines Wertes. Die britische Realökonomie hatte ihren führenden Status schon zur Wende zum 20. Jahrhundert eingebüßt. Gleiches gilt heute für die US-Realökonomie. Der Verlust der Währungsdominanz erfolgt in der Regel einige Zeit später. 1941 rief der „Time“-Herausgeber Henry Luce das „Amerikanische Jahrhundert“ aus – es dauerte keine 80 Jahre. Die Versuche der US-Neokonservativen, die US-Dominanz um ein Jahrhundert zu verlängern, endeten im blutigen Chaos der endlosen wie verlorenen Kriege.

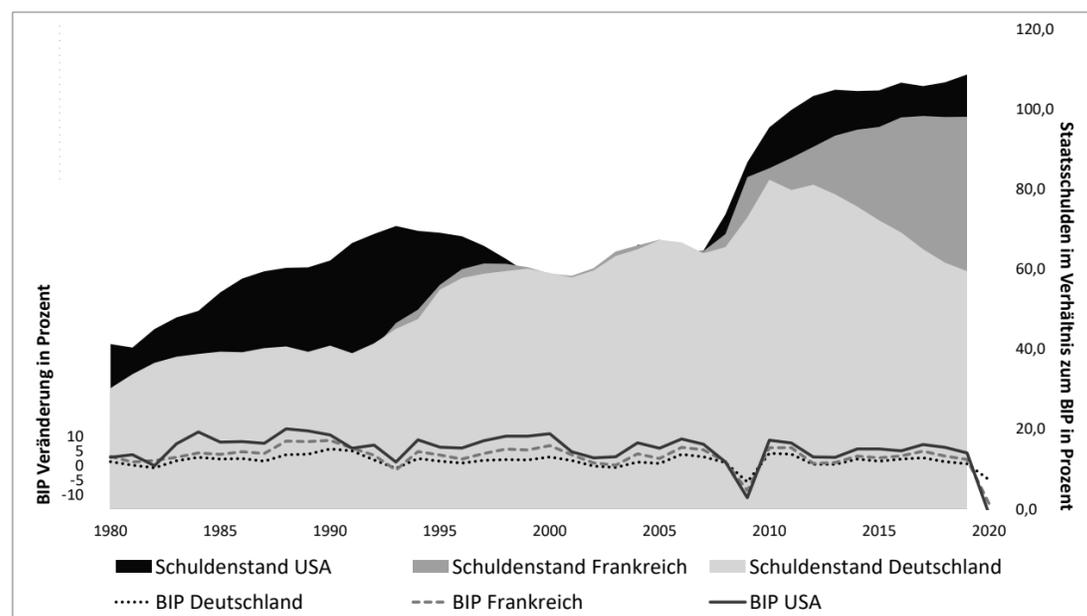
Die neoliberale Gegenreformation hat in den USA und den EU-Staaten keinen Stein auf dem anderen gelassen. Die bürgerliche „politische Klasse“ ist weitgehend gleichgeschaltet, völlig korrupt und unfähig zur inneren Erneuerung. Die Arbeiterbewegung ist marginalisiert, der Reformismus hat sich zum neoliberalen Sturmgeschütz selbst degradiert. Es ist derzeit keine Kraft erkennbar, die den neoliberalen Marsch in den Abgrund aufhalten könnte.

Im Herbst 1918 dichtete Karl Liebknecht, der im August seinen 150. Geburtstag feiern könnte:

*Ob sie die Flamm' erstickten,  
Der Funke heiß sich regt  
Und über Nacht zum Himmel  
Die neue Flamme schlägt.*

*Die Gegenwart mag trügen,  
Die Zukunft bleibt uns treu.  
Ob Hoffnungen verfliegen,  
Sie wachsen immer neu.*

*Aus Nichts wird alles werden,  
Eh' sie es noch gedacht,  
Trotz ihrer Machtgebärden,  
Wir spotten ihrer Macht.*



Während sich das Bruttoinlandsprodukt nur mäßig entwickelt, haben sich die Staatsschulden der USA, von Deutschland und Frankreich seit 1980 verdoppelt.

# Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht

Rede von Rolf Becker bei der Trauerfeier für Esther Bejarano

„... siehe, wir haben herausgefunden, dass diese Erde groß genug ist; dass sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glücks darauf zu bauen; dass diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will; und dass wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen.“  
(Heinrich Heine, aus: Die romantische Schule, 1833/1836)

**Liebe Edna, lieber Joram, liebe Familie, liebe Freundinnen und Freunde vom Auschwitz-Komitee und von der VVN-BdA, liebe mit uns Abschiednehmende**

– mit den zitierten Worten von Heinrich Heine eröffnete Esther vor wenigen Wochen, am 3. Mai, ihr Erinnern an das Ende des 2. Weltkriegs, an ihre Befreiung nach den Leidensjahren in Auschwitz und Ravensbrück, zugleich an unser aller Befreiung von der faschistischen Herrschaft in Deutschland zwischen 1933 und 1945, den dunkelsten Jahren nicht nur deutscher, sondern bisheriger Menschheitsgeschichte.

Abschied von Esther, Eurer Mutter, Groß- und Urgroßmutter, liebevolle, aus Leid geborene Stimme für Euch, für uns alle. Von Wort zu Wort ihr Ja zum Leben: aufgeschlossen trotz allem und für alles – suchend und fragend, wachsam besorgt, prüfend und zweifelnd. Zornig über zunehmendes Unrecht, Verschweigen, Verfälschen und Lügen, über die nicht gezogenen Konsequenzen aus so viel Geschichte. Warnend, dass die Todesgleise von Auschwitz nicht enden, wenn wir untätig bleiben.

Auch wenn sie nicht sprach, nicht sprechen wollte oder nicht sprechen konnte, im Grenzbereich des Nichtsagbaren, Unaussprechlichen – wie vor acht Jahren auf dem jüdischen Friedhof in der Großen Hamburger Straße Berlins, der für sie und mehr als 55.000 jüdische Mitbürger zum Sammelpfad wurde vor dem Abmarsch zum Anhalter Bahnhof und weiter, eingepfercht auf Güterwagen nach Auschwitz. Es brauchte lange, bis sie Christa Spannbaier auf Fragen für deren und Thomas Gonschior's Film „Mut zum Leben“ wieder antworten konnte. Zuvor immer wieder ein Blick auf die angrenzende Schule, in der noch das Klavier ihres ermordeten Onkels steht – der Zugang zu dem vertrauten Instrument war ihr nicht ermöglicht worden.

Esthers Augen, der offene Blick ihrer liebevoll wachsamem Augen – Perspektive, leidvoll gewonnen, widerständig und in Zuversicht weitergegeben, wie mit ihren Liedern, ihrer wunderbaren Stimme: „Mir lebn ejbig – Wir leben trotzdem!“

Es war Esthers Wunsch, dass ich zum Abschied von ihr spreche – einem Abschied, der wie bei allen Menschen, die wir lieben, nicht enden wird. „Liebe – Tod des Todes“ (Claus Bremer). Abschied nach mehr als dreißig Jahren einer Freundschaft, die zur Wahlverwandtschaft wurde. Aus Esthers Brief vom 18. April 2015: „... ich wollte immer einen beschützenden Bruder haben, und so habe ich mir Dich ausgesucht. Wie viele gemeinsame Kämpfe gab es, wie viele gemeinsame Veranstaltungen. Gemeinsam streiten, gemeinsam wirken für Gerechtigkeit, gegen jedwede Ausgrenzung von Menschen, gegen die schlimme Asylpolitik in Deutschland und Europa, gegen Ausländerhass, für Völkerfreiheit, für Völkerverständigung.“

Im Herbst 1989 lernten meine Familie und ich Esther in Ramelsloh/Seevetal kennen, bei Günther Schwarberg, der in jahrelanger Arbeit den Spuren der ermordeten Kinder vom Bullenhuser Damm nachgegangen war und mit seiner Frau Barbara Hüsing die heutige Gedenkstätte durchgesetzt und betreut hatte. Esther, singend und sich auf ihrem Akkordeon begleitend: „Sag nie, du gehst den letzten Weg.“

Von Esther an mich wie uns alle gerichtet, ihr wie testamentarisch Ver-



Foto: Martina Lennartz

Am vergangenen Sonntag nahmen Hunderte Antifaschistinnen und Antifaschisten in Hamburg Abschied von Esther Bejarano. Die Überlebende des KZ Auschwitz-Birkenau, Ehrenvorsitzende der VVN-BdA und Vorsitzende des „Auschwitz-Komitees“ starb in der Nacht zum 10. Juli in einem Hamburger Krankenhaus. Sie wurde 96 Jahre alt. Der Schauspieler Rolf Becker (Foto), Freund und Weggefährte, hielt die Trauerrede, die wir auf dieser Seite dokumentieren.

fügtes: „Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht. Seid solidarisch! Helft einander! Achtet auf die Schwächsten! Bleibt mutig. Ich vertraue auf die Jugend, ich vertraue auf euch! Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“

Geschwisterlichkeit im weitesten Sinn – Mitmenschlichkeit leben und einfordern, gegen die Überzahl der Widersacher, ohne Rücksicht auf sich. „Weiche nicht“, Jesaja, 4.10, ob in Babylonischer Gefangenschaft, wie vor 2500 Jahren, oder vor heute drohenden Gefahren faschistischer Anläufe, weiterer Kriege und damit verbundenem Schrecken, Elend, Verzweiflung und Tod. Nicht zurückweichen – Esther hat es vorgelebt, unnachgiebig, trotz Wasserwerfern, Stiefelritten und Denunziation.

„Sagen was ist“ – Auftritte, um Nachkommende aufzuklären über angeblich Vergangenes und zum Handeln zu ermutigen. Auftritte über Auftritte, um darauf hinzuweisen, dass sich bei zunehmendem gesellschaftlichem Druck erneut Unsagbares ereignen kann, auch ohne dass Rauch aus Verbrennungsöfen aufsteigt.

„Sagen was ist“ – im Sinn von Rosa Luxemburg als „revolutionärste Tat“, forderte Esther auch ein, wenn es, ganz gleich aus welchem Anlass, um ihre Person ging. „Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen“ – das galt für sie auch, als in einer ersten Ausgabe einer Biografie über sie ihre auf Band gesprochenen Berichte verfälscht worden waren: tief verletzt erarbeitete sie mit Antonella Romeo in monatelanger Arbeit eine neue Fassung ihrer „Erinnerungen“, erschien 2013 im Laika-Verlag.

„Sagen was ist“ – in diesem Sinn auch mein Versuch, mich in dieser Stunde dem anzunähern, wer Esther und was Esther für uns war. So wenig wir sie auf ihr politisches Anliegen reduzieren wollen, so wenig halten wir es für angebracht, ihr umfassendes Engagement für alle Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens zu verleugnen.

Am 11. April 1988 war Esther zusammen mit Hanne Hiob, der Tochter von Bertolt Brecht, im KZ unter der Hochstraße innerhalb des Stahlwerks Salzgitter aufgetreten – Gewerkschaftskollegen hatten mir spontan danach geschrieben, auch über das, was Esther ihnen über sich und die Geschichte ihrer Familie erzählt hatte.

Der Besuch des KZs im Stahlwerk sei für sie ein Anlass gewesen, öffentlich zu hinterfragen, wie es 1933 zur kampflosen Niederlage der Arbeiterbewegung in Deutschland kommen konnte, die dem Faschismus die Machtübernahme ermöglichte – Anlass zugleich für sie, ins Heute zu fragen, wie wir angesichts

der europaweit fortschreitenden Rechtsentwicklung die Widersprüche untereinander, die Konfusion und Differenzen zwischen und innerhalb gesellschaftskritischer Gruppierungen und Parteien überwinden. Anlass nicht zuletzt, wieder und wieder zu fordern, Geschichte differenziert zu betrachten, aus Fehlern und Fehleinschätzungen zu lernen, um eine erneute Barbarei wie in Auschwitz und den anderen Vernichtungslagern – in welcher Form und gegen wen auch immer gerichtet – auszuschließen.

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – aus einem Brief von Esther vom 8. November 2003 zum zweiten Bettlermarsch in Hamburg: „Diese Menschen sind obdachlos geworden, weil sie im Kapitalismus dem Konkurrenzkampf nicht standhalten konnten, weil sie arbeitslos wurden und dann mangels Geld ihre Wohnung gekündigt bekamen und so immer tiefer in den Abgrund gesunken sind. Es ist das System, das unmenschlich, ja menschenverachtend ist. Der Trend geht nach rechts. Wenn dieser Rechtsruck nicht verhindert wird, kann wieder Faschismus mit all seinen schrecklichen Folgen entstehen.“

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – Esthers Forderung, gegen die unmenschlichen Rückführungsaktionen der Roma nach Serbien und ins Kosovo aufzutreten: „Sie sind wie wir in Auschwitz und anderen Lagern als ‚unwertes Leben‘ vernichtet worden. Und heute abschieben?“

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – zur Flüchtlingsfrage, als der Hamburger Senat die Aufnahme der Lampedusa-Flüchtlingsgruppe verweigerte: „Wir können doch nicht heute noch immer Menschen wie Tiere behandeln.“ Und zur Begründung der Ablehnung dieser, gemessen an heutigen Flüchtlingszahlen kleinen Gruppe durch die Hansestadt: „Der Senat muss nur wollen.“ Dazu am 21. Mai 2020, anlässlich der beginnenden Corona-Krise, in einem offenen Brief: „Hier, im wohlhabenden, geordneten Stadtstaat Hamburg, werden Probleme drastisch deutlich: es fehlt an sicheren Schlafplätzen für Bedürftige, an ärztlicher Versorgung für Geflüchtete ohne Obdach. Wir fordern: Medizinische Versorgung für alle – für jeden Menschen, ob mit oder ohne Papiere, ohne Ansehen der Person oder des Versichertenstatus. Leerstehende Hotels öffnen! In den Lagern für Geflüchtete an den europäischen Außengrenzen herrschen unmenschliche Zustände. Gerade für die Schwächsten dort und für die Kinder muss dringend gesorgt werden – sofort!“

Esther, am 19. November 2017, erinnernd an die Pogrome von 1992, in ei-

nem Brief an die Familien Arslan und Yilmaz in Mölln: „Nazismus und Rassismus wurden in diesem Land auch nach 1945 weder politisch noch gesellschaftlich so konsequent bekämpft, wie er hätte bekämpft werden müssen und können. Er konnte sich auch weiterhin in staatlichen Strukturen festhalten, vor allem im Verfassungsschutz und der Justiz, und ja, sogar noch mehr, er konnte sich wieder ausbreiten.“

Um es klar auszusprechen, ohne das Wegschauen und das Decken nach 1945 hätte es das Oktoberfestattentat, Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, Solingen und Mölln und den NSU so nicht geben können. Es hätten aus den Erfahrungen und Ereignissen des Nationalsozialismus die richtigen Konsequenzen gegen den Hass gezogen werden müssen. Es gab jedoch eine Toleranz gegen Täterinnen und Täter, und Nazis wurden und werden in diesem Land direkt und indirekt, durch politische Kampagnen und das Schweigen und Wegschauen ermutigt, weiter Hass und Leid zu verbreiten. Das ist der rote Faden von damals zu heute.“

„Der rote Faden“ – vergebliches Hoffen, dass er in absehbarer Zeit abreißt – dazu Esther in ihrer vorletzten Rede am 3. Mai dieses Jahres auf dem Gänsemarkt, die sie mit dem Heine-Zitat eingeleitet hatte: „Heute vor 76 Jahren bin ich in dem kleinen mecklenburgischen Städtchen Lübz befreit worden, befreit von den amerikanischen und den sowjetischen Truppen.“

Ihr kennt meine Geschichte: Auf dem Marktplatz haben die Soldaten ein Hitlerbild verbrannt, alle haben gefeiert, lagen sich in den Armen – und ich habe dazu Akkordeon gespielt. Mein größter Wunsch für den heutigen Tag war, noch einmal zu erleben, wie Amerikaner und Russen sich wie damals in Lübz umarmen und küssen und gemeinsam das Ende des Krieges feiern! Den FRIEDEN feiern! Jetzt muss ich bis zum nächsten Jahr darauf warten.“

Sätze, die zur Hinterlassenschaft geworden sind wie so vieles, was sie uns vorgelebt hat, unausgesprochener Auftrag, uns jeglichen Kriegsvorbereitungen, jedem Ansatz faschistischer Entwicklung zu widersetzen, „nie mehr zu schweigen, wenn Unrecht geschieht“:

„Nie mehr schweigen, wenn Unrecht geschieht“ – diese Aufforderung bezog Esther auch auf die Unterdrückung, Vertreibung und Ausgrenzung der Palästinenser. Seit dem Tod ihres Schwagers Hans Lebrecht hatte sie kaum noch verlässliche Nachrichten über die politische Entwicklung in Israel und Palästina erhalten. Umso mehr freute sie sich, als sie vor fünf Jahren Moshe Zuckermann

auch persönlich kennenlernte. Anlass waren gemeinsame Veranstaltungen in Berlin und Hamburg: „Losgelöst von allen Wurzeln ...“ Eine Wanderung zwischen den jüdischen Welten; auf denen sie sich über ihre Geschichte und die ihrer Familien austauschten und übereinstimmend Stellung nahmen zu Ideologie und Wirklichkeit im Israel-Palästina-Konflikt. Aus dem Begleittext der DVD, auf der ihre Gespräche dokumentiert sind: „Esther Bejarano und Moshe Zuckermann, Sohn von Auschwitz-Überlebenden, Historiker und Kunsttheoretiker aus Tel Aviv, vertreten zwei Generationen jüdischer Linker, reflektierten ihre Erfahrungen mit der Welt der jüdischen Diaspora und dem modernen jüdischen Staat, der seit nunmehr 50 Jahren ein brutales Besatzungsregime unterhält. Sie sprachen über ihre Sicht auf das Land der Mörder von Millionen Juden, wo Neofaschisten bis heute weitgehend ungehindert agieren können – und in dem eine mehr als fragwürdige ‚Israel-Solidarität‘ praktiziert wird, die sich immer aggressiver gegen kritische Juden richtet.“

Im Folgejahr, am 10. Juni 2017, sahen Esther und ich uns zu folgendem Brief an Moshe und die Teilnehmenden der Konferenz „50 Jahre israelische Besatzung“, die von Jutta Dittfurths Antideutschen diffamiert und mit dem Transparent „Palästina! Halt's Maul!“ demonstriert wurde, veranlasst (Palästina auf dem Transparent in Anführungszeichen!):

„Lieber Moshe, ‚Zur Zeit der Verleumder‘ überschrieb Erich Fried vor einem halben Jahrhundert ein Gedicht – nicht ahnend, dass zu den Verleumdern heute Leute gehören könnten, die nicht in der Lage zu sein scheinen, zwischen der Kritik an der israelischen Regierung und der Verteidigung von menschlichen Rechten auf Leben zu unterscheiden, sich darüber hinaus anmaßen, als Deutsche darüber zu entscheiden, wer als Jude zu akzeptieren ist. Dich, lieber Moshe, zitierend: ‚Wer meint, den Antisemitismus bekämpfen zu sollen, vermeide es vor allem, Israel, Judentum und Zionismus, mithin Antisemitismus, Antizionismus und Israel-Kritik wahllos in seinen deutschen Eintopf zu werfen, um es, je nach Lage, opportunistisch zu verkothen und demagogisch einzusetzen: Dir, den mit Dir Referierenden und mit Euch Diskutierenden solidarische Grüße!“

Moshe Zuckermann hat mich gestern gebeten, Euch seinen Abschiedsgruß weiterzureichen: „Ich habe Esther geliebt. War zutiefst berührt von ihrer unerschütterlichen Lebensbejahung, bewunderte die große Leidenschaft ihrer schöpferischen Energie. Aber sie war mir auch Symbol – die Verkörperung der Möglichkeit, persönliches Leid in freiheitliche Hingabe zu übersetzen, tiefe Humanität in politische Praxis umzusetzen.“

„Nichts verfälschen, nichts beschönigen, nichts unterschlagen“ –

Esther war Kommunistin wie Nissim, ihr Mann, neben den wir ihre sterbliche Hülle gleich betten werden, beide Kommunisten nicht als Parteigänger, sondern im Sinn von Heinrich Heine: „Sie ist schon seit langem gerichtet, verurteilt, diese alte Gesellschaft. Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen! Möge sie zerbrochen werden, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde!“

Viel bleibt nachzutragen, wir werden uns im Hinblick auf die vor uns liegenden Aufgaben darüber austauschen.

Trauer über den Tod meiner großen Schwester – zugleich tief empfundene Dankbarkeit für alles, was sie mir und uns war und bleibt. „Presente“ – wie es auf Cuba heißt, wo sie 2017 auf ihrer letzten großen Reise Solidaritätskonzerte gegen den seit 60 Jahren dauernden Boykott des Landes durch die USA gab: „Presente“ – Esther, Du bist und bleibst anwesend, bleibst bei uns.

**In Liebe – Dein kleiner Bruder**



Foto: xinhuanet.com

„Segel setzen – der erste Nationalkongress der Kommunistischen Partei Chinas“. Das Gemälde von He Hongzhou und Huang Faxiang aus dem Jahr 2009 zeigt die 13 Delegierten des Gründungskongresses beim Besteigen eines Ausflugsboots auf dem Nanhu-See. Hier setzen sie ihre Arbeit fort, nachdem sie aus Schanghai vor Polizeispitzeln flüchten mussten.

# Ohne Kommunistische Partei kein neues China

Vor 100 Jahren wurde die Kommunistische Partei Chinas gegründet • Von Hannes Fellner

Angesichts der gegenwärtigen Schwäche der kommunistischen Bewegung, insbesondere in den imperialistischen Zentren, ist es eine Mut machende Geschichte: Gestützt auf fortschrittliche nationale Traditionen und mitangetrieben vom epochalen Impuls der siegreichen Oktoberrevolution gründeten 13 Delegierte, die 60 Mitglieder vertraten, am 23. Juli 1921 in Schanghai die Kommunistische Partei Chinas. Weniger als drei Jahrzehnte später konnten vier Millionen chinesische Kommunisten die Revolution zum Sieg führen und mit Ausrufung der Volksrepublik 1949 den Grundstein für den unvergleichlichen Aufstieg und die Erneuerung Chinas legen.

Die ersten Jahre nach der Gründung der KPCh waren geprägt vom Kampf gegen Warlords und imperialistische Interventionen sowie vom Ringen um die Suche nach einer Linie, welche sowohl den Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung als auch den nationalen Verhältnissen Rechnung trug. Beispielsweise wurde die Rückständigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre Klassenstruktur in China durch die Komintern lange falsch eingeschätzt. Dadurch wurden sektiererische und voluntaristische Kräfte in der chinesischen kommunistischen Bewegung unterstützt, die, ohne die materiellen, ideellen und bündnispolitischen Grundlagen zu beachten, in Sprüngen den Sozialismus errichten wollten. Der Bruch des Bündnisses von KPCh und der bürgerlichen Guomindang 1927, der von reaktionären Kreisen innerhalb der Letzteren betrieben wurde, verstärkte diese Tendenzen, ebenso wie die Erfahrungen des Bürgerkrieges. Ab 1936 kämpften die KPCh und Guomindang aber wieder gemeinsam gegen die Aggression des japanischen Faschismus, was auch der selbstkritischen Neuorientierung auf dem 7. Weltkongress der Komintern entsprach.

Mit den um die Jahreswende 1939/40 verfassten Schriften von Mao Zedong „Die chinesische Revolution und die KP Chinas“ und „Über die neue Demokratie“ wurde die entscheidende Grundlage für eine eigenständige, an die historischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse Chinas angepasste kommunistische Politik gelegt, die sich von den sowjetischen Vorga-

ben emanzipierte. Diese berücksichtigte insbesondere Chinas Charakter als abhängiges Land und beinhaltet damit allgemeine und heute noch nützliche Einsichten.

## Mammutaufgabe

Die siegreich aus dem nationalen Befreiungskampf und dem Bürgerkrieg hervorgegangene KPCh stand vor der Aufgabe, ein ökonomisch und sozial spätmittelalterlich und halbkolonial geprägtes Riesenland mit mehr als einer halben Milliarde Einwohnern in die Moderne zu führen, ihm seine territoriale Integrität und nationale Würde zurückzugeben. Dies alles unter dem politisch-militärischen Druck und Embargo der imperialistischen Länder in Zeiten des aufflammenden Kalten Krieges und der sich abzeichnenden nationalen Widersprüche innerhalb des sozialistischen Lagers.

Mao zog entscheidende Schlussfolgerungen aus dem Gesetz der „Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung der kapitalistischen Länder“ im Imperialismus. Das Gesetz bedeutet, dass es an der Peripherie des imperialistischen Weltsystems zu einer Akkumulation und Verknüpfung verschiedener Widersprüche kommt. Dies führt dazu, dass die schwächsten Kettenglieder brechen, also in sozioökonomisch weniger entwickelten beziehungsweise von den imperialistischen Zentren abhängigen Ländern politische Bedingungen reifen, die zu Umstürzen und Revolutionen führen und damit sozialistische Wege eröffnen können. In diesen Län-

dern kommt es aufgrund der Abhängigkeit von den imperialistischen Kernländern und der damit einhergehenden mannigfaltigen Widerspruchskonstellation insbesondere zur Verbindung von Klassenkämpfen und dem Kampf um nationale Befreiung und souveräne Entwicklungsmöglichkeiten.

Diese Ländern haben nach erfolgreichen Revolutionen meist mit ähnlichen Problemen zu ringen, die sich aus der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung ergeben: ökonomische Unterentwicklung und wissenschaftlich-technischer Rückstand, schwach oder nichtentwickelte bürgerliche Gesellschaft und Zivilgesellschaft („società civile“) und wenig ausgebildete politische Gesellschaft, also der Bereich der Staats-tätigkeit („società politica“) im Sinne Gramscis. Gefährdung der nationalen Einheit und Souveränität durch äußere und innere Bedrohung, dadurch weitere Zuspitzung von Widersprüchen und Verschärfung des Klassenkampfes. Dies erforderte die Entwicklung der Produktivkräfte sowie den Auf- und Ausbau der ökonomischen, staatlich-politischen Apparate und zivilgesellschaftlichen und soziokulturellen Sphären durch die revolutionären Bewegungen und Parteien. Maos Konzept der „Neuen Demokratie“ ist also eine Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus.

In den ersten Jahren nach der Gründung der Volksrepublik folgte die Partei der „neudemokratischen“ Orientierung, dem auf den konkreten nationalen Bedingungen Chinas fußenden Aufbau einer neuen Gesellschaft, beruhend auf der volksdemokratischen Einheitsfront, bestehend aus der Arbeiter- und Bauernklasse, Kleinbourgeoisie, nationaler Bourgeoisie und anderen patriotisch-demokratischen Kräften. In diese erfolgreiche Periode fallen die Überwindung der Zerstörungen und sozialen Verwerfungen der Kriegs- und Bürgerkriegsjahre, eine umfassende Landreform, beschleunigtes ökonomisches Wachstum, die Eta-

blierung eines breiten Bildungssystems und die demokratische Festigung der Staats- und Volksmacht.

## Unterschiedliche Auffassungen

Bereits Anfang der 1950er Jahre war es innerhalb der KPCh aber zu unterschiedlichen Auffassungen über den Weg zum Aufbau der neuen Gesellschaft gekommen, weil es in der Arbeiterbewegung im Grunde keine Erfahrungen für die Modernisierung eines Landes mit den Charakteristika Chinas gab. Es kam zu einer breiten und kontroversen Diskussion in der Partei. Es gab zwei Hauptlinien in der Partei – hier werden die Parallelen zu den Diskussionen der Bolschewiki Mitte der 1920er Jahre sichtbar. Die eine Linie, verbunden mit Liu Shaoqi, orientierte auf eine relativ eigenständige und längere Phase der Neuen Demokratie zur Entwicklung der Produktivkräfte und mit anschließendem Aufbau des Sozialismus. Die andere Linie, verbunden mit Mao, orientierte auf eine rasche Umgestaltung in Richtung Sozialismus.

Mit dem ersten Fünfjahresplan 1953 verfolgte die KPCh nach dem damals einzigen Modell und mit der Unterstützung der Sowjetunion die Linie Maos. Diese schien durch die schnellen und enormen Erfolge, die erzielt werden konnten, gerechtfertigt. Mit den raschen Veränderungen der Frühzeit der Volksrepublik ging das Aufbrechen alter und neuer Widersprüche – zwischen Stadt und Land, zwischen den Klassen, zwischen Parteikadern und einfacher Bevölkerung, zwischen der Begeisterung des Aufbaus und der relativen Trägheit der ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen im Lande einher. Auf diese wirkten auch äußere Faktoren wie der Koreakrieg, die erste Taiwan-Krise, die Konterrevolution und ihre Niederschlagung in Ungarn und der unwissenschaftliche und personalisierte Umgang mit der eigenen Geschichte auf dem 20. Parteitag der KPdSU.

Mit der „Hundert Blumen“-Kampagne 1956/1957 forderte die KPCh die Bevölkerung – nicht zuletzt auch Intellektuelle – auf, sich öffentlich kritisch mit der bisherigen Entwicklung der Volksrepublik auseinanderzusetzen. Die Widersprüche des Aufbaus entluden sich in weit größerer und heftigerer Kritik, als es die Partei vorausgesehen hatte. Die Kampagne führte nicht nur zu berechtigter Kritik, sondern wurde auch von antisozialistischen Kräften ausgenutzt. Die Folge war der Abbruch der Kampagne und die Verschärfung des Klassenkampfes gegen wirkliche und vermeintliche „rechte Elemente“. Dies hatte wiederum Auswirkungen auf Diskussionen um den Kurs der KPCh.

Hatte der 8. Parteitag der KPCh 1956 richtig festgehalten, dass der Hauptwiderspruch in China zwischen dem fortschrittlichen sozialistischen System und den rückständigen gesellschaftlichen Produktivkräften bestehe, nahmen Mao und sein Umfeld die Position ein, dass der Hauptwiderspruch der zwischen Sozialismus und Kapitalismus sei. Im Windschatten der Kampagne gegen „rechte Elemente“ implementierte die Partei Maos Sicht mit der Politik der „drei roten Banner“, des „Großen Sprungs nach vorn“, der „Volkskommune“ und der Generallinie der schnellen Errichtung des Sozialismus unter „Anspannung aller Kräfte“.

Die Politik der „drei roten Banner“ war auf Klassenkampf und Massenmobilisierung zum forcierten Aufbau des Sozialismus ausgerichtet und sah die rasche eigenständige Entwicklung Chinas zur Industrie- und Militärmacht vor. Dies sollte durch verstärkten Ausbau von Schwerindustrie, totale Verstaatlichung des Eigentums und Kollektivierung der Landwirtschaft erfolgen. Ziel war es, innerhalb kurzer Zeit die entwickelten Industrienationen einzuholen, die Übergangsperiode zum Kommunismus deutlich zu verkürzen und militärisch für einen großen Krieg gerüstet zu sein.

Die Linie der „drei roten Banner“ wurde durch innere und äußere Umstände beeinflusst und begünstigt. Auf der einen Seite sah sich die Volksrepublik von imperialistischen Mächten mit Krieg bedroht und fürchtete nicht ganz zu Unrecht, dass der Sowjetunion die eigenen nationalen Interessen wichtiger waren als die ökonomische und politische Unterstützung Chinas. Auf der anderen Seite führten die ersten Erfolge in der Umwälzung Chinas innerhalb und außerhalb der Partei zu einer Aufbaueuphorie. Diese begünstigte zusammen mit anderen Errungenschaften und Siegen des sozialistischen Lagers den weltweiten antiimperialistischen und antikolonialen Kampf genauso wie sie durch diesen weiter angespornt wurde.

**Unrealistische Erwartungen**

Der die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten und den Entwicklungsstand der Produktivkräfte missachtende Voluntarismus der Gruppe um Mao – zu welcher zu dieser Zeit auch der zum Vorsitzenden des Nationalen Volkskongresses aufgestiegene Liu Shaoqi zählte – hatte katastrophale Konsequenzen für die chinesische Gesellschaft. Obwohl die „kriegskommunistische“ Politik der „drei roten Banner“ zunächst Erfolge in den Bereichen Infrastruktur staatliche Bautätigkeit und Landwirtschaft verbuchen konnte, wendete sich das Blatt schnell. Rigide Bürokratie bei gleichzeitigem Mangel an strikter Kontrolle, unrealistische Erwartungen und Planvorgaben, verschleierte Misswirtschaft und Korruption, das Ignorieren von Experten zugunsten von politisch motivierten Laien sowie fragwürdige Maßnahmen wie die Einführung der „Hinterhof-Hochöfen“ ließen die Produktion auf fast allen Ebenen einbrechen. Das erste Mal seit der Gründung der Volksrepublik kam es zu einem Ernterückgang, der, verstärkt durch Dürre- und Flutkatastrophen, zu schweren Hungersnöten führte.

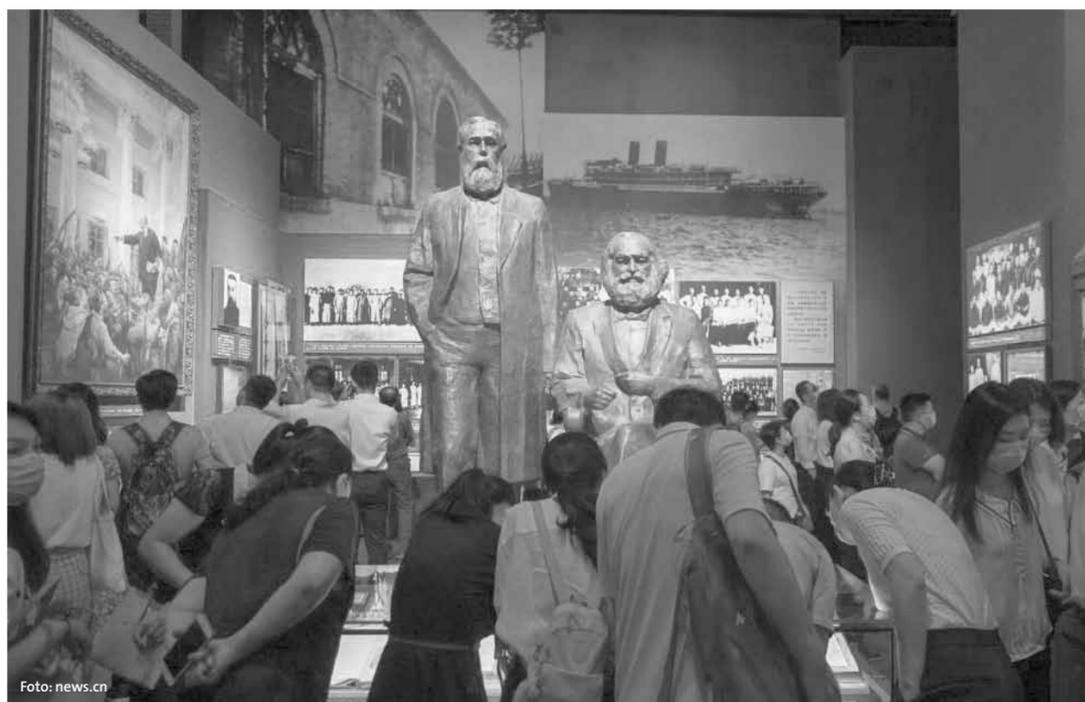
Als sich das Scheitern insbesondere des „Großen Sprungs nach vorn“ abzuzeichnen begann, wurde auch die Kritik an Mao innerhalb der Partei lauter. Mao trat 1959 von seinem Posten als Staatschef zurück, blieb aber als Staatsgründer und respektierter Ideologe Vorsitzender der KPCh. Als Staatschef folgte ihm Liu Shaoqi, der inzwischen wieder eine moderatere Position eingenommen hatte. Mit ihm unternahm die Partei erste Schritte, um ihre Politik zu korrigieren. Maos schärfster Kritiker in der Partei, Verteidigungsminister Peng Dehua, wurde allerdings durch Lin Biao ersetzt – beide waren Revolutions- und Kriegshelden. Der „Große Sprung“ wurde schließlich im zweiten Halbjahr 1960 beendet und die Partei beschloss Gegenmaßnahmen zur Bekämpfung seiner negativen Auswirkungen, die an die Tradition der Neuen Demokratie anknüpften.

Die chinesische Gesellschaft war in einer Krise, die durch innere und äußere Faktoren verschärft wurde. Im Inne-

ren führte das Scheitern der Politik der „drei roten Banner“; das Zurückrudern der Partei sowie Korruption und Willkür unter den Parteikadern auf allen Ebenen zu verstärkten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Außenpolitisch vertiefte sich der Widerspruch im sozialistischen Lager aufgrund des chinesisch-indischen Grenzkonflikts, in welchem die Sowjetunion in Hinblick auf einen Ausgleich mit den USA aus strategischen Gründen de facto eine pro-indische Haltung einnahm. Der Beginn des endgültigen Bruches zwischen der Sowjetunion und China war der Abzug von mehreren tausend sowjetischen Technikern und Spezialisten im Jahre 1960.

Dennoch begann die Ökonomie sich Anfang der 1960er Jahre wieder zu erholen. Gleichzeitig initiierten Mao und seine Getreuen eine ideologische Kampagne gegen wirklichen und vermeintlichen Revisionismus im Inneren wie im Äußeren. Außenpolitisch besiegelte dies den Bruch mit der Sowjetunion, innenpolitisch spitzten sich die Richtungskämpfe in der Partei erneut zu. Mit seiner Politik traf Parteichef Mao auf den Widerstand des Staatschefs Liu Shaoqi und des Generalsekretärs Deng Xiaoping, während Premier Zhou Enlai eine vermittelnde Position einzunehmen versuchte. Unterstützung bekam Mao vom Verteidigungsminister Lin Biao, dessen Ansehen in Partei und Gesellschaft durch die Zündung der ersten chinesischen Atombombe 1964 gewachsen war. Lin Biao war es, der 1964 das „Kleine Rote Buch“, die „Worte des Vorsitzenden Mao Zedong“, zusammengestellt und herausgegeben hatte, das zunächst der politischen Schulung der Soldaten der Volksbefreiungsarmee diente.

Beeinflusst von den Ereignissen in der Sowjetunion und dem Massenmord an den fortschrittlichen Kräften in Indonesien durch den Putsch Suhartos richtete sich die Kritik Maos Mitte der 1960er Jahre immer mehr gegen die Partei selbst, der er vorwarf, den Klassenkampf aufzugeben. Einzelnen Führungsmitgliedern unterstellte er, dass sie den Weg der Sowjetunion in Richtung Auslöschung mit dem beziehungsweise Wiederherstellung des Kapitalismus eingeschlagen hätten. Maos Positionen fanden einen gewissen Widerhall in der Bevölkerung und auf den niedrigeren Parteiebenen, da die im Gange befindlichen markt- und leistungsorientierten Wirtschaftsreformen die Entstehung einer neuen Schicht von wohlhabenden Bauern, mächtigen Wirtschaftsleitern und korrupten lokalen Parteikadern begünstigte. In den Führungsgremien der Partei fehlte Mao aber noch die Mehrheit. Doch verstand er es, Teile der Gesellschaft, die Armee und die unteren Parteiebenen gegen die Kader zu mobilisieren. Vom Staatsapparat kaltgestellt und ohne reale Machtbasis in der Hauptstadt, verlagerte Mao seine Tätigkeit nach Schanghai, der damals zweitgrößten Stadt der Volksrepublik. Hier schlos-



Klarer Bezug: Marx, Engels und Lenin im neueröffneten Museum der Kommunistischen Partei Chinas

sen sich ihm lokale Kader und Persönlichkeiten an und entfalteten mit ihm eine rege publizistische und propagandistische Tätigkeit gegen zentrale Repräsentanten der Partei.

In der durch die vorangegangenen Ereignisse aufgeheizten und unsicheren Atmosphäre fand am 16. Mai 1966 eine erweiterte Tagung des Politbüros statt, die Mao orchestriert hatte, ohne dann selbst anwesend zu sein. Die zwei auf dieser Tagung gefassten Beschlüsse „Mitteilungen vom 16. Mai“ und „Beschluss über die große proletarische Kulturrevolution“ markieren den Beginn der Kulturrevolution und bedeuteten die De-facto-Entmachtung des Politbüros und des Sekretariats des Zentralkomitees der KPCh. Zweifellos ängstlich, sich der Autorität des Staatsgründers und seiner Getreuen entgegenzustellen, verhielten sich Maos Gegner passiv, verwirrt und verunsichert, was dem Bestreben der Kulturrevolutionäre in die Hände spielte. Eine bedeutende machtpolitische Rolle kam jetzt der „Gruppe für die Kulturrevolution beim ZK“ zu, die von Maos Sekretär Chen Boda geführt wurde und welcher unter anderem Maos Frau Jiang Qing angehörte.

Die Kulturrevolution steht gleichzeitig für idealistischen Voluntarismus und diktatorische Maßnahmen durch um Mao Zedong versammelte Kräfte von Teilen der KP Chinas, aber auch für eine partizipative und demokratische Massenbewegung, sie steht gleichzeitig für gesellschaftliches Chaos und Not, aber auch für ökonomischen, sozialen und kulturellen Fortschritt, und sie steht gleichzeitig für Chinas Besinnung nach innen und seine internationale Isolation nach dem Bruch mit der Sowjetunion, aber auch für den Beginn seines Aufstiegs zur Weltmacht.

In der Aufarbeitung dieser widersprüchlichen Phasen wurde durch die KPCh die Delegitimierung der revolutionären Macht vermieden, wie das beim 20. Parteitag der KPdSU der Fall war. Die systematischen Probleme, Ungewissheiten, Widersprüche, Rückschläge, Verbrechen im Zuge des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft wurden von der KPCh nicht personalisiert und auf einen Sündenbock abgeschoben und auf eine „Unheilsfigur“ projiziert. So wurden Entlastungsstrategien vermieden, die spätere Fehlentwicklungen einer früheren Ursache aufbürden und in ihrer Konsequenz, wie man in der Sowjetunion gesehen hat, der Propaganda des Gegners in die Hände spielen. Doch viel wichtiger ist die Tatsache, dass die Herangehensweise der KPCh eine wirkliche Debatte über die Bedingungen und Charakteristika des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft möglich hat werden lassen, die heute weltweit dringender denn je gebraucht wird.

**Reform und Öffnung**

Mit der unter Deng Xiaoping nach der Kulturrevolution eingeschlagenen Politik von „Reform und Öffnung“ orientierte sich die KPCh wieder an der „Neuen Demokratie“ und kehrte damit endgültig zu einer den eigenen historischen und nationalen Bedingungen langfristig Rechnung tragenden und die enormen Widersprüche der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft reflektierenden Herangehensweise zurück. Dies war auch das Ergebnis des Aufgreifens dialektischer und fortschrittlich-rationaler politisch-pragmatischer Traditionsstränge der eigenen Geschichte und des Lernens aus den eigenen wie auch den Fehlern anderer sozialistischer Staaten. Darüber hinaus gab und gibt es – entgegen westlicher Wahrnehmung – eine lebendige theoretische und gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Entwicklung des Landes in und außerhalb der Partei. Ob damit in Zukunft die Grundlagen für den Aufbau eines entwickelten Sozialismus in China im Jahr 2049 geschaffen werden und dieser letztlich auch wirklich aufgebaut wird – wie von der KPCh geplant –, werden die nächsten Jahre und Jahrzehnte zeigen. Fest steht aber, dass die KPCh in den letzten Jahrzehnten ihre Versprechen halten und ihre Pläne erfüllen konnte. Die bisherigen Errungenschaften Chinas, die Errungenschaften der und für die Arbeiterklasse weltweit sind, lassen sich sehen:

China ist in den letzten Jahren rasant zu einem globalen ökonomischen und politischen Machtfaktor aufgestiegen. Die Entwicklung der Volksrepublik seit ihrer Gründung ist beeindruckend und beispiellos. Innerhalb von wenigen Jahrzehnten ist die Volksrepublik von einem der ärmsten und rückständigsten Länder der Welt unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas zu einem relativ entwickelten Industrieland geworden.

Das neue China besiegte Hunger und Analphabetismus, hob hunderte

Millionen Menschen aus der Armut, vollführte eine beispiellose Frauenbefreiung aus patriarchalischen Verhältnissen und schuf sich eine umfassende sozioökonomische Infrastruktur, die seiner riesigen Bevölkerung ein – wenn auch noch moderates, so doch – menschenwürdiges Leben garantieren kann. Um den chinesischen Weg einordnen zu können, lohnt sich ein Vergleich mit Indien, das ähnliche historische Voraussetzungen wie die Volksrepublik hatte.

China ist aus einem Agrarstaat über die „Werkbank der Welt“ zu einem aufstrebenden Land geworden, das auf dem Weg ist, zu einer der führenden und wissenschaftlich-technisch innovativen Industrienationen der Welt zu werden. Die unvergleichliche Schnelligkeit seiner Entwicklung verdankt China seiner dynamischen Bevölkerung und der Tatsache, dass seine Wirtschaft auf der Makroebene mit Blick auf das soziale Gemeinwohl und in zunehmendem Maß auf Nachhaltigkeit im Umgang mit der Natur auf Grundlage von wissenschaftlichen Kriterien gesellschaftlich diskutiert, geplant und staatlich angeleitet wird.

Dass China in nicht wenigen Aspekten mit den westlichen Industrienationen bereits nicht nur mithalten kann, sondern es inzwischen Bereiche gibt, in welchen die Volksrepublik führend wird, zeigen unter anderem technische Errungenschaften wie Fotovoltaik und 5G-Patente, immenser Ausbau der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur und nicht zuletzt in jüngster Zeit der schnelle und effektive Umgang mit der Covid-19-Pandemie.

Die von der KPCh getragene Entwicklung der Volksrepublik von einem armen, abhängigen Land zur Industrienation und zum Global-Player markiert auch das Ende der kolumbianischen Epoche, die für ökonomische, technologische, politische, ideologische Dominanz des Westens über die Länder des Trikonts steht. Im Gesamtzusammenhang gesehen ist dies ein welthistorischer Fortschritt im System der globalen Arbeitsteilung und des internationalen Klassenkampfes für die Arbeiterklasse weltweit – unabhängig davon, wie man die aktuellen widersprüchlichen politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse Chinas nun einschätzen mag.

Denn trotz aller Widersprüchlichkeiten ist die KPCh mit ihren Errungenschaften eine der bedeutendsten Kräfte des epochalen Impulses der Oktoberrevolution, der nach wie vor – ähnlich, doch im größeren Maße als der progressiv-bürgerliche, der von der französischen Revolution ausgegangen war – zivilisatorische Wirkung im Weltmaßstab entfaltet. Für die fortschrittliche Bewegung muss daraus unbedingt ein kritisch-solidarisches Verhältnis zur Volksrepublik und der KPCh folgen, auf dessen Grundlage unterschiedliche Zugänge und mögliche gemeinsame Wege diskutiert, reflektiert und erprobt werden können.



Die chinesische Flagge wird zu Beginn der Feierlichkeiten zum 100. Jahrestag am 1. Juli auf dem Tian'anmen-Platz in Peking gehisst.

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Wir trauern mit ihrer Familie um unsere Kameradin und Freundin

## Esther Bejarano

Wir alle kannten sie als eine Frau von großer Entscheidung und geradezu ungläublichem Elan, den sie unserer gemeinsamen Sache gewidmet hat. Wir verdanken ihr viel, sie war immer da, wenn wir sie brauchten. Nun ist die unermüdliche „Zeitzeugin“ gegen Vergessen des historischen und Verharmlosens des aktuellen Faschismus, Mahnerin und Kämpferin für Menschenrechte, Frieden und eine solidarische Gesellschaft von uns gegangen. Wir denken an sie in Dankbarkeit, Trauer und Liebe.

**Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschist:innen  
Lagergemeinschaft Ravensbrück Freundeskreis  
Fédération Internationale des Résistants**





## KLS SANIEREN!

Liebe Genossinnen, liebe Genossen, es gibt noch sehr viel zu tun. Auch handwerklich weniger erfahrene Menschen werden dringend gebraucht, beispielsweise zum Räumen, Putzen, Organisieren, Einkaufen, Kochen. Jede und jeder ist willkommen.

**Hier die nächsten Subbotniktermine:**  
**10. – 20. August | 14. – 24. September**  
**12. – 22. Oktober | 2. – 12. November**  
**30. November – 10. Dezember**

**Kontakt: Heike Warschun**  
**KLS-Organisation Karl-Liebknecht-Schule der DKP,**  
**Am Stadtpark 68 | 51373 Leverkusen**  
**cls@dgp.de | Tel.: 0157 5605 5841**

Jede Spende ist ein wichtiger Beitrag zum Erhalt der KLS: Bankverbindung Karl-Liebknecht-Schule der DKP Sparkasse Leverkusen | BIC WELADEDLLEV IBAN DE39 3755 1440 0101 0050 64

Unser Genosse  
**Gerhard Bialas**  
 wird 90!

Was wären die Stadt und der Landkreis Tübingen ohne Gerhards jahrzehntelanges Wirken und Wirbeln? Du hast vorgemacht und vorgelebt, wie man mit viel Energie und gutem Geschick die heißen Eisen aufgreift, ohne dass es unter den Tisch gefegt werden kann. 1975 bis 1994 warst du für die DKP, dann noch elf weitere Jahre für die von dir mit gegründete „Tübinger Linke“ im Gemeinderat, und 20 Jahre auch im Kreistag.

Weil du dich „um die Stärkung der kommunalen Demokratie und die Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus besonders verdient gemacht“ hast, wurde dir von der Stadt die Hölderlin-Plakette verliehen. Das unterstreicht die hohe Wertschätzung für dein Lebenswerk, weit über unsere Partei und ihre kommunalpolitischen Verbündeten hinaus.

Nach wie vor bist du ein wichtiger Zeitzeuge der Friedensbewegung und meldest dich, immer mit der richtigen Pointe, in der Tübinger Presse zu Wort. Wir sind froh, dass du nach wie vor in unserer Gruppe mitarbeiten und uns Rat geben kannst.

Wir wünschen dir noch viele gute Jahre im Kreis deiner Familie.

**Deine DKP Gruppe Tübingen**



Am 30. Mai wurde unser Freund und Genosse  
**Michael Cilius**

mit 66 Jahren ganz plötzlich aus unserer Mitte gerissen.

Wir trauern mit seiner Tochter und allen anderen, denen er etwas bedeutete. In ihm verloren wir einen klugen Denker, aktiven Marxisten und guten Freund. Es verbleibt ein leerer Stuhl in der Partei und im Kreisvorstand der DKP Märkischer Kreis.

Die Beerdigung findet in Breidenbach (Hessen) statt. Es kann nur eine gewisse Anzahl teilnehmen, deshalb bitten wir um Anmeldung unter der E-Mail-Adresse [begrabnis-michaelcilius@gmail.com](mailto:begrabnis-michaelcilius@gmail.com).

**DKP Märkischer Kreis**

## Urlaub in Heideruh

Wir freuen uns, Euch wieder als Gäste begrüßen zu dürfen! Nutzt es bitte.

**24. Juli Sommerfest**  
**23. – 27. August: Kurzurlaub Heideblüte**

Antifaschistische Erholungs- und Begegnungsstätte Heideruh, in Buchholz in der Nordheide  
 Tel.: 04181 / 8726, e-mail: [info@heideruh.de](mailto:info@heideruh.de)

## Gasthof Seimes

1591 – 1685 – 1759 – 1841  
 ★ ★ ★ Superior

57392 Schmallenberg-Grafschaft  
 Tel.: 02972 97800

**Samstag, 7. August, 13:00 bis 20:00**  
**UZ-Shop | Antiquariat**  
**Merchandise | Grill & Kuchen**  
**Hoffnungstr. 18 | Essen**

## Büchermarkt



## Schöne Urlaubsgrüße aus der Stuttgarter Hütte im Kleinen Walsertal!

Eine Woche Erholung für den Klassenkampf bis zur Bundestagswahl. Ich hoffe, dass Ihr Euch auch gut erholen könnt, wo auch immer.

Bei uns wimmeln mehr als 20 Verwandte aus drei Generationen zusammen und einzeln auf der Alm, am Berg, in der Klamm und in der Küche.

**Rote Grüße, Peter-Jochen Bosse aus dem Odenwald**

URLAUBSGRÜSSE



**Entschleunigung**  
 Ruhe & Natur satt im Müritz-Nationalpark  
 3 FeWo für je 2-3 Personen, ganzjährig in Kratzburg-Granzien.  
 Tel.: 039822/299488  
[joergtrinogga@web.de](mailto:joergtrinogga@web.de)  
[www.trinogga.de](http://www.trinogga.de)

**Urlaub im Lotsenhaus an der Ostsee**  
 (14 km von Stralsund)  
 3 komfortable Fe.-Wo.

**Erich und Michaela Bartels**  
 Näheres: Tel. 03831 – 459 366  
[www.ferien-im-lotsenhaus.de](http://www.ferien-im-lotsenhaus.de)

Wo Ferien noch Ferien sind  
**- auf dem Hollerhof -**

- Rundum Natur pur – viel Ruhe
- Kittners Bibliothek von etwa 10 000 Büchern
- 3 komfortable Ferienwohnungen (63 bis 93 qm) für 2-5 Personen

Tel: +43 (0)3476 20525  
 E-Mail: [hollerhof@hollerhof.at](mailto:hollerhof@hollerhof.at)  
[www.hollerhof.at](http://www.hollerhof.at)

**Toskana, nah am Meer**  
[www.toskana-biohof.de](http://www.toskana-biohof.de) | 0039. 0566. 81478

Ökohof im Olivenhain, weiter Blick, Stille; große helle Zimmer, viele gute Bücher, Haus oder Häuschen; Kinderparadies.



**Erweiterte Neuauflage!**

**Wer ist hier Verfassungsfeind?**  
 70 Jahre Grundgesetz. Eine Artikelserie von Otto Köhler

17 Jahre Nennung der jungen Welt im Verfassungsschutzbericht  
 Dokumente, Kommentare und Stimmen zur geheimdienstlichen Beobachtung der Zeitung

Verlag 8. Mai GmbH 2021, Broschüre, 92 Seiten, 3,90 €

**Jetzt bestellen unter [jungewelt-shop.de](http://jungewelt-shop.de)**

jw Shop

junge Welt

## BAYER & Kolumbien

### Glyphosat im Drogenkrieg

*Topthema im neuen Magazin*

[www.stichwort-bayer.de](http://www.stichwort-bayer.de) · [info@stichwort-bayer.de](mailto:info@stichwort-bayer.de)  
 Postfach 150418 · 40081 Düsseldorf  
[facebook.com/CBGnetwork](https://www.facebook.com/CBGnetwork)

**STICHWORT BAYER** *Konzerkritik konkret*

**KOSTENLOSES PROBEHEFT BESTELLEN. JETZT.**

**Ruhe, Erholung, Sport und jede Menge Natur das ganze Jahr über**  
 2 FeWo im Südschwarzwald ca. 60 oder 75m²  
 2 oder 3 Zi. KDB, Terrasse großzügig ausgestattet

Weitere Infos und Buchung:  
[www.todtmoos.lommes.eu](http://www.todtmoos.lommes.eu)



Hallo, habt ihr schon meinen Honig probiert?

**Carlis Bienenhonig**  
 500g für 6 €, 250g für 3,50 € + Porto, ab 12 Gläser portofrei.  
 Anfragen bei: Imkereit Trauth,  
 Tel.: 02241 973111  
 E-Mail: [camatra@web.de](mailto:camatra@web.de)

## Das Allerneueste aus dem UZ-Shop uzshop.de



**Kaffeeteller Lenin**

„Er rührte an den Schlaf der Welt mit Worten, die Blitze waren.“

Logo gegenüber Henkel  
 Farbe weiß  
 Motiv rot und schwarz  
 Keramik  
 Inhalt ca. 300 ml

**€ 7,90**



**T-Shirt Rosa & Karl**

Logo Brustdruck groß  
 Farbe weiß  
 Motiv rot und schwarz  
 Label: earth positive  
 100 % Biobaumwolle

Größen S - 4 XL

**€ 17,90**

**uzshop.de**  
**Mail: [shopunsere-zeit.de](mailto:shopunsere-zeit.de)**  
**Tel.: 0201 17788925**



**Wachsam.** In einer Reihe von europäischen Ländern haben Konterrevolutionäre dazu aufgerufen, Botschaften des sozialistischen Kuba zu belagern. Die Soli-Bewegung war schneller: In Berlin zum Beispiel standen am 14. Juli mehr als 100 Kuba-Unterstützerinnen und -Unterstützer etwa 50 geifernden Contras gegenüber. **WR**

Termine@unsere-zeit.de

FR ★ 23. JULI

**Marburg:** 50 Jahre Berufsverbote – Demokratie in der BRD, mit Martina Lennartz (DKP Gießen, Stadtverordnete) und Tim Beyermann (SDAJ Jugendkandidat der DKP Mörfelden-Walldorf, Stadtverordneter), veranstaltet von DKP Marburg-Biedenkopf und SDAJ Marburg, GEW Haus, Schwanallee 27, 17 Uhr

SA ★ 24. JULI

**Nürnberg:** Fiesta Moncada – Feier zum höchsten kubanischen Nationalfeiertag, veranstaltet von der FG BRD-Kuba, Cuba Si, DKP, PdL und anderen, Villa Leon, Philipp-Koerber-Weg 1, 18 Uhr

DO ★ 5. AUGUST

**Stuttgart:** „Wo der Himmel aufgeht“ – Filmabend, gezeigt wird die Dokumentation zur Kuba-Reise von Esther Bejarano und Microphone Mafia (45 min), veranstaltet von der FG BRD-Kuba Stuttgart, Waldheim Gaisburg, Obere Neue Halde 1, 19 Uhr

SA ★ 7. AUGUST

**Essen:** Büchermarkt – Antiquariat, UZ-Shop, Essen und Trinken, Haus der DKP, Hoffnungstraße 18, 13 bis 20 Uhr

SO ★ 8. AUGUST

**Gronau:** „Hiroshima und Nagasaki mahnen: Kein atomares Wettrüsten! Uranfabrik Gronau jetzt stilllegen!“ – Fahrraddemo zur Uranfabrik, veranstaltet von IPPNW und anderen, Treffpunkt Bahnhof Gronau, 13 Uhr, Kundgebung an der UAA um 14 Uhr

SA ★ 14. AUGUST

**Strausberg:** „Druschba!“ – Friedens-Sommerfest der DKP Brandenburg, mit Hartmut König (Oktoberclub), Isabel Neuenfeldt (am Akkordeon) und dem Deutsch-Russischen Chor „Iwuschka“ (Eberswalde), russische Spezialitäten zu fairen Preisen, Mehrgenerationenhaus Strausberg, Wirtschaftsweg 70.

SO ★ 5. SEPTEMBER

**Büchel:** Menschenkette gegen Atomwaffen – vom Industriegebiet Büchel zum Haupttor des Atomwaffenlagers in Büchel, veranstaltet von der Kampagne „atomwaffenfrei.jetzt“, 12 bis 16 Uhr, Informationen zu Anreise und Abfahrorten von Bussen nach Büchel unter: atomwaffenfrei.de. Auch die DKP ruft ihre Mitglieder zur Beteiligung an der Menschenkette auf.

Leserbriefe@unsere-zeit.de

Zweierlei Maß

Zu „Jetzt erst recht!“, UZ online vom 9. Juli

Das Vorgehen gegen die DKP steht im inhaltlichen Zusammenhang mit dem Versuch, gegen die VVN und gegen den Schwur von Buchenwald, gegen die „junge Welt“ und dabei gegen den Marxismus und damit gegen weitere demokratische Kräfte vorzugehen. Formale Ungenauigkeiten bei der Rechenschaftslegung für einen derartig massiven Schlag zu missbrauchen, das offenbart, wie behördlicherseits mit zweierlei Maß entschieden wird: Wenn NATO-affine und neoliberale Parteien im Sumpf der Korruption waten, bleiben sie unbehelligt. Ganz anders werden linke Parteien schon bei kleinsten Anlässen massivst angegangen. Der Antikommunismus hat seit Marx und Engels eine lange Tradition der Repression. Diese Repression war und ist gegen alle Kräfte gerichtet, die das bestehende System infrage stellen. Diese Angriffe können nur gemeinsam abgewehrt werden.

Bernhard Trautvetter, Essen

Rolle rückwärts

Zu „Jetzt erst recht!“, UZ online vom 9. Juli

Der Versuch eines kalten Parteiverbotens der DKP schlägt Wellen. Er ist Teil des reaktionären Staatsumbaus, der die Kommunisten nicht überrascht, und würde angesichts des bestehenden Verbotes der KPD die doppelte Rolle rückwärts bedeuten. Denn der Zusammenhang zwischen dem Verbot der KPD in der Adenauer-Zeit, dessen Rechtswidrigkeit inzwischen höchst richterlich eingestanden wurde, und der in breiter demokratischer Bewegung erstrittenen Gründung der DKP, einer damals neuen kommunistischen Partei, dürfte unverkennbar sein.

Der Bundeswahlleiter, dessen Vita bestens bekannt ist, hat falsch gespielt. In skandalöser Weise hat ihn die Partei „Die Linke“ unterstützt. Das von langer Hand geplante politische Manöver ist leicht zu durchschauen. Kommunisten sollen vorsorglich aus jeglicher politischen Meinungsbildung ausgeschlossen werden, denn die DKP sagt, was ist – und sie verteidigt die DDR gegen alle Diffamierung.

Zudem wird nach der Methode „Teile und herrsche“ agiert. Die Politik von Kapital und Regierung befindet sich auf Kriegskurs. Da kann man keine Kommunistische Partei gebrauchen, die den imperialistischen Kriegstreibern in die Suppe spuckt. Frieden mit Russland und China ist das Gebot der Stunde.

Nicht nur der DKP soll die finanzielle Basis, die materielle Existenzgrundlage entzogen werden. Das Monopolkapital bereitet sich vor und hat gelernt: Gleichschaltung verlangt die rechtzeitige Ausschaltung derjenigen, die sich gegen die Gleichschaltung wehren. Die Front wird begründet.

Wir antworten darauf: DKP – jetzt erst recht!

Herbert Münchow, Leipzig

Einzigartige Biografien

Zu „Ein vollgepacktes Leben“, UZ vom 9. Juli

Über den kompletten Elite-Austausch vor 30 Jahren wurde die Öffentlichkeit nicht informiert. Von den ehemals über zwei Millionen Hoch- und Fachschulabsolventen, zum DDR-Ende davon 400.000 nicht immer freiwillig in Rente, sind 1.600.000 Menschen aus dem Berufsleben dauerhaft ausgegrenzt, durch das Rentenstrafrecht an den sozialen Rand gedrängt worden. Die Biographien des großen antifaschistischen Bildhauers Fritz Cremer und von Lea Grundig zerstörte man; eine große Sport-

lerpersönlichkeit wie Täve Schur will man nicht in der „Hall of Fame“ haben. Dem jüdisch-kommunistischen DDR-Außenpolitiker Hermann Axen raubte man sein gesamtes Privatvermögen, seiner beeinträchtigten Ehefrau Sonja wurde 1992 die monatliche Entschädigungsrente von 800 DM aberkannt.

Die Familie Rapoport hatte drei Leben, in Nazideutschland, in den USA und in der DDR. Ihr ältester Sohn Tom, habil. Biochemiker, gehörte dort zu den abgewickelten Wissenschaftlern. Doktorvater des Mathematikers Peter Scholze, Träger der Fields-Medaille, war Professor Michael Rapoport. Schmerzlich für die ganze Familie war, dass beim Anschluss 1990 die Chance einer auf positiven Erfahrungen in beiden deutschen Staaten fußenden Integration vertan wurde. Inge Rapoport war 102 Jahre alt, als sie ihre Doktorarbeit nach 77 Jahren vor drei Uni-Professoren in Hamburg ein zweites Mal verteidigte.

In Bremen-Nord kämpften DKP-Mitglieder, FriedensaktivistInnen, ein Sozialdemokrat, ein Grüne-Landtagsabgeordneter erfolgreich für Wegebenennungen nach zwei enthauppteten KPD Widerstandskämpfern. Bei der Presse gingen Anrufe ein, dass es sich bei Leo Drabent und Hans Neumann um „Stalinisten“ handelt, die in der Weimarer Republik an Lebensmittel-diebstählen beteiligt waren.

Gerd-Rolf Rosenberger, Bremen

Für Frieden und Völkerfreundschaft

Zu „Nichts gelernt“, UZ vom 18. Juni

„Seid bereit! Immer bereit!“ – diese Bereitschaft kam mir in Berlin mehrfach entgegen. Ich bin 97 Jahre alt und habe zwölf Jahre Faschismus und sechs Jahre Krieg erlebt, dabei Vater und drei Brüder verloren. Es ist also kein Wunder, wenn ich Krieg hasse und stets für Frie-

den und Völkerfreundschaft bin. Was können wir alle unternehmen? Der Spruch „Für Frieden und Völkerfreundschaft, seid bereit!“ muss in alle Sprachen der Welt übersetzt werden, sogar in Gebärdensprache. In allen Schulen, Universitäten, auf öffentlichen Veranstaltungen – immer zum Auftakt fordern: Militär, NATO, Rüstung zurückfahren. (...) Alles für Frieden und Völkerfreundschaft! Das hofft die rote Oma.

Elisabeth Monsig, Gartz

Nicht weitertransportieren

Zu „Gekaufter Zeuge“ und „Schlau sein, zusammenhalten“, UZ vom 2. Juli

Im Artikel „Gekaufter Zeuge“ steht, dass in Deutschland nur die „junge Welt“ berichtet habe. Das ist falsch. Ich habe die Info aus der „Berliner Zeitung“. (...) Im Übrigen scheint mir die „Berliner Zeitung“ in letzter Zeit – und nach Eigentümerwechsel – ziemlich interessant zu sein. In der gleichen Ausgabe steht im Artikel „Schlau sein, zusammenhalten“: „Die Reproduktionsarbeit ist weiterhin unbezahlt.“

Seit wann wird im Kapitalismus Arbeit bezahlt? Es ist allenfalls Arbeitskraft, die verkauft und damit auch bezahlt wird. Die Bezahlung sichert, wenn es gut läuft, die Reproduktion der Arbeitskraft. Und weil der Kapitalist auch morgen noch Arbeitskräfte braucht, sichert die Bezahlung auch die Reproduktion der nächsten Generation. Und weil die Reproduktion der Klasse auch heute noch mehrheitlich familiär organisiert wird, bekommt noch ein kleiner Teil der Klasse einen Familien- oder Ernährerlohn. Die finanziellen Kosten der Reproduktion in der Familie werden daher durch den „Ernährerlohn“ abgedeckt. Die Frauen schauen in die Röhre, weil sie keinen Ernährerlohn kriegen, sondern sogar noch einen Abschalp hinnehmen

müssen. Sie schauen auch in die Röhre, wenn sie alleinerziehend sind, denn in Frauenberufen gibt es per se keinen Ernährerlohn, deshalb sind die Löhne in Frauenberufen durch die Bank geringer. Das ist das Dilemma der Frauenarbeit, sowohl in der Familie, als auch beruflich.

Das Frauen„arbeit“ unbezahlt ist, ist eine Aussage des Feminismus. Dieser hat zur Aufklärung der Geschlechterverhältnisse einiges beigetragen, hat aber durch seinen willkürlichen und freihändigen Umgang mit dem Marxismus auch viel Schaden angerichtet. Die UZ sollte solche Aussagen nicht weitertransportieren. (...)

Christel Buchinger, per Mail

Herausragender „Träumer“

Zu „Dürfen Marxisten träumen?“, UZ vom 2. Juli

Marxistisch orientierte „Träumer“, Utopisten, Fantasten hat nach dem Zweiten Weltkrieg auch die kommunistische und Arbeiterbewegung Westeuropas hervorgebracht. Herausragend zu nennen ist hier zweifelsohne der Italiener Pier Paolo Pasolini. Sein bereits 1948 vollendetes frühes Werk „Der Traum von einer Sache“ erschien in deutscher Übersetzung ab 1968 im Medusa Verlag bei „Volk und Welt“ in Berlin, Hauptstadt der DDR.

Vorangestellt ist dem Werk ein Zitat von Marx aus einem Brief an Ruge, in dem es unter anderem heißt: „Unser Wahlspruch muss also sein: Reform des Bewusstseins nicht durch Dogmen, sondern durch Analyse der mystischen, sich selbst unklaren Bewusstseins, trete es nun religiös oder politisch auf. Es wird sich dann zeigen, dass die Welt längst den Traum von einer Sache besitzt.“ Vielleicht Richtschnur für Pasolinis gesamtes Schaffen als Literat, als Filmemacher.

Christoph Laubscher, Berlin

Impressum

UZ – unsere zeit | Sozialistische Wochenzeitung | Zeitung der DKP  
Herausgeber: Parteivorstand der DKP | Erscheint wöchentlich | ISSN 0943-4216

Redaktion:

Wera Richter – Chefredakteurin, V.i.S.d.P. (wr@unsere-zeit.de)  
Björn Blach (bb@unsere-zeit.de) | Melina Deymann (md@unsere-zeit.de)  
Christoph Hentschel (ch@unsere-zeit.de) | Manfred Idler (mid@unsere-zeit.de)  
Lars Mörking (lm@unsere-zeit.de) | Werner Sarbok (wsk@unsere-zeit.de)  
Thomas Brenner (tb@unsere-zeit.de)  
Tel.: 0201 177889-90 | E-Mail: redaktion@unsere-zeit.de

Aboservice:

Carol Schröder (abo@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-15, Fax: 0201 177889-28)

Anzeigenservice:

Tabea Becker (anzeigen@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-20)  
Ben Richter (info@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-23)

Anzeigenschluss: Jeweils Montag, 12.00 Uhr

Verlag: CommPress Verlag GmbH | Druck: Union Druckerei Berlin GmbH

Geschäftsführer: August Ballin (vertrieb@unsere-zeit.de, Tel.: 0911 8019991)  
Klaus Leger (verlag@unsere-zeit.de, Tel.: 0201 177889-16)

Anschrift Redaktion und Verlag: Hoffnungstraße 18, 45127 Essen  
Bankverbindung: Postbank Köln, BIC: PBNKDEFF | IBAN: DE34 3701 0050 0417 0995 07

Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden.

Internet: www.unsere-zeit.de | facebook.com/UnsereZeit.UZ | twitter.com/UnsereZeit\_UZ

Spendenkonto DKP-Parteivorstand

GLS-Bank | BIC: GENODEM1GLS | IBAN: DE63 4306 0967 4002 4875 01

UZ abonnieren – Prämie sichern!

(Prämie „Halstuch Frieden“, Farbe: blau / Motiv: weiß, 100% Baumwolle, Größe: 51 x 51 cm)

Ich möchte die UZ – für mindestens ein Jahr – abonnieren:

Abo-Art / Preise pro Monat	ermäßigtes Abo	Normalabo	Förderabo
Wochenzeitung-Abo Nur Print-Ausgabe	□ 7,00 €	□ 14,00 €	□ 21,00 €
Online-Abo Nur Online-Ausgabe	□ 5,00 €	□ 10,00 €	□ 15,00 €
Kombi-Abo Print- und Online-Ausgabe	□ 8,00 €	□ 16,00 €	□ 24,00 €

Abopreise nach Selbsteinschätzung; Kein Nachweis erforderlich, aber seid solidarisch.

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_  
 Straße, Hausnr. \_\_\_\_\_ PLZ, Ort \_\_\_\_\_  
 Telefon \_\_\_\_\_ E-Mail (ohne E-Mail Adresse ist kein Online-Abo möglich) \_\_\_\_\_  
 Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_  
 Ich erteile eine Einzugsermächtigung / SEPA-Lastschriftmandat  
 Geldinstitut \_\_\_\_\_ IBAN \_\_\_\_\_

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH | Hoffnngstr. 18 | 45127 Essen | E-Mail: info@unsere-zeit.de



Alle Preise inkl. MwSt. im Inland, Auslandspreise auf Anfrage. Mir ist bekannt, dass ich das Abo binnen 14 Tagen schriftlich beim CommPress Verlag widerrufen kann.

Alle Abos verlängern sich automatisch um ein Jahr, wenn sie nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf gekündigt werden.

Ich möchte mein UZ-Abo jeweils für folgenden Zeitraum bezahlen:

- monatlich
- je Quartal
- halbjährlich
- jährlich

Lieferung der Wochenzeitung im Umschlag (Streifband): plus 24,00 € pro Jahr

# Mein Wort drauf

Von Greta und Gott

Letzten Dienstag. Drohendes Parteiverbot. Die Zeitung wird auf den Kopf gestellt, fast alle Seiten neu entworfen. Nicht nur wir drei Grafiker schwitzen und stöhnen, Kollege U. läuft sogar fast aus. Hilft aber auch nicht. Ich komme um gefühlt 23.71 Uhr nach Hause, trinke ein Glas Wein und falle ins Bett. Denke noch: Niemals wieder so. Und weiß doch: Wenn sie uns angreifen, dann kämpfen wir halt noch härter: Mein Wort drauf.

Unwetter. Halb NRW ist untergegangen, schlimme Bilder waren das. Es gab Verletzte und Tote und riesige Schäden. All den Betroffenen mein Beileid. Eine Szene in der „Aktuellen Stunde“ allerdings hat sich bei mir eingebrannt: Ein tonnenschwerer sogenannter SUV trieb unkontrolliert durchs Wasser. Das sind die „Autos“, deren Besitzer gerne mal einen „Fuck You Greta“-Aufkleber über dem Auspuff anbringen. Karma, Freunde, Karma. Mein Wort drauf.

Samstag. Mit der Ex-Ex auf „ein Bier“, das erste Mal seit Jahren. Es wird lang, sehr lang, alte Rechnungen werden geöffnet, alte Klagen eingereicht. Aber – zu unser beider Überraschung – in aller Freundlichkeit, mit viel alten Geschichten und zwei Tonnen Galgenhumor: Wir bekommen alles vom Tisch. Ich bin um 3.30 Uhr zu Hause und wundere mich: Sollte ich im greisen Alter auch noch lernfähig geworden sein? Rechne die Anzahl der getrunkenen Biere und gerauchten Zigaretten hoch und denke: Nein.

Apropos Karma: Brasiliens rechtsextemer Präsident Jair Bolsonaro hat einen hartnäckigen Schluckauf und einen Darmverschluss. Er twittet: „Wir werden bald zurück sein, so Gott will. Brasilien gehört uns.“ Ich halte ja nicht so viel von Gott, aber wenn er hier mal nicht wollte, würde ich vielleicht zumindest freundlich Danke sagen. Mein Wort drauf.

Leben I. Mit dem Gartenbro beim Billard. Das erste Mal seit 1051920 Minuten oder 17532 Stunden oder eben 2 Jahren. Fühlt sich seltsam an: In der

Kneipe, mit Menschen, ohne Masken. Ich werde auf dem Weg zum Klo von einem Fremden angestoßen und bekomme einen halben Herzkasper. Spiele den Rest des Abends noch beschämender als sonst und frage mich zu Hause, ob das alles irgendwann wieder normal wird. Die nächsten Monate jedenfalls eher nicht. Mein Wort drauf.

Politik. Die männliche Annalena der Grünen, Habeck, schwadroniert: „Wir haben uns kommunikativ völlig verrannt. Unsere Arbeit besteht darin, den Menschen keinen Scheiß zu erzählen.“ Aber wenn man denn nichts zu sagen hat, das wusste meine Oma schon, gilt: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold. Isso.

Sport. Der FC Schalke 04 ist in der 2. Liga. Muss ich mich erst dran gewöhnen. Krass aber: Nur 2 Prozent der Dauerkarteneinhaber haben während Pandemie und Abstieg ihre Karten abgegeben. Die Warteliste für neue Dauerkarten aber wurde vorerst geschlossen – der Andrang war zu hoch. Da muss ich wirklich, ohne Häme und Spott, zugeben: Respekt.

Leben II. Ich bin dann mal im Urlaub. Eine Woche Schrebergarten, eine Woche Holland, eine Woche schaumermal. Ob die Tochter und ich nach Holland dürfen, erscheint allerdings unklar, aktueller Inzidenzwert liegt dort bei 280. Ein Volk hat gefeiert. Uff. Schreiben werde ich trotzdem, ob nun von hier oder da. Und für alle, die die Kolumne eh blöd finden: Wenn man die UZ nur bis Seite 15 liest, ist es auch eine verdammte interessante Zeitung. Mein Wort drauf.

PS: (Kaltes) Parteiverbot. Haltet durch. Wir werden das Ding gewinnen. Mein Wort drauf.



# Untot im Leerlauf

Die zweite Staffel „Black Summer“ ist angelaufen



Foto: Michelle Faye/Netflix © 2021

Steigt direkt im Zombie-Modus ein: Die Netflix-Serie „Black Summer“.

Einer sieht einen wütenden Menschen und denkt fortan, dass das der einzige Zustand aller Menschen jemals sei. Wer außerirdisch und neu hier auf der Erde ist, dem verzeiht man das. Allen anderen unterstellt man zu Recht, Einzelnes zu verallgemeinern, sich dagegen entschieden zu haben, aus Platons Höhle zu kraxeln, schlicht, blöd zu sein. Dabei hat das Tradition: Thomas Hobbes' Auffassung, Menschen seien nur und immer Wölfe, die ihre eigene Gattung reißen, bereitet die philosophische Liegellandschaft dafür, dass man Menschen, die wütend sind, die ihresgleichen umbringen, zur unhin-tergehbaren Spezialeinrichtung reduziert. Aspekte werden zum großen Ganzen hochgejazzt.

Die Netflix-Serie „Black Summer“ versucht sich spielerisch in jener geistigen Couch-Sportart. Die Handlung ist nicht leicht erzählt, denn es gibt sie nicht. Dass eine Zombie-Apokalypse den Sommer verdunkelt und deshalb alle um ihr Leben rennen, schreiben und schießen, ist noch kein Plot. „Black Summer“ versucht es ohne. Auch in der zweiten Staffel, im nunmehr eingekehrten Winter, sind die Erzählstränge mager und abgeknabbert von flitzenden und fletschenden Untoten. Ja, da gibt es Jaime King als mütterinstinktive Rose, die ihre Tochter Anna (gespielt von Zoe Marlett) mit Händen, Füßen und Gewehr schützt. Da gibt es aus der ersten Staffel auch noch Sun (Christine Lee). Die ist stumm – das sind auch alle

anderen fast, nur unterbrochen von Gekeife, Geknalte und existenzialistischen Kleindialogen. Sie aber ist so viel stumm, weil sie Koreanisch und kaum Englisch kann. Damit stellt sie die Serie in sich dar: Menschen können viel, nur eben nicht das, was ins Bild passt, indem der Mensch geistig zwar schläft, dabei aber tollwütig schlafwandelt.

Es ist nicht neu, dass Zombie-Serien in die siffige Haut der Aktivstatisten schlüpfen, die für sie eigentlich Kulisse sein sollen. „The Walking Dead“ wird kommendes Jahr mit der elften Staffel endlich ausgelassen sein. Bis dahin hat die Serie mehr Punkte überschuldet, ab denen sie so gar keinen Sinn mehr ergeben hat, als Angela Merkel auf dem Weg zum Kanzlerinnenamt. Irgendwann wurde klar, dass „The Walking Dead“ auf jedes dramaturgische Handwerk furzt, wie der wandelnde Tod auf das Leben. Eine Serie wurde zum Zombie.

„Black Summer“; das Gegenteil der verplauderten AMC-Serie mit seiner sich ewig ins Gegenteil verkehrenden Legion an Hauptfiguren, steigt direkt im Zombie-Modus ein. Den Noch-Überlebenden folgt man stressgeladen durch die aufwendige Handkamera. Jede Actionszene, die aus ihr herausgehoben wie Gold in etwas schillern würde, das erzählt, knallt nicht, weil sie der Grundton ist. Ich erinnere mich noch an das innere Blumenpflücken, 2006 die Szene aus „Children of Men“ zu sehen, die, Kampfhandlungen aus Spielbergs „Der Soldat James Ryan“ nach-

empfunden, einen Ghettoaufstand im zukünftig-heruntergekommenen Bexwill an der englischen Südküste zeigt. Die Perspektive vermittelt die Hektik und die Not, in der sich die Protagonisten befinden. Das Gute an ihr: sie hört (also löst sich) auf.

„Black Summer“ kennt keine Ruhe, also kennt die Serie gar nichts. Was verzeihbarer wäre, wenn sie sich nicht einer modernen Trope bedienen würde, die – so ausgelatscht sie scheint – satt an Menschenkunde ist. Seit der Haitianischen Revolution hat sich im globalen Norden ein Mythos breitgemacht, der für vieles stehen kann: der Zombie ist Ausdruck verblendeter-konsumierender Massen (George A. Romeros „Dawn of the Dead“; 1978, Remake: 2004), rabiate, aber erfolgreicher Antikapitalist („Land of the Dead“; 2005, ebenfalls von Romero), im Wahn enthemmter Nazi („Dead Snow“) und allzeit bereiter Antifaschist („Dead Snow 2“). Neben alldem sind die wiederauferstandenen Flitzer von „Black Summer“ nur Leerläufer. Die zaghaften Versuche, sich an eine Handlung heranzuwagen, machen Hoffnung auf eine dritte Staffel, die ihren beiden Vorläufern in allem nachsteht, was sie ausmachte.

Ken Merten

**Black Summer**  
Zwei Staffeln  
Abrufbar auf Netflix



Dumm, dümmer, SUV

# Sozialismus statt Stillstand

Neue „Position“ hat den Schwerpunkt Kuba

Die Herrschenden sind seit Wochen unangenehm fleißig. Nachdem man in Deutschland gezeigt hat, wie wenig man von demokratischen Lappalien hält und versucht, der DKP den Parteistatus zu entziehen, wendet man sich wieder Kuba zu. Das Motto heißt „Wir drehen den Spieß einfach um“: Nicht die US-Blockade ist für die Versorgungsschwierigkeiten auf der Karibikinsel verantwortlich, nein, es ist die Regierung. Warum? Egal. Alles grölt „Regime-Change“, man dürfe die Demonstranten nicht ignorieren und müsse die von der NATO diktierten Forderungen durchsetzen. Dass auf der anderen Seite ein Zigfaches an Menschen für den Sozialismus auf die Straßen geht, wird verschwiegen.

Aber warum ist das eigentlich so? Was ist auf Kuba los, warum steht die Insel immer wieder unter Beschuss durch die Imperialisten? Was passierte da eigentlich vor gut 60 Jahren, dass diese Insel heute so anders ist als die Nachbarländer? Diese Fragen will die

neue Ausgabe der „Position“ beantworten. Der Titel des Heftes ist Programm: „Sozialismus statt Stillstand“. Im Kubaschwerpunkt gibt es Interviews mit erfahrenen und neuen „Bunkistas“ des „Proyecto Tamara Bunke“, Jugendliche aus der BRD, die mindestens ein halbes Jahr auf Kuba studiert haben. Autoren befassen sich mit Menschenrechten auf der sozialistischen Insel, dem Bildungssystem, der Rolle der Frauen im Kampf um den Fortschritt und natürlich mit der sozialistischen Revolution und der Organisation der Demokratie. Das ist auf der einen Seite krasses, weil wahres Gegenprogramm zur Hetze der Herrschenden, die gerade wieder durch alle konservativen bis linksliberalen Boxen dröhnt, auf der anderen Seite aber auch der Beweis: Sozialismus lebt. Er funktioniert und steht – solange es imperialistische Staaten gibt – immer unter Beschuss. Aber Sozialismus kann sich auch helfen.

Doch auch abseits von Kuba gibt es viel zu berichten: Die Pro-Palästina-

Demos stehen unter Beschuss der kapitalinspirierten Medienöffentlichkeit, die Erben von NS-„Musterbetrieben“ entdecken eine neue Art Antisemitismus, nur den bei der Polizei, beim Bund, bei rechten Terrorzellen oder sich selbst nicht. Der sei „importiert“. Die Linksjugend (solid) schlingert auf ihrem Bundeskongress in alle Richtungen auseinander und, wenigstens eine irgendwie gute Nachricht: KIZ haben ein neues Album veröffentlicht.

Die „Position“ macht das, was sie am Besten kann: Gegenöffentlichkeitsarbeit für die Jugend durch die Jugend, in Form von Interviews mit einer Genossin aus Israel und aus der VR Donezk und spannenden Artikeln um die relevanten Themen der vergangenen zwei Monate. Lohnt sich, liest sich nice und ist dankbar für Abos!

Max Meurer

Weitere Infos: [sdaj.org/position](http://sdaj.org/position). Das Magazin der SDAJ gibt es auch im UZ-Shop, [uzshop.de](http://uzshop.de)

**Fonseca, Carlos**  
„Unter den Fahnen Sandinos“, Marxistische Blätter und Editorial Vanguardia, Managua 1988, 5,00 Euro

**Davis, Angela**  
„Materialien zur Rassenjustiz“ Sammlung Luchterhand, 1972, 365 Seiten, TB, 9,00 Euro

**Garcia Marquez, Gabriel**  
„Die Liebe in den Zeiten der Cholera“ Kiepenheuer und Witsch, Köln, Hardcover, 480 Seiten, 6,00 Euro

**Fanon, Frantz**  
„Die Verdammten dieser Erde“ rororo, 241 Seiten, Tb, gele-sene Fassung, 11,00 Euro

**Hunderte weitere antiquarische Bücher im Shop:**

**uzshop.de**



**Castro, Fidel**  
„Die ökonomische und soziale Krise in der Welt“ Verlag Zeit im Bild, Dresden 1983, 233 Seiten, 9,00 Euro

**Guevara, Che**  
„Schriften zum Internationalismus“ Weltkreis / Pahl-Rugenstein, 1989, TB, 244 Seiten, 5,00 Euro

**Guevara, Che**  
„Guerillakampf und Befreiungsbewegung“ Weltkreis / Pahl-Rugenstein, 1990, TB, 214 Seiten, 5,00 Euro

**Guevara, Che**  
„Bolivianisches Tagebuch“, Trikont Verlag, 1968, 206 Seiten, Tb., 7,00 Euro

**Antiquarischer Büchermarkt: Samstag, 7. August, 13.00 – 20.00 Uhr, Hoffnungstraße 18, Essen**